

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Am Sozialismus festhalten!

Es gibt heutzutage eine Menge Leute, die erklären, sie wollten gesellschaftlich „über den Kapitalismus hinaus“. Gleichzeitig vermeiden sie das Wort Sozialismus. Andere entsorgen es sogar oder bedienen sich des längst besetzten Begriffs „demokratischer Sozialismus“, der von der SPD einst als Formel dafür ausgegeben wurde, daß man den richtigen Sozialismus nicht wollte. Das war, bevor sich diese Partei endgültig von sozialistischer Verbalistik lossagte. Wie theoretisch verschlissen die SPD inzwischen ist, offenbarte ihr unter politischem Bildungsnotstand leidender Generalsekretär Franz Müntefering beim Kurzaufenthalt der Parteispitze im Karl-Marx-Haus in Trier. Sich von dem Urvater des Sozialismus distanzierend gab er dort so unglaubliche Platt- und Schwachheiten von sich, daß manchen seiner noch mit marxistischen Termini einigermaßen vertrauten Altgenossen das Grausen an gekommen sein mag.

Während sich die einen also vom Sozialismus verabschiedet oder „taktisch getrennt“ haben, tragen die anderen das in Plüsch gestickte Wort wie eine Monstranz vor sich her, ohne auch nur über Inhalte und Wege zum Ziel nachzudenken. Auch jene, die die Regierenden und ihre Opposition jetzt aus linker Position attackieren, um etwas „völlig Neues“ auf die Beine zu stellen, machen deutlich, daß sie dem bestehenden System lediglich „sozialere“ und „humanere“ Züge verleihen wollen. Der von Schröder & Co in wichtigen Bereichen aufgebundene oder demontierte, vom Grundgesetz aber festgeschriebene „Sozialstaat“ müsse wiederhergestellt werden, dann wären sie's schon zufrieden, heißt es aus ihren Reihen.

Findet man im Namen oder im Programm irgendeiner Partei mit Gewicht und Mas seneinfluß etwa das herausfordernde Wort Sozialismus in seinem echten und unverfälschten Sinne? Und selbst Kom munisten, die angesichts der erlittenen Niederlage heute noch nicht wieder in früherer Stärke anzutreffen sind, haben bisweilen Schwierigkeiten, sich program matisch klar auszurücken. Manche brau chen sogar viele Jahre und hangeln sich ohne aktuelles Programm von Parteitag zu Parteitag, weil ihrer Führung der rechte Bekennermut fehlt. Oder will da jemand die Katze nicht aus dem Sack lassen? Der platte Slogan „Sozial ... is ... muss!“ dürfte die Lücke kaum schließen.

Leser haben uns des öfteren gebeten, wir sollten nicht nur Historie beleuchten, Ver gangenes durchforsten und Derzeitiges kritisch unter die Lupe nehmen, sondern auch klipp und klar sagen, was denn bei allem Kampf und Widerstand herauskom men soll, wenn eines Tages die objektiven

und subjektiven Bedingungen dafür her angereift sind.

Zunächst: Geschichtliche Prozesse lassen sich weder dauerhaft aufhalten noch volun taristisch antreiben. Zu Recht heißt es im Sprichwort: Gut Ding will Weile haben. Aber quantitative und qualitative Veränderungen vollziehen sich auch nicht im Selbstlauf, obwohl die Klassenausein andersetzungen stets eine spontane Kompo nente einschließen.

Unser Ziel ist der Sozialismus, wie ihn Marx, Engels und Lenin erklärt und be schrieben haben. Das bedeutet in erster Linie Gemeineigentum an den wichtigs ten Produktionsmitteln bei geplanten Wirtschaftsabläufen. Man muß das Fahr rad ja nicht neu erfinden, sollte aber aus Irrtümern und Defiziten die notwendigen Schlüsse ziehen. So wurde z. B. mit der plötzlichen Abschaffung der halbstaat lichen Betriebe in der DDR ein grober linkssektiererischer Fehler begangen. Oder: Die besonderen Möglichkeiten, die der demokratische Block antifaschistischer Parteien anfangs eröffnete, blieben später weithin ungenutzt. Schließlich: Bei der Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie – denken wir nur an unsere Art der Abhaltung von Wahlen – wurde manche Chance vertan. Auch die zwar deklarierte, aber häufig formal gehand habte führende Rolle der Arbeiterpartei beim Aufbau des Sozialismus entsprach nicht immer der Leninschen Theorie von einer in den Massen verankerten Avant garde, die ihren Platz jeden Tag neu er ringen muß. Allein mit dem Festschreiben in der sozialistischen Verfassung, die auf durchaus demokratische Weise zustande kam, ist dieses Problem nicht lösbar.

Der Sozialismus, für den wir kämpfen und dem das Grundgesetz einen legalen Weg offenläßt, beruht in erster Linie auf der Entscheidung der Macht- und der Eigen tumsfrage zugunsten der Werktätigen. Er setzt die gesellschaftsumwälzende Überwindung des Kapitalismus und die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen voraus. Die DDR war deshalb die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiter bewegung, weil sie dem Kapital in einem Drittel Deutschlands 40 Jahre lang die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum entzog.

Einen solchen Sozialismus aber meinen je ne, die verkünden, „über den Kapitalismus hinaus“ zu wollen, wohl kaum. Uns Kom munisten und Sozialisten geht es nicht um das Stück Brot, wir wollen den ganzen Laib, um mit Brecht zu sprechen. Es geht uns um einen zutiefst revolutionären Pro zess gesellschaftlicher Umgestaltung.

Klaus Steiniger



INHALT

Lenin und die „Vereinigten Staaten von Europa“	S. 2
Hochaktuell: Das Manifest	S. 3
Wie Wolfgang Leonhard seinen Antikommunismus vermarktet	S. 4
Was sie vor und nach 1945 sagten	S. 5
Ein Epochenwechsel hat nicht stattgefunden	S. 6
Nicht „klassisch“, aber normal: Die Revolution in SBZ und DDR	S. 7
Demokratie im Sozialismus	S. 8
Ein Jahrhundertwerk	S. 9
100 000 Verfahren – 300 Urteile	S. 10
Wie die DDR-Behörden nach Nazi-Verbrechern fahndeten	S. 11
Kein Ende der „Hochzivilisation“!	S. 12
Warum das Kapital die Arbeitslosigkeit braucht	S. 13
Liebeserklärung an Kuba und das eigene Gestern	S. 14
Poesie und Klassenkampf	S. 14
Engagement für arme Völker: SODI	S. 15
Vernon Walters: Auftrag erfüllt	S. 15
Nürnberg Urteil im Visier Griechenlands KKE für Formierung eines kommunistischen Pols	S. 17
Letzter Brief von Vasco Gonçalves	S. 18
Das Testament Álvaro Cunhals	S. 19
Auf nach Caracas!	S. 19
Die Affäre Posada Carriles	S. 20
Indische KP-Führer in Pakistan	S. 20
Die zweite Phase der ungarischen Konterrevolution 1956	S. 21
Schon Hitler gierte nach Grosny	S. 22
Interesse am RF in Bulgarien	S. 22
Was war die I. Internationale?	S. 23
Der Komponist des berühmtesten Kampfliedes aller Zeiten	S. 24
Denkmal für 149 Widerstandshelden	S. 24
Unvergessener Arno Fleischer	S. 25
Wie SMAD-Offiziere unser Kulturerbe mit ausgruben	S. 26
Thomas Mann 1940 bis 1945: „Deutsche Hörer!“	S. 27
Hut ab vor Esche!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Wie aktuell ist Lenins Urteil über die „Vereinigten Staaten von Europa“?

Die Schlagzeilen Mitte Juni schrien uns an: „Doppelkrise in der EU“, „Politisches Erdbeben in Brüssel“, „Europa steht vor einem Scherbenhaufen“, „Fassungsloses Europa“.

Ein Autor war sogar von der dreifachen Krise erschreckt: der Verfassungs-, Erweiterungs- und Finanzkrise, an der Blair die Schuld trage. Die Journalisten taten so, als sei das alles – das Abstimmungsdesaster in Frankreich und Holland oder Blairs eiliger Rückzug – wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen.

Schon die Balkenüberschriften lügen „wie gedruckt“. Europa ist nicht nach Osten verrutscht, steht nicht vor einem Scherbenhaufen und ist auch nicht fassungslos. Es ist nicht fühlendes und handelndes Subjekt, sondern ein Erdteil wie Asien oder Afrika. Die Chiffre Europa ist am ehesten mit Kapitalismus zu entschlüsseln. Prüfen wir das an Beispielen:

Das „alte Schlachtroß“ Helmut Kohl tönte am 8. Mai 2004: „Wenn Sie in Prag auf der Karlsbrücke stehen ..., hören Sie mit einem Ohr die Moldau, mit dem anderen Smetanas Hymne auf die Moldau. Dann sind Sie mitten in Europa und nicht in Sydney.“ Und deshalb sei die EU-Erweiterung „eine Frage des Herzens“. Wer nicht Kohl heißt, könnte meinen, Prag habe schon zu Zeiten Karls IV., deutscher Kaiser und König von Böhmen, in Europa gelegen. „Der Spiegel“ vom 26. April 2004 ließ sich auf der Titelseite den symbolischen Stier Europa vom polnischen Künstler Olbinski so zerlegen, daß aus dem Körper zwei Teile – Ost und West – wurden, die sich die Hände reichen. Der Titel des Artikels hieß: „Schwerer Weg zur Weltmacht“. Europa auf dem Weg zur Weltmacht!

Nehmen wir ein letztes Beispiel: Wieslaw Gwidz, Präsident des Friedensforums europäischer Katholiken, fragte am 29. April 2004: „Ist Europa nur ein Phantom, eine Veranstaltung von Euro-Bürokraten? Ist Europa ein Synonym für die Knebelung

der Bauern, die Stilllegung von Stahl- und Kohle-Industrie, für die drakonische Kürzung von Geldern im Sozialen?

Ist ein solches Europa nicht das Europa der Banken und Konzerne?“

So kommen wir der Antwort nahe. Ob im Ersten Weltkrieg Naumann den deutschen Konzernen auf der Karte schon „Mitteleuropa zuteilte“, ob Coudenhove-Kalergi nach der Oktoberrevolution seine Europa-Konzeption propagierte, die Hitler auf seine Weise umsetzte, ob Schäuble seine Kerneuropa-Pläne vorlegte – es geht der Sache nach immer um dasselbe: Aggressionspläne des deutschen Imperialismus unter jeweils veränderten Bedingungen. Wer in das Wesen der Prozesse eindringen will, findet Hilfe in der Arbeit Lenins „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“. Die Aktualität der Analyse kann kein vernünftiger Mensch leugnen. Lenin äußerte sich im Sommer 1915 zu der in der Sozialdemokratie umstrittenen Frage: Sind die Vereinigten Staaten von Europa möglich? Seine Antwort lautet: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“

Besonders aktuell ist der Satz: „Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung der einzelnen Wirtschaften und der einzelnen Staaten unmöglich ... Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Staaten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Übereinkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man mit vereinten Kräften den Sozialismus in Europa unterdrücken, mit vereinten Kräften die geraubten Kolonien

gegen Japan und Amerika verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien in höchstem Maße benachteiligt und in den letzten 50 Jahren unvergleichlich rascher erstarbt sind als das rückständige, monarchistische, vor Alter faulende Europa.“ Lenin versuchte den Sozialdemokraten jener Tage bewußt zu machen, daß diese „Vereinigten Staaten von Europa“ nicht ihr Ziel sein könnten. Natürlich sind die Aussagen Lenins aus dem Jahre 1915 unter den veränderten Bedingungen zu prüfen. Lenin nannte als die vier Großmächte, die bei der „großangelegten Ausplünderung und Unterdrückung der Nationen die größten Erfolge erzielten: England, Frankreich, Rußland und Deutschland. Die USA erhielten damals eine positivere Wertung.

Aber an der Tatsache, daß die Verteilung der Beute „entsprechend der Macht“ erfolgt, ist auch heute kaum zu zweifeln, selbst wenn ein Rauchvorhang „europäischer“, „christlicher“ und „abendländischer Werte“ die tatsächlichen Prozesse vernebeln soll.

Solange der Sozialismus als gemeinsamer Feind aller imperialistischen Mächte wirkte, waren die zwischenimperialistischen Widersprüche, z. B. die zwischen den USA und (West-)Europa oder zwischen England und Deutschland, vom Gegensatz Sozialismus – Imperialismus überlagert und modifiziert. Bei der Anwendung militärischer Mittel im Konkurrenzkampf waren zwangsläufig Grenzen gesetzt, die jetzt verschwinden. Zumindest die Drohung mit Gewalt (einer orangenen, blauen, sanften usw. „Revolution“) ist probates Mittel geworden.

Zu analysieren ist: Wer hat bei der „friedlichen“ Expansion nach Osteuropa die Werke, Rohstoffquellen, Verlage und Banken in Besitz genommen? Für 2003 wurde ermittelt: In Estland bestimmen Auslandsbanken zu 99 % das Geschehen am Kreditmarkt, in Tschechien und der Slowakei zu 95 %, in Litauen zu 88 %.

In Lenins Arbeit über die „Vereinigten Staaten von Europa“ findet sich auch die Erkenntnis: „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus“, woraus er folgerte, daß der Sieg des Sozialismus in wenigen oder einem Lande möglich ist und sich dieses Land (diese Länder) dem Kapitalismus entgegenstellen müßten.

Für die europäischen Linken ergibt sich die Aufgabe, die Prozesse zu analysieren, die jetzt in Europa, vor allem auch in Osteuropa, vor sich gehen, und eine erfolgreiche Strategie gegen die Übermacht des „europäisch“ organisierten, scheinbar übermächtigen Kapitals zu organisieren. Es wäre leichtfertig, auf historische Erfahrungen zu verzichten.



Aus „Proletären“, Göteborg

Lebendig wie am ersten Tag: Das Manifest

Als SPD-Vorsitzender Müntefering am 9. Juni das neu gestaltete Karl-Marx-Haus in Trier wieder eröffnete, tönte er: Für ein „Kind dieser Bundesrepublik und dieser Zeit ist Marx kein Lehrmeister“. Er habe „gedacht, nicht gehandelt ...“ Müntefering weiß es wohl nicht besser. In Wahrheit waren für unsere Vordenker theoretische Erkenntnis und praktisch-revolutionäres Wirken nicht voneinander zu trennen. So ist bereits die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, das Kommunistische Manifest, nichts weniger als „graue Theorie“, sondern vielmehr bis heute brandaktuelle Anleitung für unser Handeln, ja sogar für die Taktik der Kommunisten in unterschiedlichsten konkret-historischen Situationen.

Das Manifest ist, wie Hermann Duncker es ausdrückte, „lebendig wie am ersten Tag“! „Seit 1848 ist die Taktik, die den Sozialisten am häufigsten Erfolge gebracht hat, die des Kommunistischen Manifests“, schrieb Engels 56 Jahre später und erläuterte: „Die Sozialisten vertreten in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung ... Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“ (MEW 4/472, 492) „Sie nehmen mithin aktiven Anteil an allen Entwicklungsphasen des Kampfes der beiden Klassen, ohne dabei jemals aus dem Auge zu verlieren, daß diese Phasen nur ebenso viele Etappen sind, die zu dem höchsten großen Ziele führen: der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat als Mittel zur gesellschaftlichen Umgestaltung. Ihr Platz ist in den Reihen der Kämpfer für jeden unmittelbaren Erfolg, der im Interesse der Arbeiterklasse zu erzielen ist; alle diese politischen und sozialen Erfolge akzeptieren sie, aber nur als Abschlagszahlungen ... Ihre besondere Aufgabe ist es, die anderen revolutionären Parteien vorwärtszudrängen und, falls eine von diesen Parteien siegen sollte, die Interessen des Proletariats zu wahren.“ (MEW 22/440) Es müsse klar sein, „... daß sich noch am Tage des Sieges unsere Wege trennen; daß wir von diesem Tage an der neuen Regierung gegenüber die neue Opposition bilden werden, eine Opposition der äußersten Linken ...“ Und: „Nach dem gemeinsamen Siege bietet man uns vielleicht einige Sitze in der neuen Regierung an – aber immer so, daß wir in der Minderheit sind. Das ist die größte Gefahr ...“, und er verweist auf die Erfahrungen der französischen „Sozialistischen Demokraten“ nach dem Februar 48:

„Als Minderheit in der Regierung haben sie freiwillig die Verantwortung für alle Infamien und Verrätereien geteilt, welche die aus reinen Republikanern bestehende Mehrheit gegen die Arbeiter beging; währenddessen lähmte die Teilnahme dieser Herren an der Regierung völlig die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse, die sie vorgaben zu vertreten.“ (MEW 22/442)

Die allgemeingültige Schlußfolgerung daraus finden wir in einem Brief von Engels an Lafargue Jahrzehnte später: „Jede Partei, die an die Regierung will, bevor ihr die Umstände gestatten, ihr eigenes Programm zu verwirklichen, ist verloren; aber die Ungeduld, ans Ruder zu kommen, ist ... so groß, daß sie alle an dieser Klippe zerschellen, ehe ihre Stunde gekommen ist.“ (MEW 36/481)

Nun ist die Schröder-SPD sowieso keine sozialdemokratische Partei mehr, im Wechsel und im Zusammenwirken mit Schwarz/Gelb bildet sie, um bei den Begriffen des Manifests zu bleiben, den „Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Interessen der Bourgeois-Klasse verwaltet“. (MEW 4/464) Aber wie steht es um die PDS, die jetzt gemeinsam mit der Alternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu den Wahlen antritt? Nicht unberechtigte Bedenken der WASG-Basis bestehen doch gerade darin, daß die PDS besonders in Berlin, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern als Koalitionspartner der SPD zum Erfüllungsgehilfen der antisozialen Politik der Bundesregierung geworden ist. Andererseits haben etliche Leute in der WASG mit dem Sozialismus nichts am Hut und distanzieren sich von der DDR. Wie sollten wir Kommunisten uns in dieser Frage verhalten? Solange und insoweit sich das Wahlprogramm der neuen Verbindung als übereinstimmend mit unseren Tagesforderungen erweist,

sollten wir dies mit allen Kräften unterstützen – gegen die angeblich alternativlose „Agenda 2010“, gegen Hartz IV, gegen die Massenarbeitslosigkeit, gegen die EU-Verfassung, die man uns aufdrängen will, gegen die „Bolkestein-Richtlinie“ mit ihrem Lohndumping, gegen Neofaschismus und weitere Militarisierung der BRD, gegen deutsche Teilnahme an den Kriegen der USA, der NATO, der EU ... Das alles entspräche, denke ich, der Marxschen „Aktionslinie der Kommunisten“ (MEW 2/635), würde das Manifest heute neu geschrieben.

Zugleich steht fest, daß das nur Etappenziele sind, die uns mit den anderen antimilitaristischen und gegen das Kapital ankämpfenden Kräften verbinden. Wir unterstützen jede progressive Bewegung, die sich gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände richtet, aber wir decken auch die Ursachen dieser Zustände auf, und das heißt: Wir stellen die Eigentumsfrage! „Die Taktik, welche das große Ziel nie aus dem Auge verliert, bewahrt die Sozialisten vor den Enttäuschungen, denen die anderen, weniger klarblickenden Parteien ... unweigerlich unterliegen, da sie eine bloße Etappe für das Endziel des Vormarsches halten“, lehrt uns Engels (MEW 22/440 f.). Und „... vergiß nicht die alte Regel: über der Gegenwart der Bewegung und des Kampfes nicht die Zukunft der Bewegung zu vergessen!“, mahnt er Bernstein. (MEW 36/313)

Im Januar-Heft der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS wird aus den „Grundsätzen des Kommunismus“ – der Engelsschen katechismusförmigen Vorarbeit für das Manifest – zitiert, was er darin über die damaligen „demokratischen Sozialisten“ schreibt, und warum wir uns „in Momenten der Handlung verständigen und überhaupt mit ihnen für den Augenblick möglichst gemeinsame Politik zu befolgen haben, sofern diese Sozialisten nicht in den Dienst der herrschenden Bourgeoisie treten und die Kommunisten angreifen“. (MEW 4/378 f.) Die Vereinbarung der PDS-Führung mit der WASG über eine Fusion im Verlauf der nächsten zwei Jahre paßt merkwürdig zu der Absicht, die Gysi, Brie und andere seit 1990 verfolgen: die PDS in einer Art „linker Sozialdemokratie“ aufzulösen und das in ihr noch vorhandene kommunistische Widerstandspotential, das schon denkbar schwach ist, gänzlich zu entsorgen. Da unterscheiden wir nämlich: Aktionseinheit heißt gemeinsames Handeln in konkreten Situationen; die dringend notwendige Einheit der Linken darf aber nicht ein Aufgeben unserer Zukunftsziele bedeuten!

Man sieht: Das Kommunistische Manifest ist „lebendig wie am ersten Tag“, und Marx bleibt trotz Müntefering unser Lehrmeister! **Dr. Ernst Heinz**



Aus: „Sichel und Hammer“, 1923

Wenn ich eine Zeitung aufschlage, die mir Weisheiten von Wolfgang Leonhard verheißt, werde ich unwillkürlich an meine gemeinsame Zeit mit dem „bekannten Historiker und Kommunismus-Experten“ („Die Zeit“, Nr. 30/2003) erinnert. Dabei bin ich ziemlich sicher, dem „Experten“ nie mehr zu begegnen, zumal ich unlängst aus dem Internet erfuhr, daß ich bei etwa aufkommender Sehnsucht nach solcher Begegnung als erstes einen Manager zu kontaktieren hätte: „Eberhard Reimann, der mit seinem Büro ... den Autor seit Jahren betreut, hat jetzt diese Exklusivzusammenarbeit ausgeweitet. Das umfaßt: Koordinierung der Vortragstätigkeit, Koordinierung der publizistischen Tätigkeit, Koordinierung sämtlicher Anfragen für Film-, TV- und Rundfunkproduktionen ...“

Wie Wolfgang Leonhard seinen Antikommunismus vermarktet

Also müßte ich zunächst bei der Firma Reimann ein Gespräch beantragen. Das aber muß nicht sein. Mein Gedächtnis reicht noch zu für die Bewältigung unserer gemeinsamen Vergangenheit, und für Fragen der Gegenwart kann ich mich seiner unablässig ausgestreuten Erklärungen und Interviews bedienen.

Zur Vergangenheit. Er war im frühen Mai 1945 mit der „Gruppe Ulbricht“ nach Berlin gekommen, auch um hier eine kommunistische Zeitung mit herauszugeben. In deren Redaktion wurde dringend ein ortskundiger flexibler Berliner gebraucht. Das war ich. So saßen wir uns zuweilen gegenüber, und ich hörte – damals 17jährig – seine Lektionen über den Sieg des Kommunismus aus erster Hand. Als Teilnehmer des ersten Journalistenlehrgangs der Parteihochschule 1947 vernahm ich dann seine Vorlesungen im Hörsaal. Die Nacht, bevor er uns im März 1949 verließ, verbrachten wir zufällig zusammen in der Wohnung der Anton-Saefkow-Witwe Aenne.

Unlängst verriet er der FAZ Details über seine „Flucht“. Er hätte eigentlich nur am Alex in die S-Bahn steigen und die fünf Stationen zum Zoo fahren müssen, von wo man ihn mühelos nach Tempelhof hätte chauffieren und in ein Flugzeug steigen lassen können. Aber Leonhard floh spektakulärer, weil Spektakel seine Leidenschaft sind: „Gott sei Dank hatte ich als hoher Funktionär Geld, und Gott sei Dank wußte ich, wie man illegal Grenzen überschreitet. So bin ich am 12. März 1949 von der SED-Parteihochschule, wo ich damals Lehrer war, nach Dresden und von Dresden in Richtung Bad Schandau, immer näher zur tschechoslowakischen Grenze, gefahren. An einem bestimmten

Ort traf ich mich wie verabredet mit den Schmugglern. Am nächsten Morgen war ich zwar noch nicht in Freiheit, sondern in der Tschechoslowakei. Ich kam am 25. März 1949 in Jugoslawien an, in einem Land mit roten Fahnen und einer kommunistischen Partei – die gegen Stalin war und vollkommen neue Wege ging.“

Legende 1: „... hatte ich als hoher Funktionär Geld“. In der sowjetischen Besatzungszone betrug der Höchstverdienst 600 Reichsmark, ob Parteihochschullehrer zu den Höchstverdienern gehörten, läßt sich heute nur mühsam aufklären.

Legende 2: „... traf ich Schmuggler ...“ Vielleicht meinte er Schleuser. Waren die schon damals im Gange?

Legende 3 wirft die Frage auf, warum er das Land mit den roten Fahnen und der

auch gelöst, aber der Prozeß war und ist unweigerlich schwieriger. Doch Lothar Bisky gehört ja zu denen, die diesen Prozeß fördern wollen. Aber es gibt noch psychologische Gegenkräfte, die sind immer noch nicht überwunden.“

Derlei erhärtet meine Gefühle ...

Man erörterte auch die Frage nach dem „demokratischen Sozialismus“. Wo beginnt, wo endet er? Bisky antwortete nebulös: „Demokratischer Sozialismus ist keine Gesellschaft, die wir fest im Kopf umrissen haben, nach einem festen Plan errichten wollen. Das will ich nicht wieder. Ich will eine Gesellschaft, bei der der Weg dorthin zum demokratischen Sozialismus gehört. ...“

„Die Zeit“ hakte nach: „Herr Leonhard, Sie hatten Herrn Bisky um eine Definition gebeten, was konkret ‚demokratischer Sozialismus‘ heute heißt – sind Sie mit seinen Ausführungen einverstanden?“

Darauf er: „Ich würde sagen, nach dem Stand vom Jahre 2003 bin ich damit zufrieden, aber ausdrücklich auf diesen kurzen Zeitraum beschränkt. Ich würde erwarten, daß eine Partei des Demokratischen Sozialismus genauer formuliert, was in der angestrebten Gesellschaftsordnung, dem demokratischen Sozialismus, in einer neuen Gesellschaftsordnung auf keinen Fall vor sich gehen wird, ganz kurz: keine Zensur der Presse. ... Es gibt ein Buch von August Bebel ‚Die Frau und der Sozialismus‘, in dem auf sechzig Seiten die zukünftige, seinerzeit von August Bebel erstrebte Gesellschaft bis ins Detail beschrieben wird. Das war etwa 1878 ... Veröffentlichten und dann diskutieren ...“ Anzufügen wäre hier vielleicht, daß Bebel's Buch erst 1879 das erste Mal erschien und zwar illegal als „Ernst Engel Statistik, Heft 5“ und daß es nach zahllosen Auflagen in der DDR 1994 das letzte Mal auf deutschem Boden gedruckt wurde. Es liegen auch keine Hinweise darauf vor, daß Leonhard eine Neuauflage vorbereitet.

Zur Gegenwart: Unlängst ließ sich Leonhard – dem Vernehmen nach von der unseligen Eppelmann-Kommission – zu einer Berlin-Rundreise anheuern, die der Erinnerung an 1945 galt. Also plauderte er aus dem „Nähkästchen“ (siehe „Neues Deutschland“): „Und Leonhard selbst hat wohl nicht vermutet, daß sein Tänzchen mit Käthe Kern der späteren ‚Vereinnahmung‘ der SPD dienen könnte. Bei einem Ball im Schloß Niederschönhausen habe ihn KP-Funktionär Waldemar Schmidt aufgefordert: ‚Wolfgang, Du weißt, was Du zu tun hast: nur mit Sozialdemokraten tanzen.‘“

Der Tanz müßte demnach vor dem Vereinigungsparteitag im April 1946 stattgefunden haben, also zwischen Mai 1945 und April 1946. Wer sollte, wollte, konnte damals in Berlin einen „Ball“ arrangieren? Noch dazu in einer Schloßruine, deren Dach und Fenster im Herbst 1945 nur notdürftig repariert worden waren? Kurzum: Dieser Ball hat nie stattgefunden, der „bekannte Historiker“ Leonhard hat ihn um des „Tänzchens“ willen schlicht erfunden.

kommunistischen Partei, die gegen Stalin war, so bald schon wieder verließ und in die BRD wechselte, wo rote Fahnen sehr selten waren und die Kommunistische Partei verfolgt wurde?

Später wechselte er in die USA – noch weniger rote Fahnen und noch heftiger verfolgte Kommunisten. Einzig mögliche Schlußfolgerung: Er war „angekommen“. Seitdem ließ sich der vom euphorischen Kommunisten zum erbitterten Antikommunisten als „Kremlnloge“ feiern und – gut bezahlen. (Siehe oben)

Unlängst diskutierte er in der Redaktion der Hamburger „Zeit“ mit Lothar Bisky. In dem Disput wurde auch das Thema erörtert, ob die PDS nach seiner Auffassung zufriedenstellend mit ihrer Vergangenheit „gebrochen“ habe. Leonhard: „Da ich die Wandlungsprozesse in anderen Ländern kenne, muß ich ehrlicherweise sagen, daß es in den fünf Ländern der ehemaligen DDR relativ am längsten gedauert hat und teilweise heute noch andauert und am schwierigsten ist. ... Es ist ein schwieriger Prozeß, als ich es 1989 angenommen habe ...“

Komplimente eines Antikommunisten sollten zwar einen Kommunisten mißtrauisch stimmen, aber in diesem Fall wäre es wohl eher als Kritik zu werten, daß wir uns bis heute nicht ins Leonhard-Lager begeben haben. Darauf bin ich ein wenig stolz – noch dazu nach meinen persönlichen Erfahrungen mit ihm!

„Die Zeit“ bohrte weiter: „Das heißt, Sie meinen, die PDS habe sich nicht so von ihrer Vergangenheit gelöst und befreit, wie es vergleichbare Parteien in anderen Ländern getan haben?“

Leonhard: „In den letzten zwei, drei Jahren würde ich sagen hat sich die PDS

Was sie vor und was sie nach 1945 sagten

Die nachfolgende Zitatensammlung zeigt, wie einflußreiche Persönlichkeiten den Sieg der Roten Armee über den Hitlerfaschismus bewerteten, und wie die Imperialisten schon unmittelbar danach die Spaltung Deutschlands organisierten, die Auslöschung des Kommunismus und die Eroberung der Weltherrschaft abermals auf ihre Fahnen schrieben.

„Wir erkennen voll und ganz, wie wichtig für die Niederwerfung des Hitlerfaschismus der mutige und zähe Widerstand der Sowjetunion ist.“

**Franklin Delano Roosevelt, Präsident der USA,
Winston Churchill, Premierminister Englands**

„Es findet sich kein ehrlicher Franzose, der den Sieg Rußlands nicht begrüßen würde.“

Charles de Gaulle, General, Führer des kämpfenden Frankreichs

„Die Offensiven der Roten Armee spielten die entscheidende Rolle bei der Niederwerfung Deutschlands.“

Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Westeuropa

„Wir schätzen hoch den großartigen Beitrag, den die machtvolle Sowjetunion zur Sache der Zivilisation und Freiheit geleistet hat. Ihr habt die Fähigkeit eines freiheitsliebenden und in höchstem Maße tapferen Volkes demonstriert, die bösen Kräfte der Barbarei zu besiegen, wie mächtig sie auch sein mögen.“

Harry S. Truman, Präsident der USA im Mai 1945

„Mit der neuen Waffe haben wir einen ‚big stick‘, sind wir die Weltmacht Nr. 1!“

Harry S. Truman am 21. Juli 1945 in Potsdam beim Erhalt der Nachricht über den gelungenen Atomversuch in New Mexico

„Der Krieg in Europa endete erst vor drei Monaten ... Aber manche amerikanischen Zeitungen diskutieren bereits mit viel Lärm über die Fragen eines Krieges mit Rußland.“

Senator Thomas, Vorsitzender des Streitkräfte-Ausschusses im USA-Senat, August 1945

„Die USA müßten sich darauf orientieren, den Prozeß der Teilung ... zu seiner logischen Vollendung zu bringen und zu versuchen, die westlichen Zonen Deutschlands durch eine Abschottung

gegenüber östlicher Einflußnahme zu retten und sie in die internationale Struktur Westeuropas und nicht in ein vereinigt Deutschland einzubauen.“

George Kennan, Leiter des politischen Planungsstabes im US-Außenministerium, Februar 1946

„Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“

Winston Churchill, August 1946

„Es gibt eine Sache, die von den Amerikanern sogar noch höher als der Frieden bewertet wird. Das ist die Freiheit: Glaubensfreiheit – Redefreiheit – unternehmerische Freiheit ... Das Geschäft geht schlecht, wenn die Märkte klein sind. Das Geschäft geht gut, wenn die Märkte groß sind.“

Harry S. Truman, August 1946

„Es ist möglich – und wir unsererseits streben danach –, zwei definitiv unterschiedliche Staaten zu schaffen.“

Georges Bidault, Außenminister Frankreichs, zur „deutschen Frage“, März 1947

„Es ist jetzt klar, daß die Teilung Deutschlands in der einen oder anderen Weise, auf alle Fälle aber in keineswegs provisorischer Art, von London und Washington akzeptiert werden kann.“

The Times, London, 7. November 1947

„Der nächste Krieg muß in den ersten drei Wochen gewonnen werden. Während dieser Zeit müssen wir alle militärischen Zentren Rußlands pulverisieren.“

Abgeordneter Cannon, Vorsitzender des Finanzausschusses des USA-Repräsentantenhauses, 18. April 1950

„Wir werden alles tun und das Letzte unternehmen, ich sage ausdrücklich: alles und das Letzte, um die sowjetische Besatzungszone wieder zurückzuholen.“

von Brentano, BRD-Außenminister, sieben Jahre nach Kriegsende

Dr. Günther Hahne



Mehr Kraft für die CDU!

Wahlplakat der portugiesischen Linkskoalition aus PCP (KP) und Grüner Partei. Entdeckt von Andreas Rösler, Hamburg, im Frühjahr 2005 in Santos André, Portugal



Ein Epochenwechsel hat nicht stattgefunden

Aus dem Oktoberkrieg als epochales historisches Ereignis leitet Manfred Sohn im „RotFuchs“ (März 2004) folgerichtig ab, daß wir Sozialisten und Kommunisten „uns wieder sammeln, organisieren und – der Dialektik gemäß auf höherer Stufe – das vollbringen, was das 20. Jahrhundert so großartig gemacht hat ...“ Und im „RotFuchs“ (März 2005) setzt sich Ernst Heinz zutreffend mit dem „Trugbild vom Epochenwechsel“ auseinander, wie es z.B. in einer Artikelserie der „jungen Welt“ als „Epochenumbruch“ publiziert wurde. Man kann lesen: „Die Epoche seit 1990 ist vom Sieg des Kapitalismus, von einer neoliberalen Offensive gekennzeichnet, die gegenwärtig immer weiter fortschreitet, deren Ende nicht abzusehen ist.“ (Uwe-Jens Heuer, Z, Nr. 44, Dezember 2000) Diese Bestimmung schließt ein, unsere und die künftige Zeit nicht mehr als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu begreifen. In meinen Augen wird so tieferen Einsichten für den möglichen und notwendigen Weg der Menschheit in eine kommunistische Zukunft der Boden entzogen. Der Begriff „Epoche“ verweist dem Wortinhalt nach auf einen bedeutsamen größeren Zeitabschnitt. In historisch-materialistischer Fassung heißt das: Die Epoche ist ein grundlegender Abschnitt innerhalb einer ökonomischen Gesellschaftsformation oder beim Übergang von einer niederen in die höhere. Marx, Engels und Lenin haben diesen Begriff stets mit historischen Höhepunkten oder theoretisch-analytischen Geschichtsbeobachtungen sowie Erfordernissen des Klassenkampfes verbunden. Eine hervorragende Charakteristik der Epochen des Kapitalismus insgesamt findet sich in Lenins Schrift „Unter fremder Flagge“.

(LW, 21/134 ff.) Er schätzte die Oktoberrevolution als Einleitung einer neuen Epoche der Weltgeschichte ein – der „Epoche der Herrschaft der neuen Klasse, die in allen kapitalistischen Ländern unterdrückt ist ...“ Die Oktoberrevolution schuf einen „noch nie dagewesenen Typus der Staatsordnung“. (LW, 33/35) Damit wurde die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die bereits mit der Formierung der Arbeiterklasse begann, auf einen historisch-konkreten Begriff gebracht: Der Sozialismus fing an, als Staatsordnung real zu existieren. Daß die Oktoberrevolution und der Sozialismus Weltgeschichte geschrieben haben, muß hier nicht ausgeführt werden, denn das hieße, Eulen nach Athen zu tragen. Richtig ist aber auch, daß frühere Einschätzungen über den Fortgang dieser Epoche immer weniger der Wirklichkeit entsprachen und daß mit der Niederlage des europäischen Sozialismus eine Zäsur eintrat – ein „Epochenbruch“. Die imperialistische Epoche dauert an. Der Kapitalismus vermochte sich sogar vorübergehend erneut durchzusetzen. Dieser konterrevolutionäre Restaurationszeitraum droht in Krieg und Barbarei zu versinken. Die bei uns bestehende Gesellschaftsordnung produziert krasseste soziale Ungleichheit und bringt moderne Sklaverei hervor. Daß diese imperialistischen Verwerfungen mit einer Katastrophe oder dem Untergang der Menschheit enden könnten, ist nicht auszuschließen.

Als „Folgerung“ aus der Niederlage des europäischen Sozialismus hat die DKP in ihrem Programmentwurf die Frage nach der Epoche völlig ausgeklammert – abgesehen von dem Hinweis darauf, daß die Oktoberrevolution „der Menschheit das Signal zum Aufbruch in eine neue Epoche gab“ und daß sie „den Übergang zum Sozialismus einleitete“. Dieser m. E. schwerwiegende Mangel sollte behoben werden. Warum?

Zur objektiven historischen Dialektik gehört nämlich zugleich: Die Niederlage des europäischen Sozialismus ist eine zeitweilige, die keinesfalls dem Prozeß der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ein jähes Ende setzt. Dieser geht als objektiver Prozeß besonderer Art weiter. Nicht nur, daß eine Reihe von Ländern trotz aller Schwierigkeiten an ihrem sozialistischen Weg festhält. Wesentlich ist auch, daß sich der „naturgeschichtliche Prozeß“ (Marx) der Evolution des Kapitalismus trotz imperialistischer Gefährdung der Menschheit mit zunehmender Geschwindigkeit fortsetzt. Im Ergebnis der digitalen Revolution hat die damit verbundene Entwicklung und

Vergesellschaftung der Produktion nunmehr eine Qualität erreicht, die bereits eine kommunistische Produktionsweise als reale Möglichkeit einschließt, deren Verwirklichung allerdings an die Aufhebung des Monopolkapitals gebunden ist. Dieses „Ausbrüten“ der zunächst sozialistischen Gesellschaft schreitet als ein Prozeß sozialer Revolution rasch voran. Engels meinte, daß mit der Geburt des Proletariats in England dieses Land zugleich „auch in eine universellere, eine soziale Revolution hineingerissen (wurde) ...“. (MEW, 1/552) Die soziale Revolution im modernen Kapitalismus enthält – wenn auch kapitalistisch geformt und zunehmend deformiert – eine solche verborgene Substanz der eigenen Verneinung des Kapitalismus im Ganzen, die Marx als Parameter einer kommunistischen Zukunft betrachtete (Arbeitsproduktivität, Vergesellschaftungsgrad u. a. m.).

Dieser epochale Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus und die Epoche des modernen Imperialismus sind miteinander verklammert. Sie sind verbunden durch das Scharnier des absterbenden Systems Imperialismus und des neuen Systems Sozialismus als erster Stufe der Epoche des Kommunismus. (M. Sohn).

Für den weiteren Fortgang dieser historischen Dialektik ist allerdings als subjektive Hauptvoraussetzung die Formierung eines geschichtsmächtigen Subjekts in längeren Fristen erforderlich. Diese Seite steht indes auf einem anderen Blatt. Sie kann hier nicht beschrieben werden. Nur so viel sei gesagt: Wenn eine kommunistische Partei, die eine solche „Subjektbildung“ verfißt, darauf verzichtet, diese Epochendialektik als Angelpunkt marxistischer Theorie und gesellschaftlich-historischer Praxis weiter auszuloten und so die Epochencharakteristik zeitgemäß zu entwickeln, verzichtet sie darauf, den Sozialismus in der geschichtlichen Notwendigkeit zu verankern. Er könnte so als bloße Vision erscheinen. Es gilt vielmehr, die marxistisch-leninistische Theorie in der Epoche des Übergangs zum Sozialismus unter den Bedingungen des vorübergehenden Sieges der Konterrevolution weiterzuentwickeln.

Prof. Dr. Ingo Wagner



Schulter an Schulter im Kampf: die Außenminister Venezuelas und Kubas im Frühjahr 2005

Am **26. August** begeht der namhafte Rechtswissenschaftler der DDR und erfahrene strategische Denker unserer Tage

Prof. Dr. Ingo Wagner

Vorsitzender der Regionalgruppe Leipzig des RF-Fördervereins,

seinen **80. Geburtstag**.

Der „RotFuchs“ wünscht ihm Kraft, Mut und bestmögliche Gesundheit.

Wenn man die Geschichte befragt, dann wird klar, daß das, was sich nach 1989 auf dem Boden der DDR vollzog und sich heute im Osten Deutschlands fortsetzt, als Konterrevolution zu werten ist. Die Bourgeoisie und ihre Medien erheben diese Entwicklung zwar zu einer angeblich ersten friedlichen Revolution in Deutschland, jedoch ist dies nur der untaugliche Versuch, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Ja, es war und ist etwas „Friedliches“, was nach 1990 hier bei uns seinen Anfang nahm, aber es war und ist keine Revolution, sondern eine „friedliche“ Konterrevolution, im Unterschied zur blutigen Konterrevolution in den Tagen der deutschen Novemberrevolution von 1918. Die erste wirklich friedliche Revolution in Deutschland, das war die Entwicklung, die nach dem 8. Mai 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone eingeleitet wurde. Mit ihr begann die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die später in die Etappe der sozialistischen Revolution einmündete, deren Ziel die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft war.

Sicher, es handelte sich nicht um eine „klassische“ Revolution im üblichen Sinne, hervorgegangen aus einer Massenerhebung der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten des Volkes. Einen antikapitalistischen Aufstand hat es nicht gegeben. Es war vielmehr eine unter Führung der SED vor sich gehende revolutionäre Umgestaltung, bei der es galt, die mit der Befreiung durch die Rote Armee gegebene Chance zu nutzen, dem System der Ausbeutung, das für zwei verheerende Weltkriege verantwortlich war, ein für allemal ein Ende zu setzen.

Lenin hatte bereits während des Ersten Weltkrieges nachgewiesen, daß der zum Imperialismus mutierte Kapitalismus infolge des Privateigentums an Produktionsmitteln, seiner auf Profit und Extraprofit orientierten Wirtschaft zwangsläufig Krisen, Expansionsbestrebungen bis hin zu kriegerischen Konflikten, Arbeitslosigkeit und andere soziale Ungerechtigkeiten hervorbringe und deshalb seine historische Berechtigung eingebüßt habe. Er müsse einer auf gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruhenden sozialistischen Gesellschaft weichen. Der Imperialismus sei der Vorabend der sozialistischen Revolution – so Lenins prägnante These. Für die Überwindung des alten Systems setzte der Führer der Bolschewiki keine kurzfristigen Termine, verfügt der Kapitalismus doch seit Jahrhunderten über raffinierte Methoden der

Irreführung und Niederhaltung der Massen. Der Fortsetzer des Werkes von Marx und Engels war jedoch der Auffassung, gegebene Möglichkeiten für gesellschaftliche Veränderungen nicht zu verpassen. Er sah diese Chance in der während des Ersten Weltkrieges heranreifenden revolutionären Krise, die es zu nutzen galt. Die Oktoberrevolution ging unmittelbar aus ihr hervor, blieb aber nur auf Rußland beschränkt. Die Hoffnung Lenins, daß die deutsche Arbeiterklasse die Kraft aufbringen möge, ihre kapitalistischen Ausbeuter ebenfalls zu überwinden und sich den Russen anzuschließen, erfüllte sich aufgrund des Verrats der rechten

zungen aufgrund ungenügender Erfahrungen, durch dogmatisches Übernehmen von Formen und Methoden anderer. Nicht alle Menschen wurden im Verlauf der sozialistischen Umgestaltung erreicht. Viele blieben im bürgerlichen Denken befangen, ließen sich von westlicher Propaganda beeindrucken. Intolerantes Verhalten seitens der Partei und des Staates sowie überzogene Reaktionen erschwerten die Gewinnung Schwankender für eine Teilnahme am Aufbau des Landes.

Von Anfang an stand die sozialistische Revolution in der DDR unter dem Trommelfeuer historisch überlebter Kräfte im Westen Deutschlands, die mit Hilfe der USA erneut zur Macht gelangt waren. Sie

Nicht „klassisch“, aber normal

Führung der deutschen Sozialdemokratie nicht.

Es kam zum Zweiten Weltkrieg, ausgelöst von den faschistisch-imperialistischen Kräften in Deutschland. Er stellte alle bisher geführten Kriege in den Schatten. Doch die Niederlage des Aggressors führte zu einer zweiten Möglichkeit, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen und eine sozialistische Entwicklung in Deutschland einzuleiten. Diese Chance (und Chancen liegen nicht zu Hunderten auf der Straße) durfte auf keinen Fall ungenutzt vorübergehen. Das war eine Verpflichtung nicht nur gegenüber dem deutschen Volk, sondern auch gegenüber den Völkern Europas, denen von Nazi-Deutschland unsägliches Leid zugefügt worden war. Die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens ermutigten dazu, mit einer auf letztlich sozialistische Ziele orientierten Entwicklung in Ostdeutschland zu beginnen, während sich in den Westzonen die kapitalistische Restauration vollzog.

Die den Sozialismus anvisierende Umwälzung im Osten Deutschlands trug „normalen“ Charakter und war deshalb auch keine „reine“ Revolution, in der alles nach streng vorgefaßtem Plan verlaufen konnte. Es gab Komplikationen, Widersprüche und Hemmnisse, bedingt durch eine nicht vorhandene oder ungenügende Rohstoffbasis, infolge hoher Reparationsleistungen, durch Fehleinschät-

konnten und wollten sich mit den sozialen Veränderungen im Osten nicht abfinden. Sie befürchteten, daß ihr „überlegenes“ System über kurz oder lang ins Wanken geraten könnte, wenn die in der DDR eingeleiteten Prozesse erfolgreich verliefen. So wurden alle Register gezogen und sämtliche Hebel in Bewegung gesetzt, um diese aufzuhalten oder zu erschweren. Gnadenlose Embargopolitik, Abwerbung Zehntausender Fachkräfte, ideologische Diversion durch die Massenmedien, Unterstützung innerer Gegner und NATO-Pläne zum militärischen Aufrollen der DDR waren Teile eines abgestimmten Szenariums.

Die imperialistische Generallinie zur Zerschlagung der DDR hat wohl am deutlichsten der zwischen 1963 und 1966 im Amt befindliche BRD-Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel formuliert: Es sei alles zu unternehmen, damit das Jahr 2000 nicht zum 83. Jahrestag der Oktoberrevolution werde, bei Existenz der UdSSR, versteht sich. Leider ist festzustellen, daß sich die Hoffnungen dieses CDU-Politikers erfüllt haben. Die revolutionäre Entwicklung wurde in der DDR wie in anderen Ländern der einstigen sozialistischen Staatengemeinschaft gestoppt, unterstützt von opportunistischen und verräterischen Kräften im eigenen Lager. Ab 1990 vollzog sich bei uns eine ganz „normale“ kapitalistische Entwicklung. Dabei handelte es sich um einen historischen Rückschritt, um eine Konterrevolution, da eine fortgeschrittene Gesellschaftsordnung durch eine historisch bereits überlebte ersetzt wurde. Die Bourgeois und Barone kehrten zurück.

Es bleibt die Frage: Für wie lange? Wird es eine dritte Chance zur Errichtung des Sozialismus in Deutschland geben? Bestimmt! In welcher Art, das wird die Zukunft zeigen.

Dr. Rudolf Dix



Grafik: Karlheinz Effenberger

Die Frage nach der Demokratie im Sozialismus ist von fundamentaler Bedeutung, schon in Abgrenzung zum kapitalistischen Staat. Sie hat aber auch Signalwirkung für die Entrechteten, die unter den Bedingungen von Ausbeutungsverhältnissen leben. Zwar ist die sozialistische Demokratie durch die revolutionäre Umgestaltung der Macht- und Eigentumsverhältnisse objektiv auf eine qualitativ neue Stufe gehoben, sie bedarf jedoch – was ihre konkrete Ausgestaltung angeht – einer präzisen Beantwortung. Das ist schon deshalb bedeutungsvoll, weil es hier eine emotionsgeladene Kontroverse zwischen

mögliche Basis für konterrevolutionäre Aktionen ist auszuschließen, denn die Macht (die zumindest in der Endphase der revolutionären Umwälzung unteilbar ist) darf nie zur Disposition stehen.

2. Die marxistisch-leninistische Partei muß die Führungskraft zur Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse sein. Dies ergibt sich aus den objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten bei der Ausformung der sozialistischen und der künftigen kommunistischen Gesellschaftsformation. Dem Standpunkt, „die Partei sollte ihren Einfluß im Wettstreit mit anderen Parteien um die besten

nie der ideologische und organisatorische Zusammenbruch der Partei. Sie vermochte dem Gegner keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen. Es liegt auf der Hand, daß Demokratie im Sozialismus zunächst von der marxistisch-leninistischen Partei vorgelebt werden muß. Dafür gelten unumstößliche Prinzipien. Solche sollten sein: direkte Wählbarkeit aller Funktionäre und deren Abberufbarkeit durch die nach dem Statut zuständigen Organe; zeitliche Begrenzung der Funktionsausübung, um persönliches Machtstreben und politisch-geistige Innovationslosigkeit auszuschalten; Kontrolle der Führungstätigkeit durch gewählte Organe und durch die Mitglieder; kollektiver Führungsstil bei gleichzeitiger persönlicher Verantwortung und Rechenschaftslegung.

3. Der demokratische Zentralismus als organische Verbindung von zentraler Leitung und eigenverantwortlichem Handeln der Individuen und ihrer Kollektive muß tragendes Prinzip für die Partei und den Staat sein. Ohne ihn sind die gesellschaftlichen Prozesse nicht zu beherrschen. Vor allem nach der Konterrevolution heftig beföhlet, darf er jedoch nicht als bürokratischer Zentralismus und als Vollzugsdemokratie verstanden werden, durch die die Kommandozentrale nur ihre Zielstellungen von der Basis abnicken läßt. Es geht vielmehr darum, eine Entscheidungsdemokratie zu verankern, bei der grundlegende Strategien und Aufgaben durch die Menschen und deren Gemeinschaften mitbestimmt werden.

4. Die Grundrechte – ob als Freiheitsrechte, als Grundrechte fundamentalen Charakters, als politische, wirtschaftliche und soziale Grundrechte oder als Unverletzlichkeitsrechte klassifiziert – sind von der Macht-, Staats- und Eigentumsfrage abhängig. Als Marxisten gehen wir davon aus, daß sie sozialökonomisch bedingt sind und politisch erkämpft werden müssen, nicht aber von einem höheren Wesen verliehen oder von Natur aus gegeben. So muß jede Polemik gegen den Sozialismus ins Leere gehen, die „Freiheitsrechte an sich“ fordert und eine abstrakte humanistische Gesellschaft modellieren will. Eine solche Zielstellung wird dann zur Utopie und Moralrhetorik, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, die bereits von Marx und Engels im Manifest der Kommunistischen Partei benannt wurden: die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Konzentration der Produktion in den Händen der assoziierten Produzenten, die spätere Abschaffung der Klassen und des Staates.

Für die Grundrechte in einem sozialistischen Staat ist insbesondere charakteristisch, daß erstmals in einer Gesellschaftsformation objektive Garantien (politische, ökonomische, soziale, juristische) für ihre umfassende Verwirklichung bestehen. Soziale Grundrechte wie das Recht auf Arbeit bleiben also keine papierne Deklaration, sondern haben ihr Fundament in den neuen Eigentumsverhältnissen. **Prof. Dr. Werner Roß**

Demokratie im Sozialismus

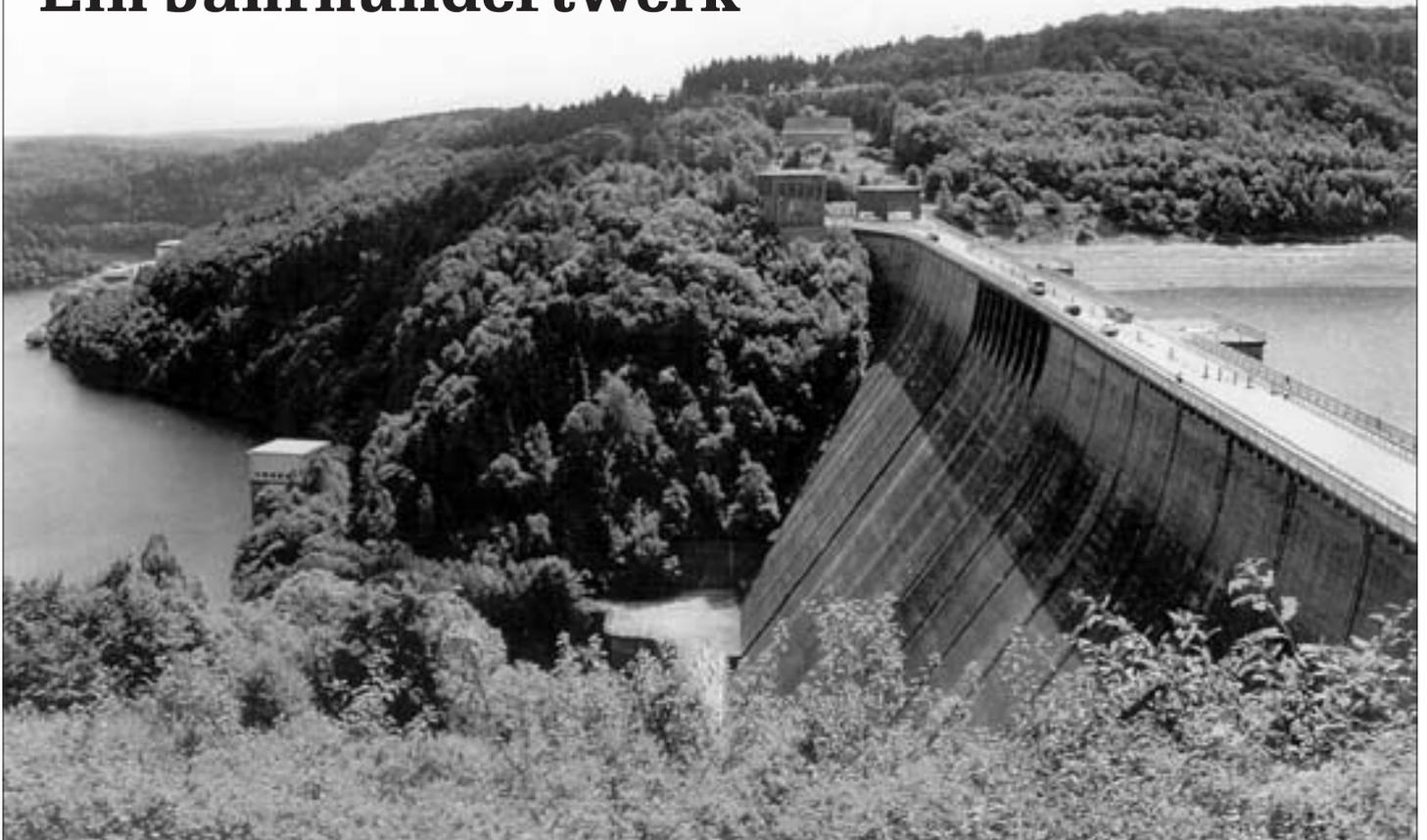
unterschiedlichen linken Kräften gibt. Den untergegangenen sozialistischen Staaten werden Demokratiedefizite vorgeworfen, die zu ihrer Niederlage beigetragen hätten. Ohne tatsächliche Mängel kaschieren zu wollen, muß die Frage der Demokratie in den Gesamtkontext der historischen Entwicklung eingeordnet werden, wobei innere und äußere Bedingungen von Belang sind. Das darf nicht dazu führen, begangene Fehler und aufgetretene Defizite herunterzuspielen. Es geht vielmehr darum, die notwendigen Schlüsse für die Modellierung einer sozialistischen Gesellschaftsformation zu ziehen. Bei der Konzipierung eines Sozialismusmodells in den Grundstrukturen sind tiefgehende Untersuchungen über den demokratischen Funktionsmechanismus notwendig. Einige Vorschläge sollen die Diskussion hierzu befördern. Dabei wird verkürzt und thesenhaft auf Eckpunkte eingegangen:

1. Was ist das Beziehungsgefüge von politischer Macht und Demokratie? Hier müssen anknüpfend an Engels dessen Ausführungen zur „reinen Demokratie“ als Verschleierung der Machtverhältnisse der Bourgeoisie in Erinnerung gerufen werden. (MEW 36/251 ff.) Sein Fundamentalsatz lautet: „Jede Demokratie ist Klassenherrschaft.“ (MEW 36/128) Davon ausgehend besteht zwischen der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie ein unauf löslicher Zusammenhang, der auch durch das gesamtgesellschaftliche Eigentum ständig reproduziert werden muß. Die Forderung nach „Demokratie an sich“ und somit als

Ideen und Initiativen immer wieder neu erringen“, muß widersprochen werden. Das trifft auch auf die Möglichkeit ihrer Abwählbarkeit als regierende Partei nach bürgerlichem Muster zu. Die Kraft für eine wissenschaftlich begründete Gesellschaftsstrategie bezieht die Partei aus ihren weltanschaulichen Grundlagen und aus dem offenen, auch kritischen Dialog mit den Volksmassen. In Kuba wird das jeden Tag bewiesen.

Ausgehend von den historischen Erfahrungen gehört die Frage auf den Prüfstand, ob die Partei eine Massenpartei oder eine Kaderpartei sein sollte. Auf jeden Fall ist dem entgegenzuwirken, daß Opportunisten aus Vorteilsgründen die Mitgliedschaft in der staatstragenden marxistischen Partei erringen. Dieses Thema wurde in den sozialistischen Ländern sträflich vernachlässigt. Das trug zu ihrer Zersetzung bei. Ein Kernpunkt war auch, daß nach dem Tode Lenins die Prinzipien für eine Partei von neuem Typus weder in der Sowjetunion noch in den anderen sozialistischen Staaten Europas verwirklicht wurden. Die Machtkonzentration beim Generalsekretär, der etablierten Führungselite und dem Parteiapparat hatte schließlich solche Ausmaße angenommen, daß sich ein subjektivistischer Führungsstil entwickelte, der zur Trennung von den Volksmassen beitrug. Es kam zu Verkrustungen in der Theorie. Hier wird der Stellenwert der Partei im Sozialismus deutlich. Sein Verfall war ein schleichender Prozeß, der schließlich mit dem Sieg konterrevolutionärer Kräfte endete. Ursächlich dafür war in erster Li-

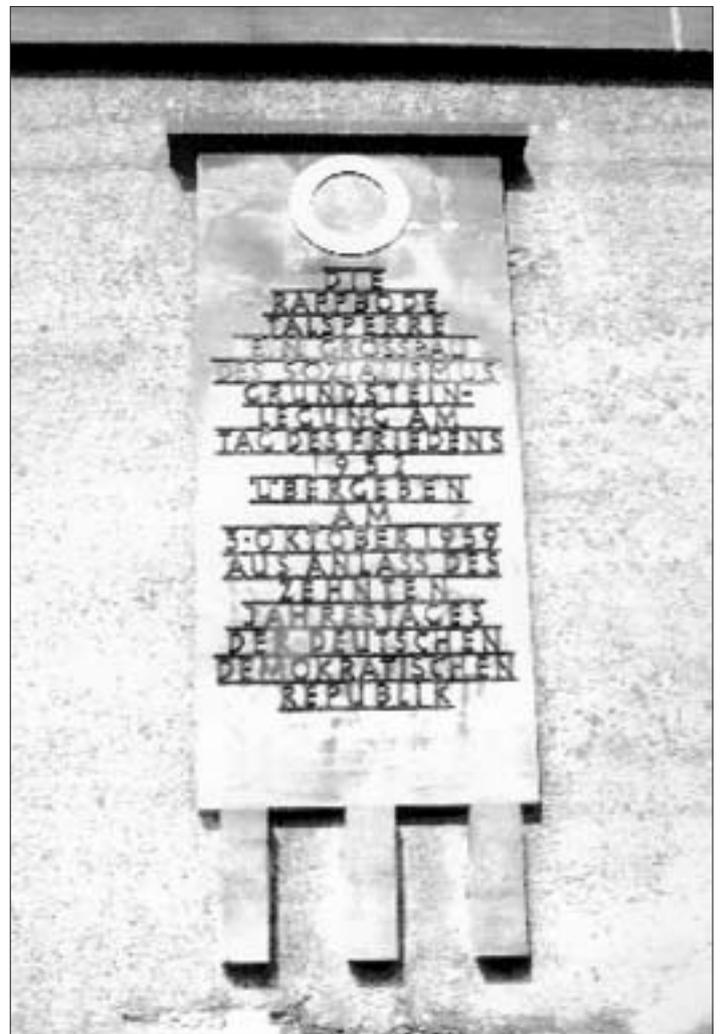
Ein Jahrhundertwerk



Zu den großen Bauten der frühen DDR gehört die 1959 übergebene Rappbode-Talsperre, mit der die Trink- und Brauchwasserversorgung einer ganzen Region gesichert wurde. Unser Leser Georg Reif aus Wernigerode, der dem Vorstand der Harzer URANIA e. V. angehört, sandte uns eine Reihe hervorragender Fotos und aufschlußreiche Informationen zur Geschichte des unter den Hitlerfaschisten begonnenen und dann wegen des Krieges abgebrochenen, nach 1945 aber von der DDR verwirklichten Stauwerkprojekts. Er erläutert es ständig Gruppen den Harz bereisender Touristen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß es den konterrevolutionären Schilderstürmern

nach 1989/90 nicht gelang, die steinernen Tafeln zur Darstellung der historischen Abläufe an der denkmalgeschützten Rappbode-Talsperre, bei deren Errichtung sieben Bauarbeiter den Tod fanden, zu entfernen. Außer der ihrem Andenken gewidmeten Inschrift mit Worten Johannes R. Bechers haben zwei große Platten den geplanten, bereits begonnenen und dann rückgängig gemachten Abriß überstanden. Zwar wurde das von den neuen Machthabern geschmähte Staatswappen der DDR gelöscht; doch der bereits entfernte Textteil „Ein Großbau des Sozialismus“ mußte wiederhergestellt werden, was man unschwer an der helleren Farbe erkennen kann. R. F.



Das **Sonderheft 1** der Zeitschrift (Herausgeber Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo) ist erschienen.

Bestellungen sind zu richten an:

OPOS

DER TITEL LAUTET:

Umriss einer ökonomischen Analyse des Kapitalismus heute

Dr. Dieter Kraft, Seestraße 35
13353 Berlin, Tel./Fax 030/282 07 80

„Einigkeit und Recht“ heißt das neue Buch von Honecker-Verteidiger Friedrich Wolff. Es befaßt sich mit der juristischen „DDR-Vergangenheitsbewältigung“ ab 3. Oktober 1990. Zugleich ist es ein Exkurs in die deutsche Rechtsgeschichte der letzten 200 Jahre. Und zwar ein politischer, denn es beantwortet indirekt die Frage: Wessen Recht ist das Recht? Der Autor zeigt Kontinuität und Brüche, die er plastisch durch viele Beispiele belegt. Das erklärt, weshalb das Buch auch unter Nichtjuristen beachtliche Verbreitung erfährt. Die nicht niedrige 1. Auflage ist bereits verkauft, wie der Verlag informierte, die 2. Auflage in der Auslieferung. Wolff, jenseits der 80, wird seit Monaten von vielen Veranstaltern zu Lesungen gebeten. Er ist ein gefragter Diskussionspartner. Es dauerte noch ein gutes Jahr, bis der damalige Bundesjustizminister Klaus Kin-

die Justiz hatte schon einmal gezeigt, daß sie auch ohne Weisung von oben agierte. Wie der „Rechtsstaat“ in den folgenden 15 Jahren mit der DDR-Vergangenheit auf-räumte, macht Friedrich Wolff in seinem Buch deutlich. Nach seiner Auffassung wurde auf Rechtsprobleme und Verfahrenshindernisse keinerlei Rücksicht genommen. Daß es sich dabei nicht um Behauptungen handelt, belegt Wolff vor allem durch Äußerungen westdeutscher Rechtsprofessoren. Ihr Schrifttum spielte in den sogenannten Mauerschützenprozessen eine große Rolle. Der konsequenten Auffassung, daß das strafrechtliche Rückwirkungsverbot nicht nur die Anwendung nach der Tat geschaffener Straftatbestände ausschließt, sondern auch die rückwirkende Verschlechterung der Rechtslage durch nachträgliche Aufhebung gesetzlicher Rechtfertigungsgründe,

haben würde, Befehle nicht auszuführen, so muß das hingenommen werden.“ Wolff zitiert einen weiteren westdeutschen Rechtswissenschaftler: „Eine Strafbarkeit scheidet dann aus, wenn der Grenzsoldat gemäß § 27 II des Grenzgesetzes zuerst einen Warnschuß abgab, bevor er geschossen hat, um das Opfer fluchtunfähig zu machen.“ Und das haben die Grenzsoldaten in aller Regel getan. Wenn nicht, dann hätten sie gegen bestehendes DDR-Recht verstoßen.

Was also ist falsch, wenn Wolff nicht nur in bezug auf die strafrechtliche „Vergangenheitsbewältigung“ der DDR schreibt, daß die Art und Weise, in der der Anschluß an die BRD vollzogen wurde, nicht zu verstehen ist? Warum wurden für sogenanntes DDR-Unrecht die Verjährungsvorschriften mehrfach verlängert, während bei Prozessen gegen Naziverbrecher ein Verfahrenshindernis darin gesehen wurde, daß ihre Taten, hätte man sie rechtzeitig erkannt, bereits kriegsgerichtlich verfolgt worden wären? Wenn man nur lange genug dreht und wendet.

Friedrich Wolff zeigt in „Einigkeit und Recht“ auch, wie in Deutschland von der Herrschaft Friedrich Wilhelms IV. bis zum Anschluß der DDR an die BRD die jeweils herrschende Justiz immer gezielt und flächendeckend diejenigen verfolgte, die ihren politischen Interessen am meisten Widerstand entgegensetzten. Der Autor wäre unglaublich, hätte er der Rechtsprechung in der DDR nicht ebenfalls ein ausführliches Kapitel gewidmet. Zwar richtete sich deren politische Justiz, so Wolff, in erster Linie gegen Nazi- und Kriegsverbrecher, aber auch gegen Oppositionelle. Diese Verfahren und Urteile müssen hinterfragt werden. Auch wenn nach Ansicht von Wolff die Justiz nicht reaktionäre gesellschaftliche Verhältnisse konservieren, sondern sie revolutionär verändern wollte, durfte dies nicht dazu führen, geringste Verfehlungen mit harter Keule zu ahnden.

Auch wenn Wolff die politische Justiz in der DDR nicht gerade als ein Ruhmesblatt betrachtet, sei die DDR – so der Autor – deshalb noch lange kein Unrechtsstaat gewesen. Die bei 100000 Ermittlungsverfahren gegen Juristen, Funktionäre und Hoheitsträger herausgekommenen 300 Verurteilungen – nicht nur nach Wolff reine Fehlerurteile – bewiesen eher das Gegenteil.

Kürzlich sagte ein Berliner Politiker dem Rezensenten in einem Interview, daß er es nicht verstünde, weshalb seit dem Bestehen der Bundesrepublik noch nie ein westdeutscher Richter wegen Rechtsbeugung verurteilt worden sei. Nicht nur unter diesem Gesichtspunkt kann das Buch von Friedrich Wolff als erhellende Lektüre bestens empfohlen werden. Er beweist, daß es noch immer einen Unterschied macht, Recht zu haben und Recht zu bekommen. Der „Rechtsstaat“ läßt grüßen.

Dietmar Jochum

Friedrich Wolff: Einigkeit und Recht. Die DDR und die deutsche Justiz. edition ost, Berlin 2005, 192 Seiten, 12,90 Euro, ISBN 3-360-01062-0

300 Verurteilungen bei 100 000 Ermittlungsverfahren

kel (FDP) am 23. September 1991 auf dem Deutschen Richtertag in Köln zur „Delegitimierung des SED-Systems“ aufrief; aber er unterschätzte die bundesdeutsche Justiz, glaubte er doch, sie brauchte einen Tritt, um nicht auf der Stelle zu verharren. Es verhält sich wohl eher umgekehrt, daß sie kaum noch zu stoppen ist, wenn sie erst einmal losgetreten hat. Man nennt das vorausseilenden Gehorsam.

Natürlich ist sie nicht unbeeinflusst von politischen Motiven, doch haben die Juristen, wie das Wolff richtig erkennt, das DDR-Bild mehr oder weniger verinnerlicht, das die Medien in den Köpfen der Westdeutschen erzeugten. Die Stimmung gegen die „Stasi“, gegen DDR-Richter, auch gegen „schießwütige Grenzsoldaten“ und deren Vorgesetzte war längst geschürt, als westdeutsche Politiker noch ihren Hofknicks in der DDR machten und die BRD-Juristen noch wußten, daß es ein Rückwirkungsverbot gab, insbesondere für die Aburteilung von Nazi-Verbrechern.

Nein, die bundesdeutsche Justiz brauchte keinen Kinkel, der sie Mores lehrte. Diesen Druck besorgten andere. Die Bewältigung der DDR-Vergangenheit durch die Bundesrepublik erfolgte schlagartig, also pünktlich mit Gongschlag am 3. Oktober 1990.

Bereits am Nachmittag jenes ersten Tages erfuhr der letzte Chef der HVA des MfS, Werner Großmann, wo es für ihn und seinesgleichen jetzt langging. Als er mit seiner Frau von einer Fahrt ins Grüne nach Hause zurückkehrte, warteten in seinem Wohnzimmer bereits sechs Beamte des Bundeskriminalamtes und verkündeten ihm einen bereits vor Herstellung der deutschen Einheit ausgefertigten Haftbefehl. Dieser wurde zwar anderentags unter Auflagen außer Vollzug gesetzt, doch

hat das Bundesverfassungsgericht 1996 mit einem Beschluß einen Strich durch die Rechnung gemacht. Er besagt, daß das Rückwirkungsverbot seine rechtsstaatliche Rechtfertigung in der besonderen Vertrauensgrundlage finde, welche die Strafgesetze tragen, wenn sie von einem an die Grundrechte gebundenen Gesetzgeber erlassen worden seien. Wo es aber einer solchen Vertrauensgrundlage ermangele, da der Träger der Staatsmacht für schwerstes kriminelles Unrecht die Strafbarkeit durch Rechtfertigungsgründe verneine, indem er über die geschriebenen Normen hinaus zu solchem Unrecht auffordere, komme das Rückwirkungsverbot nicht in Betracht.

Wolff sucht und findet eine Antwort bei Lüdersen, einem der DDR keineswegs wohlgesonnenen Experten. Der sagte: „Wenn die DDR-Juristen im Grenzgesetz keine Verletzung von menschen- und völkerrechtlichen Grundsätzen gesehen haben, die nach § 95 DDR-Strafgesetzbuch die zuständigen Organe dazu berechtigt

Bei den Regionalgruppen und beim zentralen Vertrieb können Mäppchen mit jeweils fünf Porträtfotos von Marx, Engels und Lenin (als Postkarten) bezogen werden.

Spendenempfehlung: 2 Euro.



Wie die DDR-Behörden nach Nazi-Verbrechern fahndeten

Die Gestaltung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Deutschlands hatte den Kampf gegen den Ungeist des Faschismus und dessen Träger zur Bedingung. In Punkt 1 des Aktionsprogramms der KPD vom 11. 6. 1945 hieß es: „Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei“. Die Anordnungen und Befehle des Alliierten Kontrollrats und der SMAD zur „Entnazifizierung“ trafen so auf eine politische Kraft, die sich diese Aufgabe selbst zu eigen gemacht hatte. Sie hielt auch vor ihren eigenen Reihen nicht inne. Jedes Parteimitglied wurde mit der Frage konfrontiert, wie es die Nacht des Faschismus überstanden und ob es den Idealen der Partei die Treue gehalten hatte.

In der SBZ war die Entnazifizierung im wesentlichen mit dem Jahr 1947 abgeschlossen. Wie sich später allerdings zeigte, war wohl mit einem zu großen Raster und vor allem mit dem Schwerpunkt öffentlicher Dienst vorgegangen worden, so daß man etliche Faschisten nicht erfaßt hatte. Spätere Verfahren erwiesen zudem, daß sich Belastete bewußt für den Aufenthalt in der SBZ/DDR nach dem Motto entschieden hatten: Im Auge des Zyklons ist es am ruhigsten.

Zunächst verschob sich in dem Maße, in dem die Remilitarisierung der BRD und ihre Einbeziehung in die NATO voranschritten und Funktionsträger des Naziregimes zunehmend in öffentliche Ämter gelangten, der Schwerpunkt der Untersuchungen. Sie konzentrierten sich mehr auf die BRD, Träger war der Nationalrat der Nationalen Front, der mit zwei Dokumentationen (Braunbuch 1965, Graubuch 1967) auf die Durchdringung der BRD-Gesellschaft mit Naziaktivisten aufmerksam machte.

Am 28. 5. 1964 faßte der Ministerrat der DDR den Beschluß über die Erfassung und Auswertung der in der DDR befindlichen Dokumente aus der Zeit der Hitlerdiktatur (Auszug: GB 1.II S. 575). Er übertrug den staatlichen Archiven der DDR die Sicherung aller in der DDR befindlichen Dokumente über faschistische Verbrechen. Die Leitung und Koordinierung dieser Arbeiten wurden der Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium des Innern anvertraut. Für die Sammlung der Daten wurde ein ihr angegliedertes Dokumentationszentrum errichtet. Dessen erster Leiter

war Heinz Schumann, selbst ein Verfolgter des Naziregimes.

Die DDR war also bereits gerüstet, als sich auf internationaler Ebene Absichten andeuteten, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden, die dann in die 1968 von der UNO-Vollversammlung angenommene Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mündeten.

Die Beweislage im Land war schlecht. Was die faschistischen Behörden an Unterlagen kurz vor Kriegsende nicht vernichtet hatten, wurde rechtzeitig in den Westen gebracht. Die aussagekräftigsten Dokumente über faschistische Verbrechen befanden sich somit in der Verfügungsgewalt der BRD, vor allem aber der USA. Diese hatten sich der wichtigsten Materialien bemächtigt. Darunter befanden sich u. a. Dokumente des Reichssicherheitshauptamtes, des Reichsführers SS – Persönlicher Stab, der Dienststelle Rosenberg, militärischer Stäbe und Einheiten sowie das Personalaktenarchiv der NSDAP, das unter dem Namen „Document Center“ in Westberlin stationiert blieb. Zu allen besaß die DDR keinen Zugang. Auch als die USA die deutschen Akten verfilmt hatten und mit den Filmen einen regen Handel eröffneten, war es DDR-Institutionen nicht möglich, diese zu erwerben. Die Sperrung des Zugangs ging einher mit primitiven Verdächtigungen, von der DDR vorgelegte Beweisstücke wären Fälschungen.

Die in der DDR vorhandenen Unterlagen waren – auch bei Berücksichtigung der von der Regierung der UdSSR seit den 50er Jahren zurückgegebenen – lückenhaft. Sie stammten zudem oft von Institutionen und Einrichtungen, die nicht direkt in die faschistischen Greueln verstrickt waren; es handelte sich überwiegend um Akten, deren Durchsicht einen immensen Zeitaufwand erforderte, der häufig nicht den dabei erzielten Ergebnissen entsprach. Die von Häftlingen geretteten Unterlagen aus KZs und Haftanstalten, die von der Polnischen Hauptkommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen zur Verfügung gestellten Dokumente und die den Materialien des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher und seiner Nachfolgeprozesse zu entnehmenden Informationen vermochten die Lücken nur unvollkommen zu schließen. Die Aufgabenstellung lief darauf hinaus, alle Dokumente aus

der Zeit von 1933 bis 1945 nach belastenden Indizien zu untersuchen. Auf verschlungenen Wegen gelangten dann schließlich auch Filmkopien von den in den USA lagernden Akten mit z.T. personenintensivem Inhalt in die DDR. Die Durcharbeitung erfolgte nach einem von der Staatlichen Archivverwaltung entwickelten und kontrollierten System in den Archiven der DDR. Das Ergebnis der außerordentlich zeitaufwendigen Tätigkeit war eine in die Millionen gehende Personenkartei und eine Kartei über die in den

Akten dokumentierten Ereignisse. Diese bildeten die Grundlage für das Vorgehen der Ermittlungsbehörden. An der Aufgabe wurde bis zum Ende der DDR gearbeitet. Die im Bereich des Ministeriums des Innern verbliebenen Karteikarten lagen in jeweils einem Exemplar bei der Staatlichen Archivverwaltung und dem Dokumentationszentrum vor. Bleibt als Fazit: Die DDR trug die Hauptlast bei der Dokumentierung faschistischer Verbrechen und bei der Verfolgung faschistischer Verbrecher.

Wolfgang Blöß

Sie reden ...

- Sie reden von Freiheit und menschlicher Würde und meinen Maximalprofit und wachsende Arbeitslosigkeit
- Sie reden von Freiheit und menschlicher Würde und zerstören die soziale Gerechtigkeit
- Sie reden von Freiheit und menschlicher Würde und schaffen Notstand für Alte und Kinder
- Sie reden von Freiheit und menschlicher Würde und dulden Menschenhandel mit Slawinnen und Schwarzen
- Sie reden von Freiheit und menschlicher Würde und organisieren Unwissen in Kindergärten und Schulen
- Sie reden von Freiheit und menschlicher Würde und privilegieren die Ausbildung der „Elite“-Kinder
- Sie reden von Freiheit und menschlicher Würde und vernichten die Freiheit von Ausbeutung
- Sie reden von Freiheit und menschlicher Würde und lassen die Neonazi-Saat gedeihen
- Sie reden von Freiheit und menschlicher Würde und begünstigen Betrug und Korruption bei denen, die Schwarz mit Nadelstreifen tragen
- Sie reden für Freiheit und menschliche Würde der Bosse und Banker, der Reichen und Besitzenden, der HERRSCHENDEN.

Wolfgang Ahrens



Kürzlich las ich bei Jacob von Uexküll, dem Stifter des alternativen Nobelpreises: „Die Konsumideologie wiederholt den Fehler des Marxismus, der glaubte, daß das Freisetzen von Produktionsmitteln alle Probleme lösen könne.“ Uexküll behauptet, daß die Wissenschaft von heute der Irrtum von morgen sei, und fordert ein einfaches Leben in Genügsamkeit aller. Im Oktoberheft 2004 wurden die „Rot-Fuchs“-Leser durch Johannes Dreßler darüber aufgeklärt, daß die Marxsche Erkenntnis von der notwendigen Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Menschen zum Ende des Sozialismus in der DDR und den europäischen sozialistischen Ländern geführt habe.

geht hervor, daß heute schon genügend Lebensmittel produziert werden, um die doppelte Weltbevölkerung ausreichend zu ernähren. Deshalb schreibt die FAO: „Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet. Es stirbt unnütz, denn es gibt objektiv keinen Mangel.“ Tonnenweise werden Lebensmittel vernichtet, um Gewinne zu sichern. „Zur Selbsthilfe fehlt den Betroffenen das Geld“, denn auch diejenigen, die in diesen Ländern für Arbeit entlohnt werden, können von dem Einkommen nicht leben, es fehlt der „Zugang zu Boden, sauberem Wasser und Bildung. Profitinteressen verschärfen die Lage, und Agrarsubventionen benachteiligen die Entwicklungsländer.“

Marx und Engels betrachteten den Menschen immer als Individuum und gesellschaftliches Wesen, das Bestandteil der Natur ist. Seit mehreren hunderttausend Jahren ist der Lebensraum der Menschen die Natur unseres Planeten Erde und sie befriedigen ihre ersten Lebensbedürfnisse Essen, Trinken, Wohnen, Kleiden usw. immer aus der Natur. Das war ihre bahnbrechende geschichtliche Tat. Sie gehen dazu bestimmte Verhältnisse – Produktionsverhältnisse – ein, in die sie hineingeboren werden und die den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Die Befriedigung dieser materiellen Lebensbedürfnisse (nicht Luxusbedürfnisse) setzt die Existenz und Erhaltung des Menschen als intelligentes Wesen in einer ökologisch intakten Natur voraus.

Um sich die Natur zu seiner Existenz anzueignen, nutzt der Mensch seinen Vorzug, den er vor allen anderen Lebewesen hat, nämlich schöpferisch denken zu können. Ihm ist es zu verdanken, daß er, nachdem er gelernt hatte, aufrecht zu gehen, Werkzeuge und Feuer gebrauchen konnte, die Entwicklung vom Höhlenmenschen, Jäger und Sammler zum Ackerbauern und Viehzüchter bis zum heutigen modernen Erdenbürger durchmachen konnte. Anderenfalls wäre er auf der Welt nicht vorhanden oder säße noch immer auf Prometheus wartend in der Dunkelheit seiner Höhle.

Die bewußte Nutzung der Natur für die Befriedigung der über die Zeiten gewachsenen Bedürfnisse hat den Menschen als Lebewesen selbst auf eine immer höhere Entwicklungsstufe gehoben, hat die Bevölkerung auf der Erde vervielfacht (1800 = 0,978 Mrd., 1900 = 1,650 Mrd., 2000 = 6,15 Mrd.) und wird sie weiter anwachsen lassen. Restriktive Geburtenregulierung zur Reduzierung des Verbrauchs durch Verhinderung des Bevölkerungswachstums ist eine Forderung, die mit menschlicher Ethik und „neuer sozialistisch-kommunistischer Zielbestimmung“ für mich nicht vereinbar ist.

Nach meinem Wissen lassen Marx und Engels weder in ihren philosophisch-historischen noch in ihren ökonomischen Schriften einen Zweifel daran, daß der sorgsame Umgang mit den Naturressourcen eine der größten Herausforderungen für die Menschheit zu ihrer Erhaltung ist. Dies ist wegen der auch künftig weiter steigenden Entnahmen aus der Natur auf Grund des zu erwartenden Anstiegs der Weltbevölkerung bis 2020 auf ca. 8 Mrd. Menschen (Schätzung der Weltbank im World Energy Council 2001), die alle nach einem wachsenden Lebensstandard streben, noch immer hoch aktuell.

Marx und Engels haben sich in ihren Schriften auch nicht gegen Genuß, sondern immer nur gegen Genuß durch Luxusverschwendung und egoistisches, kapitalistisches Gewinnstreben von wenigen Menschen infolge der Ausbeutung der Masse der anderen ausgesprochen.

(wird fortgesetzt)

Dr. Adolf Eser

Unser Autor war Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld.

Kein Ende der „Hochzivilisation“!

Die „Hochzivilisation“ auf der Erde werde ihren Abschluß finden, weil sich die Menschheit selbst ihrer Lebensgrundlagen beraubt, wenn sie dieser Erkenntnis von Marx und Engels weiter folgt.

In beiden Auffassungen widerspiegeln sich globale Herausforderungen unserer Zeit nach sozialer Gerechtigkeit und die Sorge um die Zukunft der Menschen auf dem Planeten in einer Welt der Ausbeutung und des zunehmenden Strebens nach persönlichem Reichtum. Sie gehen aber meines Erachtens von falschen, pessimistischen Ansätzen aus. In jeder Sekunde stirbt auf der Erde ein Mensch an Unterernährung und schlechtem Trinkwasser. Das sind 30 Millionen im Jahr. Allein in Peru stieg die Zahl der Hungernden im Zeitalter der angeblichen Hochzivilisation von 11 % im Jahr 1990 auf 27 % im Jahr 2000.

In Angola und Moçambique sind 50 % der Einwohner von Hunger betroffen. Selbst im „reichen“ Deutschland leiden etwa 2 Millionen Kinder unter Armut, rund 2500 von ihnen leben auf der Straße.

Ist der Wunsch dieser Kinder, wie Gleichaltrige leben zu können, Konsumdenken? Ist ihre Armut nicht die Folge der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen ihre Familien, ausgegrenzt von der Möglichkeit des Broterwerbs durch Arbeit, zu wenig zu konsumieren haben? Erst 25 % der derzeit ca. 6 Mrd. Menschen auf der Erde verfügen über einen Lebensstandard, der durchschnittlich dem der Einwohner in den fortgeschrittenen Industrieländern, zu denen wir gehören, entspricht und den alle erstreben.

Haben wir Satten das Recht, ihnen aus Sorge um die angeblich begrenzten Ressourcen auf der Erde diesen berechtigten Anspruch streitig zu machen und sie vom Konsum auszuschließen?

Aus dem Jahresbericht der UNO-Welt-ernährungsorganisation (FAO) 2004

„Der Hungertod bleibt allgegenwärtig, und er ist keine Naturgesetzlichkeit“, auch keine Frage der Überbevölkerung, sondern er ist den imperialistischen Ausbeutungsverhältnissen auf dieser Erde geschuldet. Die Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Erdbewohner wird nur durch steigenden Konsum von adäquaten Verbrauchsgütern, Lebensmitteln und nicht Luxusgütern ermöglicht, der immer auch steigende Produktion voraussetzt. Ohne Konsumtion gibt es keine Produktion, ohne Produktion keine Konsumtion und ohne diese kein Leben. Jeder weiß aus seiner eigenen persönlichen Erfahrung, daß, wie es Marx formuliert, jedes befriedigte erste Bedürfnis Quelle neuer Bedürfnisse ist. Der Volksmund hat das auf die einfache Formel gebracht: „Je mehr er hat, je mehr er will.“ Nicht befriedigte Bedürfnisse können durchaus demotivierend wirken.

Unter kapitalistischen Bedingungen sind Produktion und Konsumtion an den Profit als Triebkraft dieser Gesellschaft gebunden, die dafür permanent neue, auch absurde Bedürfnisse und damit Bedarf erzeugen und somit Elend und Luxusverschwendung gleichermaßen produzieren muß.

Die Genußfähigkeit der Herren Ackermann, Esser und Zwickel und der weiteren Multimillionäre in Deutschland zeigt anschaulich, daß deren Lustfähigkeit mit der Stärke des Reizes nicht abnimmt, wie Johannes Dreßler meint, sondern grenzenlos steigt, wenn das große Geld, und davon immer mehr, reizt. Das durch Fechner, einen Zeitgenossen von Marx und Engels, formulierte psychophysikalische Grundgesetz ist keineswegs dazu geeignet, eine Katastrophe der menschlichen Gesellschaft wegen deren angeblichem „Streben nach immer aufwendigeren und intensiveren Genußerlebnissen“ vorauszusagen.

Arbeitslosigkeit – höchst erwünscht

Seit langem wird in der BRD der Eindruck zu erwecken versucht, daß die chronische Massenarbeitslosigkeit durch diese oder jene staatliche Maßnahme erheblich zu mindern sei. Jedoch haben sie auch die jüngsten Hartz-IV-Maßnahmen eher noch gefördert.

Der Marxismus hat stets die besondere Grausamkeit der Arbeitslosigkeit charakterisiert: Sie deformiert die Betroffenen sozial, physisch und psychisch, grenzt sie mannigfach aus und erzeugt in ihnen oftmals das Gefühl, in der Gesellschaft nicht mehr gebraucht zu werden. Ihre Angehörigen, besonders Kinder und Jugendliche, leiden unter den geistigen und materiellen Folgen. Sie diszipliniert auf drastische Weise die noch Beschäftigten. Sie unterminiert alle sozialen Bereiche, fördert z. B. die weitere Ausdehnung eines Niedriglohnssektors und führt zu erheblichen Mindereinnahmen bei der Rentenversicherung und anderen Trägern. Sie bewirkt flächendeckende Unsicherheit und demotiviert breite Bevölkerungsschichten.

Alles in allem: Chronische Massenarbeitslosigkeit ist verordnete Unfreiheit und wachsende Armut. Es zeugt von einem Höchstmaß an politischer Arroganz, wenn sich die Verursacher von 7 bis 8 Millionen registrierten und nichtregistrierten Arbeitslosen auch noch als Gralshüter von Menschenrechten aufspielen.

Um von den systembedingten Ursachen der Arbeitslosigkeit wie den Eigentums- und Profitverhältnissen abzulenken, wird inzwischen ein ganzes Arsenal von Rechtfertigungen mobilisiert. Sie verbreiten z. B. die Behauptung, zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit müßten wir den Gürtel enger schnallen und dürften nicht „über unsere Verhältnisse“ leben. Patriotische Bescheidenheit sei zu üben, um Spielraum für neues Wachstum und weitere Investitionen zu gewinnen, damit zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Nach jahrzehntelangem Scheitern dieser Wirtschaftspolitik wird das Credo verkündet, zu einer solchen Konzeption gebe es „absolut keine Alternative“.

Tatsächlich geht es um ein bedarfsgeRechtes Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Investitionsökonomie, darunter vor allem auf kommunaler Ebene. Doch ein solches Wachstum bedingt, Erscheinungen und deren Quellen zu beseitigen, die einer gewissen Gesundung der Ökonomie unter den gegebenen Verhältnissen direkt im Wege stehen. Die spekulativen Profite der DAX-Unternehmen wachsen doch rapide. Im Jahr 2004 betrug ihre Steigerung 69 Prozent. Die staatlich sanktionierten Steuerschlupflöcher haben inzwischen ein solches Ausmaß angenommen, daß sich die Kluft zwischen den offiziell festgelegten Abga-

besätzen und der realen Belastung der Unternehmen enorm vergrößert hat. Die Steuerzahlungen von Kapitalgesellschaften in Deutschland sind inzwischen von etwa 43 Milliarden auf ca. 25 Milliarden Euro zurückgegangen.

Schließlich: Von Jahr zu Jahr steigen die Kosten nicht für die Vermittlung von Arbeitsplätzen, sondern für die bürokratische Verwaltung der Arbeitslosigkeit! Allein die registrierte kostet im Jahr zwischen 85 Milliarden und etwa 90 Milliarden Euro z. B. an Sozialausgaben, Steuer ausfällen und Versicherungsbeiträgen.

Doch „der Wirtschaft“ und „der Politik“ geht es gar nicht um die „Beseitigung“ der Arbeitslosigkeit. In allererster Linie, das zeigt sich schlagartig bei sehr rentablen Exporten, zielen Investitionen auf ein Wirtschaftswachstum, das auf Innovationen, der Anwendung neuester wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse, einer technologisch gestützten Senkung der Material- und Energiekosten beruht.

Rationalisierungsinvestitionen aber sparen Arbeitsplätze in beträchtlichem Umfang ein. Tatsächlich wäre der Investitionsstau durch ein umfassendes Programm, das auch neue Arbeitsplätze erfordert, zu beheben. Allein bei der Infrastruktur der BRD soll sich dieser „Stau“ auf eine Billion Euro belaufen.

Wer statt produktiv in Beschäftigung zu investieren lieber auf internationalen Kapitalmärkten spekuliert, sollte nicht auch noch die Legende von den leeren Kassen ins Feld führen.

Doch gegenwärtig ist vor allem auch der Binnenmarkt zu stärken. Die offizielle, auch von der bisherigen „Opposition“ forcierte „Reformpolitik“ trägt aber täglich zu seinem Schrumpfen bei. Die Hartz-IV-Betroffenen sind keine „guten Konsumenten“. Kleinere Unternehmer, Handwerker und Gewerbetreibende spüren diese Situation oftmals bis zu ihrer Insolvenz.

Wie können neue Arbeitsplätze entstehen, wenn es keine fortwährende Koppelung des Lohnes an die Produktivitätsentwicklung gibt?

Wer die Kluft zwischen tatsächlich gezahlten Löhnen und Tariflöhnen ständig vergrößert, der bremst die Binnennachfrage erheblich und steigert die Arbeitslosigkeit rapide. Wer gar Ein-Euro-Jobs als Brechstange für die Ausweitung des Nied-

riglohnssektors benutzt, unterschreitet existenz- und nachfragesichernde Löhne erheblich. Im vergangenen Jahr verfügten etwa 1,6 Millionen Vollzeitwerbstätige über ein monatliches Nettoeinkommen von lediglich bis zu 700 Euro.

Es wird ständig behauptet, die Arbeit sei zu teuer; deshalb erwiesen sich längere Arbeitszeiten bei gleichzeitigem Lohnverzicht in großem Umfang als erforderlich. Inzwischen beträgt die effektive Arbeitszeit in Deutschland 40 Stunden pro Woche und ist damit auf EU-Durchschnitt. Seit 1995 sind die Lohnstückkosten ganz deutlich hinter denen in den USA und einer Reihe von EU-Ländern zurückgeblieben. Der Lohnkostenanteil bei den Gesamtkosten beträgt hierzulande 21,4 % des Umsatzes.

Immer weniger Arbeitskräfte und Arbeitszeit werden in der materiellen Produktion benötigt, um gleich viel oder noch mehr Produkte herzustellen. Immer mehr Profit kann inzwischen mit immer weniger Arbeitskräften realisiert werden. Standen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch ganze Kolonnen von Arbeitern in den Werkhallen an den Maschinen, so produzieren heute nur einige Facharbeiter und Ingenieure die benötigten Waren. Spitzenkräfte entwickeln ständig neue Automatisierungslösungen. Alles in allem: Von Jahr zu Jahr geht ein Sinken des Anteils lebendiger Arbeit am Gesamtprodukt vor sich.

Doch selbst in den Grenzen kapitalistischer Produktion kann und muß die jetzige Organisation und Verteilung der Arbeit aufgebrochen werden. Viele Fragen warten auf Antworten. Eine davon lautet: Warum erfolgt keine optimale Ausweitung eines öffentlichen Beschäftigungssektors? Gesellschaftlich nützliche Arbeit ist in Hülle und Fülle vorhanden. Gegenwärtig steht dabei die Sicht der Profitdominanz im Wege. Derzeit erfaßt der erste Arbeitsmarkt bei weitem nicht alle Bereiche notwendiger Erwerbsarbeit. Neue Arbeitsfelder wären zu erschließen. Sinnvolle Arbeitsverteilungsmodelle sind durchaus nicht bürokratischer Unfug. Ihre Umsetzung aber ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht denkbar. Denn die derzeit bestehende Gesellschaftsordnung braucht die Arbeitslosigkeit.

Prof. Dr. Harry Milke



Kulturprogramm

Ein besonderer Höhepunkt war der Tanz der kleinen Schwäne mit der Primaballerina Angela Merkel und ihrer Partnerin Claudia Roth. Begleitet wurden sie vom sozialen Kahlschlagorchester der Unternehmerverbände unter Leitung seines Chefdirigenten Dieter Hundt. Am Vorabend der Premiere „Eichel und die 40 Räuber“ hat der Intendant 30 Räufern betriebsbedingt gekündigt. Die zehn übrigen sollen jetzt die anderen ausrauben.

Fred Lewalder

Liebeserklärung an Kuba und das eigene Gestern

Die Sonne versenkt sich am Horizont und schenkt den Wolken ein sanftes Rot, das uns auf den nächsten Tag hoffen läßt, auf einen Herbst farbigen Laubes, einen Blick auf die letzten im Winde schaukelnden Rosen, Freude an aufsteigenden Drachen und lachenden, tobenden, glücklichen Kindern.

Gestern noch war ich auf der Sonneninsel, die sich in der Karibik lang hinstreckt, bewachsen mit drei Meter hohem Zuckerrohr, durchzogen von Gebirgen, steil aufragend aus dem Vinalestal. Die Ochsen ziehen Pflüge, als sei die Zeit stehen geblieben vor Jahrhunderten. Ein Reiter galoppiert auf uns zu, läßt ein uns, die wir nicht Spanisch sprechen, in seine Finca. Wir wagen nicht, Gastfreundschaft zu nehmen, danken mit einem Videobild und Aufnahmen, die uns erinnern werden an so viel Herzlichkeit.

Es ist die Zeit, als wir uns wünschten, wieder zu begegnen unserer Vergangenheit, als wir schon verloren hatten das Herz, als uns einzunehmen begann die Hektik und die Sorge vor dem nächsten Tag.

Das Flugzeug brachte nur elf Stunden bis in das Land, das unsere Erinnerung weckte. Da sahen wir schon den breiten Malecon, die unendliche Uferstraße, die Festung, die die Einfahrt zu Havannas Hafen bewachte; den Prado, die alte kubanische Prachtstraße, auf dem Schüler turnten und eiferten um den Sieg beim Wettkampf im Spiel. Schöne Frauen promenierte unter Bäumen, die uns und der Jugend Schatten spendeten. Bewundernd sahen wir auf die Villen, die rekonstruiert worden waren mit Säulen, Balkonen, schmiedeeisernen Geländern, Handwerkskunst der Jahrhunderte bezeugend.

Das Parlament regiert nicht mehr im Capitol, überließ die historische Stadt der Wissenschaft und den Bibliotheken für alle, die sich annehmen der Revolution, der Kinder und der Bauern, die Traktoren fuhren noch vor fünfzehn Jahren, als nicht der Zucker boykottiert, die Orangen und Bananen wuchsen auf der Insel der Jugend. Auf brach ein Land, das früher war Bordell der Vereinigten Staaten aus dem Norden von Amerika. Viehseuchen und Tabakwelke brachten Flugzeuge. Und Anschläge auf Hotels verübten Contras.

Die Wohnungen sind kostenlos, Strom billig, und fast in jedem kleinen Dorf sieht man fern. Die Nachrichten und die Mode mit Fingernägeln aus Plaste oder Horn, Amerika live gesendet. Da entstehen Fragen und Süchte, unvereinbar mit der ökonomischen Lage des Inselstaats, dessen unendliche Strände wochenends besiedelt werden von ausgelassener Jugend, die sich schwimmend und reitend erholt; dessen wunderbares Escambraygebirge das Schlupfloch war für Reaktionäre und uns heute bezaubert mit Palmen, Kaffeesträuchern in einer unendlichen Dichte des Waldes, wo nur der Wasserfall rauscht, der Kolibri schwirrt, die Dievenbachia wie Unkraut wächst, wo der Hibiscus meterhoch Blüten zeigt im Orangerot und Blätter farbig wie im Herbst.

Ein Paradies der Natur, eine Zukunft uns, die wir erleben die Gier nach Reichtum und Macht, die wir uns fragen, warum es nicht genügte, satt zu werden, sicher zu sein in unserm Haus, zu lernen, wie wir besser regierten als die, die uns nicht gönnen das Schwirren des Kolibris.

Robert Leßig

Vom Haß

Was immer in der Welt geschieht wir lieben oder hassen.

Auch wer nichts spürt, nichts hört, nichts sieht, der fühlt sich doch verlassen.

Die Liebe wächst nun mal im Reich aus wolkennahen Träumen. Da ist der Mensch noch frei und gleich, kann nützen und versäumen.

Der Haß ist eine Leidenschaft, die hilft uns zu verwandeln. Denn wer nichts haßt, dem fehlt die Kraft, zu lieben und zu handeln.

Dem fehlt der Zorn, dem fehlt die Wut, dem Schicksal zu begegnen, der grüßt den federbunten Hut, läßt sich vom Teufel segnen,

der tötet wahllos nach Bedarf die Kinder und die Frauen, der macht die Todesbombe scharf. Wie soll man dem vertrauen?!

Der wird „Okay, Sir“ aufgehetzt von Killer-Demokraten. Am Ende wird er selbst zerfetzt von eigenen Soldaten.

Die eigentümergebene Welt ruht nur auf schwachen Beinen, denn wenn die Aktie stürzt, zerfällt die Illusion aus Scheinen.

Für Geldmaschinen aber gilt, sie können nichts empfinden. Was bleibt, ist ein Erinnerungsbild den offensichtlich Blinden.

Wer Mammon dient, der dient dem Geld, nicht denen, die's versaufen. Wer hassen kann, haßt nicht die Welt, doch alle, die uns kaufen.

Der Haß verleiht uns alle Kraft, das Joch einst aufzuheben. Wer Leben zeugt und Leben schafft, der will auch menschlich leben.

Gerhard Schmidt

In der Ferne

Bald wird er fallen und geschlachtet, der Wolf, der noch die Meute hetzt, die Herren werden bald entmachtet, die blutig Völkerrecht verletzt!

Der letzte Kampf wird ihn erzwingen, den Frieden unter'm Himmelszelt Und stolze Völker werden singen, von einer neuen bess'ren Welt!

Schon in der Ferne hört man leis' Der Kampfgesänge erstes Toben, doch fließt noch mancher Tropfen Schweiß, und mancher Tropfen Blut fällt heiß, auf lang noch nicht befreiten Boden.

Ja, zu gewinnen eine Welt Und schwere Ketten zu verlieren Stehst Du, gemeines Volk, als Held Vor fest verschloss'nen dicken Türen.

Den Schlüssel aber hältst du schon In der gestählten rauhen Hand, um zu befreien von der Fron Dich selbst und Deines Bruders Land!

Bald sieht man in der Ferne weit, aufgehn die dicken Türen, noch ist der Spalt nicht allzu breit noch herrscht hier zwar die Obrigkeit doch wird den allerletzten Streit das Volk auf keinen Fall verlieren!

Christian Krähling



Fußballjubiläum im roten Klub

Die Frauenmannschaft des von der Kommunistischen Partei ins Leben gerufenen Göteborger Sportvereins „Proletären FF“ steigt auf.

Aus „Proletären“, Göteborg

Großartiges Engagement für arme Völker: SODI

Die DDR schrieb die Worte „internationale Solidariät“ nicht nur in ihrer Agitation mit großen Buchstaben, sondern handelte auch entsprechend: Während die Bundesrepublik Entwicklungshilfe in der Dritten Welt mit dem vorrangigen Ziel betrieb, den Einfluß des deutschen Imperialismus neokolonialistisch auszuweiten, wirkte das Solidaritätskomitee der DDR für die Unterstützung Bedrohter, für ihre Freiheit Kämpfender, sich Verteidigender und Ausgebeuteter. Es leistete im echten Sinne humanitäre Hilfe.

Nach 1990 gelang es dank des klugen und umsichtigen Handelns von Menschen mit sehr unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Auffassungen bei Abwehr massiver Drohungen, Verleumdungen und juristischer Erdrosselungsversuche, in der Nachfolge des Solidaritätskomitees der DDR sowie mit neuen Inhalten und Zielen der Entwicklungszusammenarbeit das Projekt „Solidaritätsdienst – international“ (SODI) auf die Beine zu stellen. Zwischen August 1991 und März 1992 setzte sich SODI in erbitterten Auseinandersetzungen mit der Treuhandanstalt und der nicht minder berüchtigten „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“

durch. Der Raub von der DDR-Bevölkerung aufgebrachtener Solidaritätsmittel in Vielmillionenhöhe konnte abgewendet werden. Seitdem wurden mit Geldern aus privaten und öffentlichen Quellen insgesamt 748 Projekte in 28 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas im Wert von über 45 Mio. Euro realisiert. Dazu gehören die Förderung von Studenten aus Entwicklungsländern, die Linderung extremer Not rumänischer Waisenkinder, Beiträge zur Überwindung der Kriegsfolgen in Vietnam, die Unterstützung von Gesundheitseinrichtungen Kubas, die Errichtung einer Wohnsiedlung für Slumbewohner in Namibia, die Finanzierung des Erholungsaufenthalts Tausender belorussischer Tschernobyl-Kinder und die Räumung von Minen sowie Nothilfe- und Bildungsprojekte in Mocambique. Wie „SODI-Report“ – die glänzend gemachte Zeitschrift des Solidaritätsdienstes – schrieb, hat sich die Or-



Einer von 36 medizinischen Stützpunkten in kubanischen Bergdörfern, die SODI mit Solaranlagen ausrüstete

ganisation „auch politisch nie versteckt“. Sie setzt sich „für die Ärmsten der Armen in dieser Welt“ ein und bezieht Stellung „gegen Ursachen und Verursacher von Ausbeutung, Elend und Not“.

Die „RotFuchs“-Redaktion übermittelt SODI zum 15. Jahrestag seines Bestehens Grüße herzlicher Verbundenheit. **R. F.**

Auftrag ausgeführt

Ende Februar 2005 ist ein bemerkenswertes Buch von Klaus Eichner und Ernst-Jürgen Langrock im Kai Homilius Verlag erschienen. Es trägt den Titel: Der Drahtzieher. Vernon Walters – Ein Geheimdienstgeneral des kalten Krieges“.

Dr. Ernst Jürgen Langrock, in der DDR und in der Sowjetunion als Wissenschaftler engagiert, der die Anregung zu diesem Buch gab und Klaus Eichner, bis 1990 in der HVA des MfS als leitender Analytiker auf dem Fachgebiet amerikanische Geheimdienste tätig, haben ein Buch von höchster Aktualität geschrieben. Ihnen stehen „Top-Secret“-Dokumente zur Verfügung, mit deren Hilfe die Geschichte des kalten Krieges nachgezeichnet wird. Diese beginnt nicht erst, als sich die beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Vertrag gegenüberstehen. Mit dem Sieg der Oktoberrevolution treten zugleich jene Kräfte auf den Plan, die geschworene Feinde des Sozialismus sind. Deren Agieren wird nur zeitweilig durch übergreifende Interessen in der Antihitlerkoalition unterbrochen. Der Übergang vom heißen zum kalten Krieg ist nahtlos. Pläne der USA für einen Kernwaffeneinsatz gegen die Sowjetunion gibt es schon 1945. Eichner und Langrock dokumentieren diese und viele andere, mit denen nachgewiesen wird, daß die USA zu keiner Zeit gewillt waren, die Existenz des Sozialismus in der Welt zu akzeptieren. Auf der Grundlage von umfangreichen Archivmaterialien, die durch Klaus Eichner übersetzt wurden, findet das Szenario zur Zerschlagung des Sozialismus in Europa

seine „Entschlüsselung“. Der historische Abriß des kalten Krieges wird im zweiten Teil des Buches mit authentischen Dokumenten untersetzt. Diese zu lesen ist mindestens genauso aufschlußreich wie die von Eichner und Langrock verfaßte Abhandlung selbst. Sie zeigen die gewaltigen Anstrengungen der imperialistischen Seite, ihre Ziele durchzusetzen.

Die Autoren arbeiten akribisch, soweit es die Quellenlage zuläßt, ebenso den Weg der Hauptakteure des kalten Krieges heraus. Klaus Eichner verfolgt die Spur eines Mannes, den man als den „aktivsten Staatsterroristen der Vereinigten Staaten“ bezeichnen muß. Vernon Walters war überall dort zu finden, wo es darum ging, nationalen oder sozialen Fortschritt, der USA-Interessen tangierte, zu zerschlagen. Die Liste seiner Auslandseinsätze ist lang. Sie nehmen 1947 in Griechenland ihren Anfang, reichen von Korea über Frankreich, Marokko, Angola, Guatemala, Nicaragua, Libyen, die Fidschiinseln bis nach Italien, Brasilien, Chile und Portugal. Wurde ein Putsch inszeniert, eine Regierung gestürzt, ein Komplott geschmiedet, stets hatte Walters die Fäden in der Hand – ob als Botschafter, Militärattaché vor Ort oder als amtierender CIA-Direktor. Sein Weg ist von Blut und Folter, von Auftragsmorden gesäumt. Chile ist nur ein Beispiel von unzähligen. Ab 1970, während der Präsidentschaft Allendes, gab die CIA über 6 Millionen Dollar für verdeckte Aktionen aus. Der gegen ihn inszenierte Vier-Punkte-Plan wirtschaft-

licher Sabotage hatte die Aufgabe, die chilenische Wirtschaft so zu schwächen, „daß sich die Militärbehörden zum Eingreifen veranlaßt sahen, um die Regierung zu übernehmen“. 1973 war es soweit. Während der ersten Monate nach dem 11. September ermordet die Soldateska Pinochets 20 000 Menschen, 60 000 werden gefoltert, eine Million ins Exil getrieben. Die CIA war daran beteiligt, Listen jener Personen zusammenzustellen, die bei dem Putsch verhaftet oder umgebracht werden sollten ...

Vernon Walters sagt über sich selbst: „Ich werde nicht geschickt, wenn ein Erfolg wahrscheinlich ist. Eine meiner Hauptaufgaben ist es, die Letzte Ölung zu geben, kurz bevor der Patient stirbt.“ Dieser Auftrag begleitet ihn auch, als Bush sen. ihn 1989 als Botschafter in die Bundesrepublik Deutschland beordert. Obwohl bereits 72 und eigentlich im Ruhestand, kann der Präsident auf seinen „erfahrensten Geheimdienstmann“ nicht verzichten, denn jetzt geht es „ums Ganze“. Nach 40 Jahren Politik des Containments halten die US-Strategen die europäischen Länder des Sozialismus für „sturmreif“. Vernon Walters beendet seine Geheimdienstkarriere 1991. Er kann seinem Dienstherrn melden: „Mission accomplished!“

Bruni Steiniger

Klaus Eichner/Ernst-Jürgen Langrock: Der Drahtzieher. Vernon Walters – Ein Geheimdienstgeneral des kalten Krieges, Kai Homilius Verlag, 2005, Edition Zeitgeschichte Band 17, 277 S., 18 Euro, ISBN 3-89706-877-X

Das allgemeine Gewaltverbot nach Artikel 2 der UNO-Charta bildet den Kern des modernen Völkerrechts. Ausnahmen davon sind das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, das Recht zur Anwendung von militärischen Maßnahmen im Rahmen des Systems kollektiver Sicherheit durch den UN-Sicherheitsrat und das Recht zur humanitären Intervention. Sie sind ebenfalls in der Charta festgelegt. Die Nachkriegsbemühungen der UNO zur Einrichtung eines ständigen internationalen Strafgerichtshofes wurden vor allem durch die USA vereitelt. Damit liegt die Anwendung der internationalen Bestimmungen der Krieg-

die amerikanische Anwaltsvereinigung National Lawyers Guild den Überfall auf Vietnam als Angriffskrieg. Eric Norden stellte fest: „Unsere Aktionen verstoßen gegen die in Nürnberg aufgestellten Gesetze ..., die Vereinigten Staaten sind eindeutig schuldig im Sinne der Anklagepunkte ‚Kriegsverbrechen‘, ‚Verbrechen gegen den Frieden‘ und ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘.“

Bis zum 11. 9. 2001 wurde das Gewaltverbot der UN-Charta nie in Frage gestellt. Der Völkerrechtler Prof. Michael Bothe von der Universität Frankfurt/Main verwies zum „Selbstverteidigungsrecht“, wie es die USA im Falle Afghanistan für sich

„präemptives Verteidigungsrecht“ vorsehen. Dessenungeachtet habe die USA-Administration eine solche „Verteidigung“, nämlich präemptive Angriffe, in die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) vom September 2002 aufgenommen. Die NSS muß demnach als „Beginn einer neuen strategischen Ära gesehen werden, in der der Begriff ‚preemption‘ (Vorbeugung) eine bedeutende Rolle spielt“. Entsprechend dieser Sicherheitsstrategie sehen die USA einen „vorbeugenden Angriff“ auf einen anderen Staat vor, wenn dieser eine mögliche (!) zukünftige Bedrohung für das eigene Land darstellt. Sie gingen damit noch wesentlich weiter als beim Szenario des Sechstagekrieges. Angesichts der neuen NSS sieht Steinkamm die Frage nicht beantwortet, wer eigentlich diesen „präemptiven Schlag“ sanktionieren darf. Nach seiner Auffassung kommt dafür nur der UN-Sicherheitsrat in Frage.

Laut Michael Bothe lehnt die Mehrheit der Völkerrechtler die neue US-Doktrin ab, weil das Recht auf präventive militärische Maßnahmen nicht geltendes Völkerrecht ist. Als Rechtsbehauptung sei die amerikanische Doktrin falsch, als Forderung, das Recht solle sich in dieser Richtung ändern, nicht erforderlich: „Die große Gefahr ist, daß nur das, was ein wesentliches kulturelles, gesellschafts-politisches Element des Fortschritts im letzten Jahrhundert ist, nämlich die Entwicklung eines völkerrechtlichen Gewaltverbots, dabei auf der Strecke bleibt, weil die Konturen des zulässigen militärischen Eingreifens, das da reklamiert wird, nicht abzusehen sind. Dann können wir uns von dem völkerrechtlichen Gewaltverbot schlicht und einfach verabschieden.“

Im Falle des jüngsten Irakkrieges machte das Weiße Haus nicht das Recht auf Selbstverteidigung geltend, sondern die Mißachtung früherer Sicherheitsratsresolutionen durch Saddam Hussein. Nach USAuffassung enthielten diese die Gewaltandrohung, z. B. jene, die 1991 den Krieg nach der Besetzung Kuwaits legitimierte. Nach Auffassung der Mehrheit der Völkerrechtler reicht jedoch eine Verletzung von UN-Resolutionen nicht für eine Gewaltanwendung aus. Im Sicherheitsrat konnten sich die USA und Großbritannien mit ihrem Willen nach einem Automatismus zur Gewalt nicht durchsetzen. Der Krieg gegen Irak verstieß demnach klar gegen das Völkerrecht. Da der Rechtsbruch, der begangen wurde, zwar nicht von den Völkern, aber doch von den politischen Führern mehr oder weniger stillschweigend hingenommen worden ist (BRD-Außenminister Fischer: „Politisch falsch, aber rechtlich legitim!“), besteht die Gefahr, daß Präventiv- und Präemptivkriege zum „Völkergewohnheitsrecht“ werden. Nach Michael Bothe würde dies das Gewaltverbot der UN-Charta aushebeln. Letztendlich kommt eine solche Unrechtspraxis einer Kassation des Urteils des IMG sowie einer juristischen Rehabilitierung der Hauptkriegsverbrecher gleich und wäre ein weiterer Schritt zur Revision der Ergebnisse der Zweiten Weltkrieges.

Dr. Erhard Kegel

Nürnberger Urteil im Visier der Völkerrechtsfeinde

führung einzig und allein im „nationalen Ermessen“, was faktisch einer Vereitelung der Strafanklage und -verfolgung von Verbrechen gegen den Frieden und einer Außerkraftsetzung legaler Rechtsmittel gleichkommt.

Bereits 1965 äußerte Otto Kranzbühler, einer der Strafverteidiger von Hauptkriegsverbrechern vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMG), Zweifel, ob der „gewaltigen Maßnahme, die in Nürnberg ergriffen wurde“, die „Autorität eines Präzedenzfalles für die Zukunft“ zugebilligt werden könne. Er forderte direkt, das Völkerrecht möge niemals „bindend für den einzelnen Bürger“ sein. Dies entspricht 1:1 der Rechtsauffassung der neokonservativen Verschwörer innerhalb der USA-Führung, die auf Weltherrschaft setzen. Nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ erklärte der seinerzeitige Außenminister Dean Rusk schon während des Vietnamkrieges vor der Amerikanischen Gesellschaft für Völkerrecht: „Während der letzten drei Jahrzehnte haben wir gelernt, daß das Hinnehmen von Aggressionen unvermeidlich zur Katastrophe führt. Deshalb muß jeder Aggressor damit rechnen, daß seinen Handlungen mit entsprechenden Maßnahmen begegnet wird.“ Für Dean Rusk war dieser Aggressor selbstverständlich Nordvietnam. Es besteht kein Zweifel, wer 1946 schuldig gesprochen worden wäre, wenn die Vertreter der faschistischen deutschen Reichsregierung Richter in eigener Sache gewesen wären.

Etwa zu der Zeit, als sich die USA-Aggressoren selbst legitimiert haben, verurteilte

beanspruchten, auf eine Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes (IG) in Den Haag zu Nikaragua von 1986. In diesem Urteil hätte der IG die staatliche Zurechnung „privater“ Aktionen „sehr restriktiv“ ausgelegt. Danach sollen nicht einmal die Bewaffnung und logistische Unterstützung von Rebellen einem Staat zugerechnet werden können und damit die Annahme eines Angriffs durch einen anderen Staat erlauben. Wenn solche Kriterien zutreffen, wären nach Bothe die Ereignisse des 11. 9. 2001 Afghanistan trotz Trainingslagern und Durchdringung der Regierung in Kabul mit Mitgliedern der Al-Quaida-Organisation nicht zurechenbar. Das Selbstverteidigungsrecht setzt auch nach dem 11. 9. 2001 einen laufenden bewaffneten Angriff voraus. Die USA versuchen den „Präventivkrieg“ völkerrechtlich zu legitimieren. Als Präzedenzfall wird immer wieder, nicht überraschend, der Angriff Israels auf seine Nachbarn im Sechstagekrieg 1967 herangezogen.

Sogenannte präemptive Operationen gehen noch weiter. Hierbei handelt es sich um „vorbeugende Aktionen, denen noch keine konkrete Bedrohung zugrunde liegt“. Im Fall Iraks brachten die USA als Kriegsgrund vor, daß Bagdad Programme zur Beschaffung von Massenvernichtungswaffen verfolgt habe, ohne daß es schon konkrete Einsatzvorbereitungen gäbe (doppelte Unbestimmtheit: „Wir glauben, daß er versucht ...“ – E. K.). Armin Steinkamm, Professor am Institut für Internationales Recht und Wehrrecht in München, argumentierte, daß weder die UN-Charta noch das Völkerrecht ein

Im Beschluß des 17. Parteitages der KP Griechenlands (KKE) „Über die Situation in der internationalen kommunistischen Bewegung“, den wir auszugsweise wiedergeben, trifft die erprobte und einflußreiche Partei wichtige Feststellungen. Es gehe darum, „einen kommunistischen Pol noch erkennbarer hervorzuheben, den antiimperialistischen, antimonopolistischen Kampf, an dem unterschiedliche Kräfte teilnehmen, auf internationaler Ebene zu koordinieren und zu intensivieren“.

Die KKE ist der Ansicht, daß in der kommunistischen Weltbewegung in letzter Zeit bestimmte Fortschritte zu verzeichnen gewesen seien. Eine Reihe Parteien habe sich als besser vorbereitet erwiesen, der Aggressivität des Imperialismus zu begegnen. Sie sei gegen den Krieg in Afghanistan und die Aggression in Irak entschieden aufgetreten. Einige Parteien hätten an der Spitze der Kämpfe der Arbeiterklasse gestanden. In dieser Zeit seien auch größere Anstrengungen für eine Koordinierung der Aktionen der kommunistischen Parteien festzustellen gewesen als in den vergangenen Jahren. Internationale und regionale Treffen hätten zugenommen.

Die KKE konstatiert: „Trotz der erwähnten Schritte bleibt die internationale kommunistische Bewegung organisatorisch und ideologisch zersplittert. Sie steckt noch in der Krise. In ihren Reihen findet nach wie vor die Auseinandersetzung zwischen revolutionären kommunistischen und reformistischen, opportunistischen Auffassungen statt.“

Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung stünden folgende Fragen: die Haltung gegenüber dem Sozialismus, den wir kennengelernt haben, und die Ursachen seines Sturzes; die Aktualität des Marxismus-Leninismus; die Entwicklung der Theorie in der Epoche des Übergangs zum Sozialismus, auch unter den Bedingungen des vorübergehenden Sieges der Konterrevolution; der Charakter der kommunistischen Partei; der Charakter des Imperialismus; das Verhältnis des Kampfes auf nationaler und internationaler Ebene; die Bündnispolitik; die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie; die Haltung der Kommunisten in den Massenbewegungen; die Haltung zur kapitalistischen Krise und den innerimperialistischen Gegensätzen sowie zu den imperialistischen Kriegen; die Politik gegenüber den zwischenstaatlichen imperialistischen regionalen und internationalen Zusammenschlüssen; die historische Rolle der Arbeiterklasse; die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus; der proletarische Internationalismus.

Die KKE halte es angesichts dieser Situation für erforderlich, „daß die Bemühungen der kommunistischen Parteien intensiviert werden, um gemeinschaftlich und unter Beachtung der Selbständigkeit jeder einzelnen von ihnen die geeigneten Mittel zur Bewältigung der Krisensituationen zu finden. Unsere Partei wird ihr selbständiges internationales Auftreten verstärken,

um die Form der Zusammenarbeit mit kommunistischen und Arbeiterparteien erkennbarer zu machen, um den kommunistischen Pol herauszubilden.

Die Initiative für die Schaffung dieses Pols kann von kommunistischen Parteien ergriffen werden, die sich in ihren ideologischen und politischen Auffassungen nähern, die den Marxismus-Leninismus, den Beitrag des Sozialismus, den wir kennengelernt haben, sowie die Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus verteidigen. Es soll eine Kooperation auf höherem Niveau über Themen der Entwicklung der Theorie stattfinden, über Fragen, die im Mittelpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzung stehen. Erforderlich ist weiterhin eine internatio-

ner Bedingungen der Illegalität wirken. Ihre Solidarität gelte insbesondere auch Ländern und Völkern, in denen sich kommunistische und Arbeiterparteien an der Macht befänden und unter den gegenwärtig widrigen Verhältnissen bemüht seien, sich der Aushöhlung durch den Imperialismus zu widersetzen und die Errungenschaften ihrer Völker zu verteidigen.

Zur im Vorjahr entstandenen Partei der Europäischen Linken heißt es: „Die Gründung der Partei der Europäischen Linken (EL) unter Teilnahme bestimmter kommunistischer Parteien drückt die Tendenz der Unterordnung unter das negative Kräfteverhältnis aus. Objektiv und unabhängig von subjektiven Optionen und Proklamationen stellt sie eine fatalistische

Griechenlands KKE für Formierung eines kommunistischen Pols

nale Erforschung der Ursachen des Sieges der Konterrevolution, die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie gegenüber dem Imperialismus.

Der erkennbare kommunistische Pol hebt auf keinen Fall die Selbständigkeit jeder einzelnen Partei sowie deren Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse und der Bewegung des eigenen Landes auf. Er hat die Form der Koordinierung der gemeinsamen Aktivität und wird auf gleichberechtigter Basis zusammengesetzt.

In bezug auf kommunistische und Arbeiterparteien, mit denen wir ideologische Meinungsverschiedenheiten haben, können und müssen wir die Bemühungen für gemeinsame Aktion, um antiimperialistische und antimonopolistische Ziele fortsetzen, und gleichzeitig falsche ideologische und politische Ansichten widerlegen.

Die KKE will Kooperationsbeziehungen zu allen Parteien, ohne Ausgrenzungen.

Die Bildung des erkennbaren kommunistischen Pols, die gemeinsame Aktion und Zusammenarbeit von kommunistischen Parteien wird den Anstrengungen für den Aufbau einer sich verstärkenden internationalen antiimperialistischen Bewegung einen wichtigen Impuls verleihen.

Die Internationalisierung des Kampfes gegen den Imperialismus kann keinen massiven und vor allem keinen stabilen Charakter erlangen, wenn sie sich nicht auf eine erkennbare und starke kommunistische Bewegung, einen kommunistischen Pol, stützt, der der Hebel für eine positive Einwirkung der Völker auf die internationalen Entwicklungen werden kann. Das wird auch ein kräftiges Fundament für ein breites antiimperialistisches Bündnis bilden.“

Die KKE unterstütze die Solidarität mit den kommunistischen Parteien, die un-

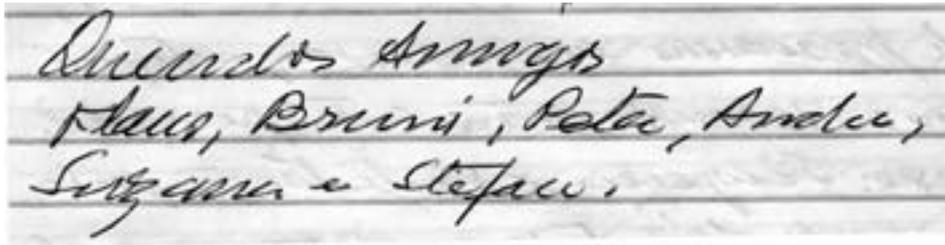
Annahme der Macht der bürgerlichen Legitimität dar. Die EL verneint die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, die kommunistischen Traditionen und die Erfahrung der sozialistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts. Sie wählt den gefährlichen und in die Sackgasse führenden Weg der Eliminierung aller kommunistischen Merkmale und der Integration in die Strukturen der Europäischen Union.“ Zum Weltsozialforum (WSF) wird bemerkt, in ihm und seinen regionalen Strukturen herrschten Kräfte der Sozialdemokratie vor. Daran beteiligten sich auch Vertreter von Unternehmerverbänden, Leute, die sich offen feindselig zur kommunistischen und Arbeiterbewegung verhielten. Ihre Absicht sei es, progressive gesellschaftliche Organisationen durch eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen (NGO) oder durch Organisationen der sogenannten Zivilgesellschaft zu ersetzen. Das WSF werde auch von anarchistischen und trotzkistischen Gruppen gestützt, sogar von Regierungskräften und Apparaten imperialistischer Länder. Das Weltsozialforum versuche durch seine Aktivitäten, Kräfte zu vereinnahmen und zu assimilieren, die die grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems anstreben und die die kämpferischen Stimmungen der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten zum Ausdruck bringen.

Es sei erforderlich, die politisch-ideologische Auseinandersetzung zu verstärken, um der Desorientierung der Bewegungen und der Integration von politischen Kräften in einen Kampf ohne antiimperialistische, antimonopolistische Ausrichtung entgegenzutreten.

R. F., gestützt auf Dokumente der KKE

Brief des Generals Vasco Gonçalves vom 8. Mai 2005

Der am 11. Juni verstorbene frühere portugiesische Ministerpräsident General Vasco Gonçalves hat am 5. Mai 2005 folgenden letzten Brief in einer mehr als 25jährigen Korrespondenz an Klaus Steiniger geschrieben.



Queridos Amigos
Klaus, Bruni, Peter, Andreu,
Susanna e Stefan.

Wir haben uns sehr gefreut, Deinen Brief zu lesen und ihm zu entnehmen, wie aktiv und fest Ihr Eure Ideale beibehaltet, die von der deutschen Bourgeoisie so bekämpft werden; wie lebendig und unvergessen die DDR ist; wie bei Euch noch heute die Volkssolidarität wirkt; wie der „RotFuchs“ sich entwickelt und seine aufklärerische Arbeit zur Mobilisierung des Bewußtseins und des Willens leistet, damit noch mehr Menschen die Erfordernisse der Situation begreifen.

Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, möglichst viele Menschen für den Kampf zur Verteidigung ihrer legitimen Interessen und um die Zukunft des Landes zu gewinnen. Immer gibt es Mitstreiter, wenn heute auch in kleinerer Zahl als früher. Denn wir sehen uns einer Lage gegenüber, in der die Rechte über erhebliche Macht verfügt und im Besitz der Massenmedien ist, um das Bewußtsein einzutrüben, auch durch heuchlerische Versprechungen.

Aber die Welt ist nicht zum Stillstand gekommen. Sie bewegt sich. Es vollziehen sich in Regionen außerhalb Europas erhebliche Erschütterungen. Wir hoffen auf Venezuela. In Ländern wie Irak, Palästina oder Afghanistan wird mit der Waffe in der Hand für die Unabhängigkeit gekämpft. Die USA, die sich in einer Krise befinden, suchen sich überall fremder Ressourcen zu bemächtigen, was ihnen nicht so ohne weiteres gelingt. Im Gegenteil. Es wird immer schwieriger für sie. Und was ist mit Chinas Zukunft? Was geht da vor sich?

Hier in Portugal haben wir jetzt eine absolute Mehrheit der PS (Sozialistische Partei – d. Ü.), die dieselbe Politik wie die vorangegangene Regierung der

(rechtsbürgerlichen – d. Ü.) PSD betreibt, mit leichten Abweichungen in sozialen Fragen. Denn es gibt bei uns ja eine sehr kämpferische Gewerkschaftsbewegung, die Intersindical, die sie dazu zwingt, gewisse Zugeständnisse zu machen, allerdings keine fundamentalen.

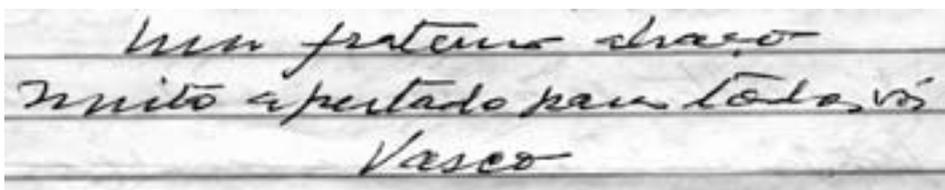
Nach dem Zweiten Weltkrieg, der chinesischen Revolution und den Kämpfen der antikolonialistischen Befreiungsbewegungen schien die Welt auf einem guten Weg zu sein. Heute ist die Situation völlig anders. Wir brauchen Verständnis für eine lange Dauer des Geschichtsablaufs. Es gibt Vormarsch und Rückzug. Wir sind nicht dazu imstande, die Zukunft kurzfristig vorauszusehen. Doch die Alternative heißt Sozialismus oder Barbarei.

Zu uns persönlich: Maria João (die Tochter – d. Ü.) arbeitet nach wie vor als Architektin in der Munizipalkammer (Stadtverwaltung – d. Ü.) von Cascais. Vítor (der Sohn – d. Ü.) ist weiterhin Professor an der Filmhochschule in Amadora. Der kleine Vasco (der Enkel – d. Ü.) muß noch einhalb Jahre Informatik und Kulturwissenschaft studieren. Es geht ihm gut. Die Kinder bewohnen zwei Etagen in unserem Haus in Cascais, das sich im Umbau befindet. Wir müßten dringend dorthin fahren, denn es wäre viel zu tun.

Noch einmal danke ich Dir für Deinen Anruf am 3. Mai, meinem 83. Geburtstag. Du hast ihn nicht vergessen, mein guter Freund.

Wir verabschieden uns mit besten Wünschen bis zum Wiedersehen auf dem „Avante!“-Fest.

Eine brüderliche und sehr feste Umarmung für Euch alle
Vasco



Um fraternal abraço
muito apertado para todos vós
Vasco



Vasco Gonçalves mit Peter und Susanne Steiniger (1979)

Beileid Álvaro Cunhals

Nur Stunden vor seinem eigenen Tod hat der langjährige Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei Álvaro Cunhal folgendes Telegramm an die Familie von General Vasco Gonçalves gerichtet:

„In dieser Stunde des Schmerzes über den Verlust Eures Lieben begleite ich Euch in innigem Gedenken an General Vasco Gonçalves als einen sich immer treuen, mutigen und aufrechten Menschen, als unvergleichliche Gestalt der Aprilrevolution, der das portugiesische Volk viel schuldet.“

Worte Jerónimo de Sousa

Der Generalsekretär der PCP Jerónimo de Sousa bezeichnete den früheren Ministerpräsidenten als „Mann, der vielleicht am besten und in der—theuesten Weise die Ideale des April interpretierte“.

ZK der PCP

Das Sekretariat des ZK der PCP nannte Vasco Gonçalves „eine große Persönlichkeit der Geschichte unseres Landes, die immer im Gedächtnis und im Herzen der Werktätigen und des portugiesischen Volkes bleiben wird“.

Avante!

Die kommunistische Wochenzeitung „Avante!“ zitierte Worte Álvaro Cunhals, die sich auf den Sturz der Gonçalves-Regierung am 2. September 1975 beziehen:

„Sie vermochten jenen Mann von der Macht zu entfernen, gegen den sie, die unwürdigsten Mittel und Kampagnen benutzend, einen Krieg ohne Gnade geführt hatten. Gnadenlos deshalb, weil er sich fest und mutig mehr als ein Jahr lang als Ministerpräsident in den entscheidendsten Zeiten der Revolution dafür aufopferte, daß in Portugal eine gerechtere und bessere Gesellschaft geschaffen würde. Er war immer mit dem Volk, das ihn durch die Worte des bekannten Liedes anspornete: ‚Kraft, Kraft, Genosse Vasco, wir werden die stählerne Mauer sein!‘. Sie schalteten den General aus, entfernten den Premierminister, aber sie vertrieben nicht den ‚Genossen Vasco‘ aus den Herzen Hunderttausender Portugiesinnen und Portugiesen, für die Dank kein leeres Wort ist.“

Der letzte Wille Álvaro Cunhals

Es ist mein Wille, eingeäschert zu werden. Die Asche sollte auf dem Boden oder einem Blumenbeet des Friedhofs verstreut werden.



Es ist auch mein Wille – und ich bitte meine Partei, ihn zu respektieren –, daß bei der Beisetzung keinerlei Reden gehalten werden.

Ich bin besonders dankbar für die Idee, daß jene, die sich von mir an diesem Tag verabschieden möchten, das tun können (wenn es ihnen möglich ist).

Namentlich: meine Genossen, von den verantwortlichsten bis zu den bescheidensten und unbekanntesten, mit denen ich vor und nach dem 25. April bis in die letzten Tage des Lebens (immer mit Vertrauen in die Zukunft) für die Interessen und Rechte der Werktätigen, für eine Gesellschaft der Freiheit und Demokratie, für das Wohl unseres Volkes und unseres Vaterlandes, für unsere Partei als Partei der Arbeiterklasse, der Werktätigen, aller Ausgebeuteten und Angegriffenen, für eine sozialistische Gesellschaft gekämpft habe;

auch Familienangehörige möchte ich gerne dahaben, vor allem meine geliebte Tochter und deren Kinder, meine Schwe-

An der Beisetzung Álvaro Cunhals nahm eine Viertelmillion Menschen teil. Es herrschte Staatstrauer.



ster, meine geliebte Lebensgefährtin und andere nahe Angehörige, an die mich bis in die letzten Momente des Lebens die tiefsten und unvergleichlichsten Gefühle der Liebe und Zuneigung binden; auch Freunde ohne Parteizugehörigkeit, Männer, Frauen und Jugendliche, die ich schätzte und respektierte und mit denen mich tiefe Beziehungen der Freundschaft und des Verständnisses verbanden; andere, die anwesend sein möchten, mit Respekt für jemanden, der sein ganzes Leben Kommunist war, mit Tugenden und Mängeln, Verdiensten und Schwächen wie jeder andere Mensch.

Allen wünsche ich die Verwirklichung ihrer Träume. Álvaro Cunhal

Auf nach Caracas!

Im August erwartet Caracas, die Hauptstadt der bolivarianischen Revolution, die Jugendlichen der Erde zu den 16. Weltfestspielen der Jugend und der Studierenden. Damit wird nicht nur eine große Tradition der fortschrittlichen jungen Generation fortgesetzt, sondern sie tritt auch in eine neue Phase ein. Nach der Konterrevolution in der UdSSR und den europäischen sozialistischen Ländern stand auch dieses Festival und ihr Impulsgeber, der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ), auf dem Prüfstand der Geschichte. Doch allen Unkenrufen zum Trotz konnte die demokratische Jugend der Welt ihre Organisation und das Festival erhalten. Ganz maßgeblichen Anteil daran hatte das sozialistische Kuba, das 1997 Gastgeber der 14. Weltfestspiele war und damit entscheidend zur Bewahrung des großen Festes beigetragen hat. 2001 folgte Algerien, und am Beginn des neuen Jahrtausends lädt nun das revolutionäre Venezuela ein.

Unter dem Motto „Für Frieden und Solidarität! Wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg!“ treffen sich über 20 000 Jugendliche aus aller Welt, um ihre Solidarität mit Venezuela zu bekunden. Die bolivarianische Revolution ist der erste Versuch seit der Niederlage des europäischen Sozialismus, aus den Zwängen des Imperialismus auszubrechen. Im Aufruf des bundesweiten Vorbereitungsausschusses heißt es deshalb: „Venezuela ist ein praktisches Beispiel für die Zurückdrängung der neoliberalen Politik, der Privatisierung

öffentlichen Eigentums und der Entdemokratisierung, hin zu Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit und Selbstbestimmung für alle. Beispielsweise steigt in Deutschland die Anzahl der Schulabgänger, die nicht richtig lesen und schreiben können, während in Venezuela Millionen von Menschen alphabetisiert werden. Hier wird die Gesundheitsversorgung schrittweise privatisiert, dort wird eine kostenlose medizinische Betreuung eingerichtet. Hier werden Studiengebühren eingeführt, dort werden sie abgeschafft. Hier werden Verkehrsunternehmen privatisiert, die venezolanische Regierung baut staatliche Transportbetriebe auf. Hier werden junge Soldaten in grundgesetzwidrige Kriegseinsätze geschickt, dort ist das Recht auf ein Leben in Frieden in der Verfassung verankert. In der BRD werden Bürgerrechte beschnitten, während Venezuela den demokratischen Prozeß auf alle Bürger ausweitet.“

Doch nicht nur die Solidarität mit diesem neuerlichen Anlauf zu einer wirklich freien Gesellschaft motiviert 300 Jugendliche aus Deutschland, an den Weltfestspielen teilzunehmen. Im bundesweiten Vorbereitungsausschuss haben sich fast 30 Organisationen, von der Gewerkschaftsjugend des DGB, der IGM und der GEW, von ver.di bis zur Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), die seit ihrer Gründung Mitglied des WBDJ ist, zusammengeschlossen. Inhaltlich steht für die deutsche Delegation der 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus im Mittelpunkt. In vielfältiger Form sollen die Tradition und die aktuellen Kämpfe der fortschrittlichen Jugend Deutschlands dargestellt werden. Im Sinne der Solidarität hat das Vorbereitungsausschuss beschlossen, Jugendlichen aus Namibia die Teilnahme an den Weltfestspielen zu ermöglichen. Es will 10 000 Euro für den internationalen Solifonds sammeln.

Björn Blach

Herzlich gratulieren wir

dem bekannten Historiker

Dr. Eberhard Czichon,

Gründungsmitglied des RF-Fördervereins,

zu seinem 75. Geburtstag

am 8. August.

Die Affäre Posada Carriles spitzt sich zu

„Falls die Vereinigten Staaten den Terroristen Posada Carriles nicht ausliefern, werden wir die diplomatischen Beziehungen zu ihnen abbrechen“, erklärte Venezuelas Präsident Hugo Chávez unlängst zu einem Fall, der in ganz Lateinamerika für Aufsehen sorgt und Empörung hervorgerufen hat. Carriles, ein Kubaner venezolanischer Nationalität, ist nach seiner „illegalen“ Einreise in die USA von den Behörden lediglich wegen „Verstoßes gegen die Einwanderungsgesetze“ arretiert worden, obwohl er schwerste Verbrechen begangen hat. Auf der Grundlage eines 1992 zwischen Washington und Caracas abgeschlossenen Auslieferungsabkommens verlangt Venezuela die Überstellung des aus einem seiner Gefängnisse ausgebrochenen Bandenchefs. Vor der USA-Interessenvertretung in Havanna forderten unterdessen 1,2 Millionen von Fidel Castro angeführte kubanische Demonstranten die strengste Bestrafung des seit langem gesuchten Verbrechers.

Wer ist Posada Carriles?

Bis zum 25. August 2004 war er wegen Vorbereitung eines Attentats auf den kubanischen Präsidenten in panamaischer Haft. Der scheidende Staatschef der mittelamerikanischen Republik – ein geschworener Reaktionär – begnadigte Carriles und drei Mittäter. Bis zu seinem Wiederauftauchen in Miami lebte der Bandit im Untergrund. Seit vielen Jahren steht er auf der Gehaltsliste der durch die CIA finanzierten rechtsextremen Fundacion Nacional Cubano-Americana. 1976 koordinierte er in den USA die Ermordung von Orlando Letellier – dem Außenminister der chilenischen Allende-Regierung. Nur einen Monat später organisierte Carriles

die Sprengung einer im Flug befindlichen kubanischen Passagiermaschine. 73 Menschen starben bei diesem Attentat. Der überführte Mörder wurde daraufhin in Venezuela verhaftet und abgeurteilt. Nach acht Gefängnisjahren floh er und hielt sich fortan in Mittelamerika versteckt. Die CIA gab ihm den Decknamen Ramón Medina, unter dem er in den 80er Jahren für die Unterstützung der nicaraguanischen Contras wirkte, die mit Waffengewalt auf den Sturz der sandinistischen Regierung hinarbeiteten. In den 90ern koordinierte Posada Carriles Terroranschläge auf Touristenzentren in Kuba. Dabei fand ein junger Italiener den Tod.

„Wir unterhalten keine Beziehungen mit einem Land, das Terroristen schützt“, erklärte Venezuelas Präsident Chávez angesichts der Tatsache, daß die USA-Justiz den antikommunistischen Berufskiller nicht wegen seiner Taten, sondern allein wegen „illegalen Aufenthalts in den Vereinigten Staaten“ festgesetzt hat. Inzwischen ist eine Auslieferung an Caracas durch das U. S. State Department wegen „mangels an Beweisen“ abgelehnt worden.

Es ist zu befürchten, daß Posada Carriles, wie schon so manches Mal zuvor, bald wieder mit CIA-Hilfe untertauchen und sich ein neues „Betätigungsfeld“ suchen wird.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



Beim Zahnarzt Bush: „Fidel, jetzt bist Du an der Reihe.“ „Das wird Dir mehr weh tun als mir!“
Aus „Proletären“, Göteborg

Indische KP-Führer besuchten Pakistan

Eine politische Sensation hat sich ereignet: Im Zuge der sich anbahnenden Entspannung zwischen den beiden südasiatischen Staaten Indien und Pakistan haben erstmals seit 57 Jahren auch die Führer der KP Indiens (Marxistisch), Generalsekretär Harkishan Singh Surjeet, und der KP Indiens, Generalsekretär AB Bardhan, das Nachbarland gemeinsam besuchen können. Sie waren eingeladen worden, ihre politischen Partner und prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu treffen. Formell wurde die achttägige Tour nach Lahore, Islamabad, Karachi und anderen Orten von einer Front linker Parteien arrangiert. Aus einer Vielzahl von Gründen stieß die praktische Umsetzung des auch von der Regierung Pakistans unterstützten Programms auf eine Reihe von Schwierigkeiten.

Genosse Surjeet war vor der indisch-pakistanischen Teilung im Jahre 1947 Provinzsekretär der KP im Pundjab gewesen und hatte etwa 10 Jahre in Lahore

politisch gearbeitet. Dort war er auch inhaftiert.

Die Reise der beiden kommunistischen Politiker wurde von großen Sympathien vieler Menschen begleitet und als Teil des indisch-pakistanischen Friedensprozesses betrachtet. Ihren Höhepunkt bildete ein einstündiges Zusammentreffen mit Pakistans Präsidenten Musharraf, dem ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und ein Essen mit dem Außenminister folgten.

Die Unterredung mit dem Staatschef verlief freimütig und konstruktiv. Differenzen wurden weder umgangen noch hochgespielt. Humanitäre Fragen, darunter die Festsetzung in Grenzgewässern aufgebracht indischer Fischer, konnten einer Lösung näher gebracht werden. Nach Darstellung der Gäste gibt es in Pakistan nicht wenig linksorientierte Menschen. Leider sind ihre Reihen zersplittert und gespalten.

Für die indischen KP-Führer bot sich auch Gelegenheit zu Gesprächen mit Per-

sönlichkeiten der oppositionellen Pakistanischen Volkspartei der früheren Ministerpräsidentin Benazir Bhutto und mit Politikern der Nationalen Awami-Partei. Die Generalsekretäre der KP Indiens (M) und der KP Indiens kehrten mit der Gewißheit nach Delhi zurück, daß heute Möglichkeiten einer Verständigung zwischen beiden Staaten bestehen, die genutzt werden sollten.

R. F., gestützt auf „The New Worker“, London

Auf die Pferde,
Autoren – die
Sommer-Siesta
ist vorbei!



Am 24. Oktober 1956 bezeichnete Imre Nagy als neuer Ministerpräsident den Aufstand als konterrevolutionär, forderte die Aufständischen zur Waffenabgabe auf und versprach Amnestie. Daraufhin verließen vor allem viele Studenten die bewaffneten Abteilungen. Über Radio Freies Europa (RFE) in München wurde nun die Hetze gegen die Staatssicherheit (AVH) und die Sowjettruppen forciert, denn sie bildeten angesichts der Kopflösigkeit und der Sabotage innerhalb der Armeeführung die zuverlässigsten Verteidiger der Volksmacht. Um den AVH zu zerschlagen, bereiteten die Rechten für den 25. Oktober vor dem Parlamentsgebäude eine blutige Provokation vor. Konterrevolutionäre feuerten vom Dach des Landwirtschaftsministeriums in die Demonstranten, die den Abzug der Sowjettruppen und die Auflösung des AVH gefordert hatten. Kaum waren die tödlichen Schüsse gefallen, verbreitete RFE die Nachricht von einem „aufs Volk schießenden AVH“. Sofort fuhrn LKWs auf den Platz, von denen Waffen verteilt wurden. Nun konnten sich die Rechten auf die nötige Pogromstimmung und Massenzulauf stützen. Sie stürmten nacheinander alle Polizeidienststellen. Den Betriebsparteigruppen hingegen wurden trotz ZK-Beschluß keine Waffen ausgehändigt. Dadurch konnten viele Betriebe von den Rechten übernommen werden. Die Budapester Polizei, deren Präsident Kopacsi als einer der ersten übergelaufen war, zeigte sich handlungsunfähig. Die öffentliche Ordnung war lahmgelegt. Kriminelle hatten in der Millionenstadt Hochkonjunktur. Beutegierig begleiteten sie bewaffnete Rechte, plünderten und brandschatzten. Verunsichert desertierten jetzt viele Soldaten, überließen den Aufständischen Waffen, Munition, Ausrüstung und Uniformen. Etliche schlossen sich aber auch den Konterrevolutionären an. Diese waren nun gut bewaffnet, teilweise in ungarische Uniformen gekleidet. Dadurch glaubten die Budapester, daß die Armee zu den Aufständischen übergegangen sei. Einzelne Kompanien der Volksarmee wurden eingekreist, überfallen, entwaffnet, zum Mitmachen überredet bzw. weggeschickt. Mit so erbeuteten Panzern fuhrn aufgesessene Aufständische unter alten Nationalfahnen lautstark durch Budapest. Während der gesamten Konterrevolution lief aber nach ungarischen Angaben von 1978 kein einziges komplettes Regiment der Volksarmee über.

Nach Erstürmung der Gefängnisse wurden Einheiten aus freigelassenen Insassen aufgestellt und Werbebüros für die Aufständischen eingerichtet. Einige Abteilungen verstärkten die kleinen konterrevolutionären Gruppen in der Provinz, die besonders Magyarovar, Miskolc und Ózd terrorisierten, und stellten auch die Verbindung zur österreichischen Grenze her, um Nachschub aller Art zu sichern.

In dieser Situation trat Nagy offen gegen die militärische Niederschlagung des Aufstandes auf und schlug Verhandlungen vor. Das ZK stimmte dem zu, wählte Ernő Gerő ab und Janos Kadar als neuen Generalsekretär. Jetzt forderte Nagy

plötzlich, den Aufstand als „national-demokratische Revolution“ zu bezeichnen, da die Rechten angeblich auch gerechte Forderungen vertreten. Das lehnte das ZK ab, war aber mit der Erweiterung der Regierung durch Vertreter der vor neun Jahren verdrängten rechten Politiker einverstanden. Am 27. Oktober folgte im Zentralorgan ein ZK-Aufruf zur entschiedenen Verteidigung der Volksmacht.

Nun begingen die Revisionisten offenen Verrat: Am 28. Oktober verkündeten sie im gleichen Organ die vom ZK abgelehnte Einschätzung des Aufstandes als „nationale“ und „demokratische Erhebung“, in die sich nur „konterrevolutionäre Elemente“ eingeschaltet hätten. Das rief tiefe Verunsicherung hervor und veranlaßte das ZK zu einer neuen Sitzung. An diesem

geworfen und gefoltert. Am gleichen Tag fand ein regelrechter Angriff auf die Budapester Stadtleitung der Partei statt. Von der Regierung allein gelassen, wehrten sich wenige Genossen mit Handfeuerwaffen heldenhaft gegen die sogar schweres Gerät einsetzende Übermacht. Nach der Einnahme des Hauses ermordeten die Weißen 25 Verteidiger, darunter den Stadtparteisekretär.

Auf Druck der Revisionisten wurde am gleichen Tag die Auflösung der Partei der Ungarischen Werktätigen erklärt und die Gründung einer neuen reformistischen Partei in Aussicht gestellt. Sofort offerierte die USA-Administration der Nagy-Regierung eine 200-Millionen-Dollar-Hilfe. Noch aber waren sowjetische Truppen im Land.

Die zweite Phase der ungarischen Konterrevolution 1956

Am Abend erfolgte die eigentliche Wende. Die Revisionisten waren jetzt schon so stark, dem ZK den verräterischen Artikel zur Bestätigung aufzuzwingen. Die Regierung wurde zudem ermächtigt, „zur Beruhigung der Lage“ die Sowjettruppen zum Abzug aufzufordern. Die Nagy-Leute erhofften sich dadurch Unterstützung für ihre inzwischen über Partei und Staat errungene Macht. In einer Rundfunksprache versprach Nagy die Auflösung des AVH. Er rühmte die Aufständischen und sicherte deren Aufnahme in die Armee zu. AVH und Volksarmee wurde untersagt, Konterrevolutionäre anzugreifen. Die Verteidiger der Volksmacht gerieten nun endgültig in die Defensive. Sie schützten zumeist aus eigener Initiative viele öffentliche Gebäude. Die Angreifer vermochten keines der Ministerien einzunehmen.

Doch die Rechnung der Revisionisten ging nicht auf. Der Aufstand war jetzt durch die Staats- und Parteiführung abgesegnet worden. Die Rechten aber wollten die ganze Macht und sie nicht mit den Revisionisten teilen. Am 30. Oktober kam Nagy dem entgegen und proklamierte die Einführung eines Mehrparteiensystems. An diesem Tag waren fast alle Sowjetsoldaten aus Budapest abgezogen. Nun begann der hemmungslose weiße Terror gegen Kommunisten. AVH-Leute wurden gejagt, erschlagen, aufgehängt, verbrannt und an Autos zu Tode geschleift. Innerhalb einer Woche wurden 300 Kommunisten ermordet, 2829 für den „Tag der Abrechnung“ (5. November) in Gefängnisse und „Sturmlokale“ der Volksmachtfeinde

Am Abend des 31. Oktober gab Nagy eine Pressekonferenz. Hier erklärte er, daß Ungarn aus dem Warschauer Vertrag austrete und die sowjetischen Truppen das Land verlassen sollten. Anschließend informierte er telegrafisch den UN-Generalsekretär, daß Ungarn ab 1. November ein neutrales Land sei. Er bat, bei der nächsten Vollversammlung die Verteidigung dieser Neutralität auf die Tagesordnung zu setzen. Zu keiner der Aussagen hatte man ihn legitimiert, denn solche Fragen konnte nur das Parlament entscheiden. Nun aber war das ungarische Problem internationalisiert und konnte unabsehbare Folgen zeitigen. Inzwischen hatte sich ein Dutzend Parteien formiert, die unter Bezeichnungen wie katholisch, national, christlich-sozialistisch usw. auftraten. Auch die meisten alten Parteien wie die Sozialdemokratie und die Partei der Kleinen Landwirte wurden reaktiviert. Am 2. November bildete Nagy eine bürgerliche Regierung. Neben ihm gehörten ihr zwei Revisionisten, drei rechte Sozialdemokraten und fünf rechte Bauernpolitiker an. Dieses „Kabinett“ besaß keine Bestätigung durch das 1953 gewählte Parlament. Formal wurde noch der Kommunist Janos Kadar auf der Regierungsliste geführt. Doch der hatte mit einer Gruppe von Staats- und Parteifunktionären das Parlamentsgebäude verlassen, um den Gegen-schlag zu organisieren. Nagy ließ deshalb nach ihm fahnden.

(Wird fortgesetzt)

Dr. Bernhard Majorow

Kaukasisches Öl: Schon Hitler gierte nach Grosny

Die Ereignisse in Beslan und deren bittere Folgen bescherten seinerzeit unendlich vielen Experten, Spezialisten und Szenekennern in deutschen Medien Auftritte und Honorare. Ein Heer von Journalisten und Moderatoren wetteiferte im Interesse der „Quote“ darum, wer zuerst die höchste Todeszahl in die Welt setzen konnte. Nur wenige, man müßte sie beinahe als Dissidenten ihrer Zunft bezeichnen, wahrten bei der Darstellung des tragischen Geschehens die gebotene Sachlichkeit.

Niemand bemühte sich allerdings um die Beantwortung der Frage, woher die Terroristen eigentlich Waffen, Kleidung, Fahrzeuge, Munition usw. erhielten. Das sind ja keineswegs Artikel, die als Waren des täglichen Bedarfs oder zu Schnäppchenpreisen angeboten werden. Ganz abgesehen von den Kosten für die Logistik, die solche Akte unweigerlich verursachen. Und vor allem: Um was geht es eigentlich im Kaukasus? Nur um in der Geschichte wurzelnde Konflikte zwischen dortigen Bergvölkern und den „Russen“? Oder steht da etwas ganz anderes zur Debatte?

Das während der Nazizeit 1941 gedruckte Nachschlagewerk „Der Neue Brockhaus“ vermittelt zum Suchwort „Grosny“ die Kenntnis: „Das Erdölvorkommen von G. ist das zweitgrößte in ganz Rußland.“ Das mußte doch Begehrlichkeiten bei der deutschen Industrie wecken!

NSDAP-Reichsleiter Alfred Rosenberg äußerte sich am 21. Juni 1941, also zeitgleich zum Überfall auf die UdSSR, in einer Rede über die Ziele der deutschen Faschisten: „Die Aufgabe unserer Politik scheint mir deshalb in der Richtung zu liegen, die Freiheitsbestrebungen aller dieser Völker in einer klugen und ziel sichereren Form wieder aufzugreifen und sie in ganz bestimmte staatliche Form zu bringen, d. h. aus dem Riesenterritorium der Sowjetunion Staatsgebilde organisch herauszuschneiden und gegen Moskau aufzubauen, um das Deutsche Reich für kommende Jahrhunderte von dem östlichen Albdruck zu befreien.“

Julius Mader belegt in seinem Buch „Hitlers Spionagengeneräle sagen aus“, was anschließend „praktisch“ getan wurde.

1942 – 15. Juli: „Die Diversanteneinheit ‚Bergmann‘ der ‚Brandenburger‘ beginnt im Donbaß mit antikommunistischer Zersetzungspropaganda gegen die sowjetischen Kaukasusvölker.“

1942 – 25. Juli bis Jahresende: „Ein größeres Kommando der ‚Kaukasischen Kompanie‘ der ‚Brandenburger‘ versucht vergeblich, Bergstämme Kaukasiens konterrevolutionär aufzuputschen.“

August 1942: „Im Erdölgebiet von Grosny im Rücken der Roten Armee wird eine fünfundzwanzig Mann starke Diversantengruppe der ‚Brandenburger‘ unter Oberleutnant Lange mit Fallschirmen abgesetzt, um die Erdölinstallationsanlagen zu besetzen.“

Hitler selbst erklärte: „Wenn ich das Öl von Maikop und Grosnij nicht habe, muß ich diesen Krieg beenden.“

Noch aber waren seine Truppen zielgerichtet auf dem Weg nach Grosny: „Die 1. Panzerarmee, die aus dem Raum um Newinomyßk in Richtung Kursawka-Pjatigorsk-Prochladny-Grosny angriff, erreichte bis Ende August (1942) die Flüsse Terek und Baxan im Abschnitt von Isterschsk bis zur Baxan-Schlucht. Nach tagelangen erbitterten Kämpfen überwand die deutsch-faschistischen Truppen in den ersten Septembertagen unter schweren Verlusten den Terek bei Mosdok und bildeten auf dessen Südufer einen Brückenkopf“, hieß es in einem Bericht des sowjetischen Oberkommandos. Ein Augenzeuge schilderte die Situation: „Am Terek ging es plötzlich nicht weiter. Um die bei Mosdok eingesetzten Kräfte des Gegners abzulenken, wurde an anderer Stelle des Flusses ein Scheinangriff befohlen, bei dem zwei Drittel des Grenadierregiments in den Fluten des Terek ertranken; das aber konnten die Mütter der Toten aus den Vermisstenmeldungen nicht sehen. Sie konnten nicht ahnen, daß ein General va banque spielte, um die Brillanten zum Ritterkreuz, mit denen eine lebenslängliche Pension verbunden war, aus der Hand des Führers entgegenzunehmen.“ Gemeint war Generaloberst Hans Valentin Hube, Chef der 1. Panzerarmee. Soweit Herbert Horn in seinem vom Ver-

lag des DDR-Ministeriums für Nationale Verteidigung 1959 herausgegebenen Buch „Die große Zeit des Otto Blümel“.

Doch die Bäume wuchsen nicht in den Himmel: Am 28. Dezember 1942 erhielt die Heeresgruppe A den Befehl zum Rückzug aus dem Kaukasus.

Szenenwechsel, Jahrzehnte später. Hatte Gorbatschow die Preisgabe der Sowjetunion bei den Verhandlungen mit Kohl im Kaukasus für ein vergleichsweise moderates Sümmchen vollzogen, so waren sofort genügend Interessenten vorhanden, die sich des wichtigsten Rohstoffs der kaukasischen Region bemächtigten. An der Südflanke der ehemaligen Sowjetunion zerfranste, auch unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland, das internationale Kapital nach und nach die einst gegebene geographische Einheit. Nicht zuletzt, wie zuvor Hitlers Banden, schürte man bewußt nationale und ethnische Konflikte unter den Bergvölkern, wobei man sich an die Methoden der Zarenpolitik erinnerte, die der 1859 betriebenen Annexion des Kaukasus durch Rußland vorausgingen. Unter Ausnutzung der Schwäche Moskaus gelang es dem Westen, einige Filetstücke herauszuschneiden. Heute gehören dem am 5. Mai 1949 gegründeten Europarat – Council of Europe – auch kaukasische Staaten an: seit 1996 Georgien, seit 1999 Armenien und seit 2001 Aserbaidschan. Und die Nachfolger der Wehrmacht standen da nicht Gewehr bei Fuß. Sie zeigten lebhaftes Interesse. In ihrer Ausgabe Nr. 1, 2004, legte die Zeitschrift „Information für die Truppe“ die derzeitigen Einsatzorte der Bundeswehr offen: „Bosnien-Herzegowina; Kosovo; Mazedonien; Straße von Gibraltar; östliches Mittelmeer; Dschibuti; Bahrein; Georgien; Usbekistan; Afghanistan.“

Ist die Konzentration des internationalen Kapitals, seiner Gremien und Gralshüter auf die Erdölressourcen im Kaukasus ein Zufall? Finden sich unter ihnen nicht die Sponsoren, die eigentlichen Hintermänner der Terroranschläge und eines in der Region seit Jahren anhaltenden blutigen Krieges?

Hans Horn

Interesse am RF in Bulgarien

Die in Warna als Blatt der Bulgarischen Sozialistischen Partei erscheinende Zeitung „Wremena“ veröffentlichte den auch unter uns lebhaft diskutierten „RotFuchs“-Artikel von Peter Franz „Ein Revo-

lutionär ohne Seele“. „Rabotnitscheski Westnik“, das Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens, brachte in seiner Ausgabe vom Mai 2005 den RF-Leitartikel Klaus Steinigers „Wa-

rum wir Internationalisten sind“. Beide Materialien wurden von unserem bulgarischen Leser und Freund Dr. med. Ratscho Ratschew übersetzt.

R. F.



Die I. Internationale wurde 1864 in London gegründet. Ihre offizielle Auflösung erfolgte 1876 auf einem Kongreß in Philadelphia. Ihre praktische Wirksamkeit, vor allem in Europa, aber endete bereits im September 1872, als auf dem Haager Kongreß beschlossen wurde, den Sitz des Generalrats von London nach New York zu verlegen.

Am Abend des 28. September 1864 fand in der Londoner St. Martin's Hall jene berühmte Versammlung statt, die als Gründungskongreß der Internationalen Arbeiterassoziation in die Geschichte eingegangen ist. Hunderte Arbeiter – vor allem Engländer, aber auch Franzosen, Deutsche, Polen, Italiener und Schweizer – nahmen daran teil. Es wurde beschlossen, eine internationale Vereinigung ins Leben zu rufen. Dafür gab es zu diesem Zeitpunkt objektiv und subjektiv günstige Voraussetzungen.

Zu den Faktoren, die den internationalen Zusammenschluß der Arbeiter objektiv begünstigten, zählte vor allem das enorme Wachstum der Weltwirtschaft in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts. Ökonomen haben errechnet, daß in dem Jahrzehnt nach der 48er Revolution das höchste Wachstumstempo der industriellen Produktion in der ganzen Geschichte des vormonopolistischen Kapitalismus erreicht wurde.

Zu den subjektiven Voraussetzungen, welche die Bildung einer internationalen Organisation des Proletariats 1864 überhaupt erst ermöglicht hatten, gehörte vor allem der Aufschwung der Arbeiterbewegung jener Zeit.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß sich die fortgeschrittenen Arbeiter nicht auf den ökonomischen Kampf beschränkten, sondern auch den Weg des politischen Kampfes beschritten. Ungeachtet der von den Proudhonisten gepredigten Politik-Abstinenz begann das französische Proletariat sich aktiv an politischen Aktionen zu beteiligen. In Deutschland befreiten sich die Arbeiter mehr und mehr von der Vormundschaft der Bourgeoisie. 1863 war in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet worden. Bebel wußte zu berichten, daß Anfang der 60er Jahre die Arbeiterbildungsvereine wie Pilze nach einem warmen Sommerregen aus der Erde schössen. Und auch die englischen Trade Unions wandten sich in verstärktem Maße dem Kampf um politische Rechte und Freiheiten zu. Darin kam das elementare Streben der Arbeiter nach organisatorischer Selbständigkeit, Vereinigung, Solidarität und internationaler Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Zu den objektiven und subjektiven Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start der Internationale kam jedoch noch ein besonderes Moment hinzu. Man kann es als einen Glücksfall der Geschichte bezeichnen, daß sich unter jenen Arbeiterführern, die zum Gründungskongreß in die St. Martin's Hall eingeladen hatten, der Mann befand, der bereits mit seinem „Manifest der Kommunistischen Partei“ am Vorabend der 48er Revolution

als Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus an die Öffentlichkeit getreten war: Karl Marx. Er besaß schon damals großes Ansehen in der internationalen Arbeiterbewegung.

Sicher wäre es falsch, wenn man behaupten würde, die Internationale wäre die Erfindung eines „genialen Kopfes“ gewesen. Aber durch den Beschluß, Marx mit der Ausarbeitung der Inauguraladresse und der Provisorischen Statuten zu beauftragen, war eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit der Internationalen Arbeiterassoziation gegeben. Er hat es wie kein anderer verstanden, bei der Formulierung der Aufgaben und Ziele der Organisation den neuen ökonomischen und politischen Gegebenheiten

ter wurde, der neu geschaffenen internationalen Organisation beizutreten. Er sah die Aufgabe der Internationale darin, die verschiedenen Ströme der internationalen Arbeiterbewegung zu einem einzigen großen Strom zu vereinigen. Das Ziel war, das Proletariat vom Einfluß der liberalen Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Demokratie zu befreien und damit die Bildung selbständiger Arbeiterorganisationen voranzutreiben.

Marx verstand es, mit den Gründungsdokumenten der Internationale eine Plattform zu schaffen, die für alle Abteilungen der Arbeiterbewegung annehmbar war, die aber zugleich auf den grundlegenden Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus fußte. Als gemeinsame und

Was war die I. Internationale?

Rechnung zu tragen. Dabei konnte er sich auf Erkenntnisse stützen, die er bei der Arbeit am „Kapital“ gewonnen hatte – der erste Band erschien 1867.

Eine Frage ist in diesem Zusammenhang von besonderem, vielleicht sogar von einem gewissen aktuellen Interesse. Handelt es sich bei den Gründungsdokumenten der Internationale lediglich um die Anwendung grundlegender Leitsätze des „Kommunistischen Manifests“ auf die neuen ökonomischen Bedingungen und politischen Verhältnisse? Das ist durchaus der Fall, trifft aber nicht ganz den Kern der Sache. Der eigentliche Unterschied besteht darin, daß es sich 1864 nicht um das Programm für eine Partei gehandelt hat, deren Mitglieder bereits auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus standen.

Das „Kommunistische Manifest“ war das Parteiprogramm der Mitglieder des Bundes der Kommunisten. Die Inauguraladresse und die Provisorischen Statuten bildeten im Unterschied dazu die Grundlage für das kollektive Handeln einer internationalen proletarischen Massenorganisation, deren Aufgabe darin bestand, in einem längeren Prozeß die unterschiedlichsten Richtungen in der Arbeiterbewegung der einzelnen Länder mit den grundlegenden Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut zu machen und damit den Grundstein zu legen für die Herausbildung revolutionärer Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern. Das war die historische Aufgabe der Internationale. Marx bemühte sich, das Programm und die Statuten so zu formulieren, daß es den englischen Trade Unions, den französischen, belgischen, italienischen, spanischen Proudhonisten und den deutschen Lassalleern erleich-

verbindliche Basis der Vereinigung bezeichnete. Marx die Forderungen nach Befreiung der Arbeiterklasse und Vernichtung jeder Klassenherrschaft. Allerdings stellte er nicht direkt die Frage nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel wie das im „Kommunistischen Manifest“ geschieht. Marx spricht auch nicht von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für den Sieg der proletarischen Revolution und der Befreiung der Werktätigen von der kapitalistischen Ausbeutung, wie er das bereits in Auswertung der Erfahrungen der 48er Revolution in seinem berühmten Brief an Joseph Weydemeyer vom 5. März 1852 gefordert hatte. In den ersten programmatischen Dokumenten der Internationale wird von der Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und der Beseitigung der Ausbeutung im allgemeinen gesprochen. Ebenso fehlt eine Formulierung, in der zur Bildung einer proletarischen Partei aufgerufen wird. Indirekt aber weist die Adresse darauf hin, daß die Arbeiterklasse die politische Macht nicht ohne Führung durch eine revolutionäre Arbeiterpartei erringen kann. Wie das „Kommunistische Manifest“ vom Februar 1848 endet auch die „Inauguraladresse“ vom September 1864 mit dem Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Die I. Internationale war in den folgenden Jahren für Zehntausende fortgeschrittene Arbeiter in Europa und in den USA eine Schule des proletarischen Internationalismus. Mit ihrer Gründung begann ein komplizierter und langwieriger Prozeß der Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der proletarischen Massenbewegung im internationalen Maßstab.

Prof. Dr. Erich Kundel

Der Komponist des berühmtesten Kampfliedes aller Zeiten



Nur wenige wissen, daß ein Belgier – der Arbeiter Pierre De Geyter – 1888 die Musik zur Internationale geschrieben hat. Erst 1998 – 150 Jahre nachdem er gebo-

ren wurde – hat ihm seine Heimatstadt Gent eine Statue gewährt. Die in Brüssel erscheinende Wochenzeitung „Solidaire“ – das Blatt der belgischen Partei der Arbeit – hat die Geschichte des proletarischen Komponisten jetzt erzählt. De Geyter, der am 18. Oktober 1848 zur Welt kam, ist in einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Nach seiner täglichen Arbeit in einer Lokomotivenfabrik besuchte er als junger Mensch Abendkurse, um Grundkenntnisse zu erwerben. Mit 16 schrieb er sich dann für das Abendstudium an der Liller Akademie ein. Zu dieser Zeit schloß sich De Geyter einer musikalischen Vereinigung an, die mit der lokalen Sektion der POF (Französische Arbeiterpartei) verbunden war. Bei Streiks und Wahlkämpfen trat sie an die Öffentlichkeit. Am 15. Juli 1888 erhielt Pierre durch den Ortsvorsitzenden der POF eine Sammlung von Gedichten eines gewissen Eugène Pottier, der zu den Vorkämpfern der Pariser Commune gehört hatte. Man bat ihn, das Poem „Die Internationale“ als Kampflied für die POF zu vertonen. Es wurde ein großer Erfolg – zunächst in Lille, dann in ganz Frankreich. Vier Jahre später beschloß die II. Internationale, das Lied zu

ihrer Hymne zu machen. Der Text wurde in unzählige Sprachen übersetzt, die Melodie ist weltweit bekannt.

Ende des 19. Jahrhunderts verbreitete sich der Reformismus in der europäischen Sozialdemokratie. Man erklärte den Parlamentarismus zur Hauptform des Kampfes gegen die Bourgeoisie. Als Antwort auf dieses Abgehen von revolutionären Positionen entstanden die kommunistischen Parteien. 1919 gründete Lenin die Komintern. De Geyter entschied sich für deren Weg. Bis 1943 war die Internationale dann die Staatshymne der UdSSR.

1927 – damals war er 79 – nahm Pierre eine Einladung nach Moskau an. Er war Ehrengast der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution und stand auf der Tribüne am Mausoleum. Als die Rote Armee unter den Klängen „seiner“ Internationale vorbeidefilerte, liefen ihm die Tränen über das Gesicht. In den letzten Jahren seines Lebens erhielt Pierre De Geyter eine monatliche Ehrenpension der sowjetischen Regierung. Er starb 1934 in St. Denis bei Paris. An seiner Beisetzung nahmen mehr als 50 000 Arbeiter teil.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Denkmal für 149 Widerstandshelden

„Sie dürfen nicht vergessen werden!“ Unter diesem Titel ist ein Buch von Karl Heinz Jahnke erschienen, das den Leser zutiefst ergreift. Der Historiker legt damit in vielen Jahren erbrachte eigene Forschungsergebnisse zusammengefaßt vor und gibt mit unter seiner Anleitung entstandenen Studentarbeiten Auskunft über 149 Frauen und Männer aus Mecklenburg, die zwischen 1933 und 1945 Widerstand gegen die NS-Herrschaft geleistet haben und dafür hingerichtet wurden. K. H. Jahnke schreibt im Vorwort: „Die meisten Frauen und Männer, die ihr Leben eingesetzt haben, um den Krieg zu verhindern, und die später für eine Niederlage Nazi-Deutschlands eintraten, sind inzwischen vergessen. Die heutige Sicht beschränkt sich vorrangig auf einzelne Teilnehmer des bürgerlichen Widerstands.“ Doch gab es, wenn auch den meisten Menschen nicht bekannt, eine beachtliche Breite der antifaschistischen Widerstandsbewegung. Jahnke schildert in seinem Buch den Kampf von KPD-Mitgliedern gegen Hitlers Regime und den Terror in seiner Grenzenlosigkeit gegenüber Arbeitern, Landarbeitern, Kleinunternehmern, Angehörigen der Intelligenz bis hin zu Mitgliedern aus Adelsfamilien, die beim Attentat am 20. Juli 1944 beteiligt waren. Viele der KPD-Genossen wirkten eng mit Sozialdemokraten zusammen, gestalteten gemeinsame Aktionen und berieten in geheimen Gruppen geeintes Vorgehen in Zuchthäusern und Konzentrationslagern

wie Boizenburg, Bützow-Dreibergen (einer faschistischen Vernichtungszentrale), Reiherhort bei Wöbbelin, Ravensbrück, Barth und weiteren. Sie schworen: „Nie wieder Trennung der Arbeiterparteien in Deutschland“, was gegenwärtig von den Herrschenden und ihren Medien unter der Bezeichnung „Zwangsvereinigung in der SED“ zu antikommunistischer Propaganda mißbraucht wird. Das kann man nur als geschichtliches Unwissen oder Böswilligkeit bezeichnen.

Es gab auch Widerstand von einigen evangelischen und katholischen Geistlichen, Zeugen Jehovas und Vertretern anderer Konfessionen. Besonders widmete sich der Autor dem Terror gegen Juden und deren Glaubensgemeinschaft. Jahnke würdigt nicht zuletzt die Beteiligung deportierter ausländischer Arbeiter aus Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion in deutschen Rüstungsbetrieben am Kampf gegen den faschistischen Krieg. Standhafte aktive Antifaschisten aus Parteien, religiösen Kreisen, studentischen Bewegungen, Einzelkämpfer, Hausfrauen, von denen mehrere Mütter mit Kindern in Konzentrationslager wie Auschwitz, Dachau und Theresienstadt verschleppt wurden, finden in diesem Buch ein ehrendes Gedenken. Lebendig geschildert, wenn auch sehr knapp wegen fehlenden Materials, sind im 2. Kapitel die kurz gefaßten Familiengeschichten.

Wertvoll erscheinen mir das alphabetische Namensverzeichnis der Hingerichteten sowie Dokumente zum Geschehen.

Karl Heinz Jahnke arbeitete seit 1966 als promovierter und habilitierter Dozent für Neue und Neueste Geschichte an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, von 1968 bis 1971 zunächst als Dozent und ab 1973 als ordentlicher Professor an der Universität Rostock. Seine Hauptforschungsgebiete waren die Geschichte des Hitlerfaschismus und des Widerstandes sowie Jugendgeschichte. Das genügte, um nach dem Anschluß der DDR an die BRD vom Ehrengericht der Rostocker Universität – acht Jahre vor der Pensionierung – entlassen zu werden.

Eine große Zahl von Veröffentlichungen verfaßte Jahnke zur antifaschistischen Thematik. Er setzt seine Forschungstätigkeit (gegenwärtig als parteiloser Marxist) unermüdlich fort, so daß ein zweites Band zu erwarten ist, was er im Nachwort ankündigt.

Daß dieses Buch anläßlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus erschien, ist ein Verdienst des Autors und des BS-Verlags Rostock. Es ist vor allem auch unserer Jugend zu empfehlen.

Dr. sc. Helga Ewert, Rostock

K. H. Jahnke: Sie dürfen nicht vergessen werden. BS-Verlag Rostock, 272 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 3-938686-01-4



Unvergessener Arno Fleischer

Am 3. Juli ist unser Grafiker Genosse Arno Fleischer im 79. Lebensjahr in Schwedt an den Folgen eines dritten Schlaganfalls gestorben. Der bekannte DDR-Künstler, nicht zuletzt auch als Plakatschöpfer und Schulbuchillustrator beliebt, gehörte zu den ersten Mitarbeitern des RF und

hat unsere Zeitung sieben Jahre lang mit Engagement, Ideen und innerer Anteilnahme begleitet, bis ihn die Krankheit im Januar 2005 aus der Bahn warf. Wir versichern Eva, Arnos Frau und Kampfgefährtin, unseres Mitgefühls und veröffentlichen hier zwei seiner markanten Arbeiten.



Wie SMAD-Offiziere unser Kulturerbe mit ausgruben

Major Alexander Dymshiz, Leiter der Kulturabteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), sagte Anfang November 1946 auf dem Sächsischen Künstlerkongreß: „... Wir wußten vom Kampf aufrechter deutscher antifaschistischer Künstler. Wir wußten von Menschen wie Heinrich und Thomas Mann, Becher und Brecht, Wolf und Werfel, Weinert und Bredel, Renn und Anna Seghers, Feuchtwanger und Kisch, Künstlern, die zumeist außerhalb des 3. Reiches den Kampf gegen den Faschismus führten. Wir wußten aber auch, daß innerhalb Deutschlands die deutsche Kunst noch atmete. Wir ließen uns von den Trümmern nicht täuschen, sondern gingen wie Archäologen ans Werk, um diese Kunst wieder auszugraben. Wir suchten nach Gerhart Hauptmann und Ricarda Huch, Bernhard Kellermann und Käthe Kollwitz, Ernst Busch, Max Pechstein u. a. und fanden darüber hinaus noch viele neue Kräfte, die uns bei dieser Arbeit halfen ...“ Johannes R. Becher und andere profilierte Persönlichkeiten des Geisteslebens gründeten bereits im Juli 1945 den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Schon Ende Januar 1946 lud der Oberste Chef der SMAD den Präsidialrat des Kulturbundes nach Berlin-Karlshorst ein. Johannes R. Becher, Bernhard Kellermann, Günther Weisenborn, Erich Weinert, Ernst Legal, Gustav von Wangenheim, Paul Wegener, Eduard von Winterstein, Ernst Busch u. a. berieten gemeinsam mit Generalen, Stabs- und Kulturoffizieren der SMAD Aufgaben der demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur.

Armeegeneral Sokolowski, der die anregenden Diskussionen unterstützte, hob hervor, daß die Aufgabe darin bestehe, die besten Errungenschaften der Kultur zum Allgemeingut des gesamten Volkes, zum

Besitz der Arbeiter, Bauern, Handwerker und kleinen Angestellten zu machen, damit die einfachen Menschen nicht mehr durch kitschige „Hintertreppenliteratur“ und ähnliche „Kultur“ abgespeist werden, die an die niedrigen Instinkte des Raubes, der Ausplünderung anderer Völker, des Antisemitismus appellieren.

Um vielen Künstlern zu helfen, einen neuen Standpunkt zu finden, führten Kulturoffiziere auch auf Landes-, Kreis- und Ortsebene öffentliche Auseinandersetzungen mit einzelnen. Sie wandten sich gegen Intoleranz, gegen das Auf-Distanz-Gehen zum Tagesgeschehen.

Die „Tägliche Rundschau“, das Sprachrohr der SMAD, schrieb, daß Goethe eine innere Anteilnahme am Ringen seiner Epoche ausdrückte, als er die Maxime prägte: „Was aber ist unsere Pflicht? Die Forderung des Tages!“ Einige Bildhauer verlangten „Ruhe und Gips“, andere glaubten, jetzt „im Elfenbeinturm und nicht mehr im Pulverturm“ zu sitzen. Der Maler Karl Hofer brachte zum Ausdruck, daß noch viele der im Ziellicht der Konturen schwankenden Künstler sich zurückhalten.

Neben verantwortlichen Genossen in deutschen Institutionen traten Kulturoffiziere der SMAD gegen solche und ähnliche Ansichten auf. Der Künstler müsse das Neue erkennen lernen und sich in seiner Lebenshaltung für die neue Ordnung entscheiden. Die interessanten und parteilichen Auseinandersetzungen trugen dazu bei, daß der Kulturbund zu einer bedeutenden gesellschaftlichen Kraft heranwuchs. Bald zählte er 93000 Mitglieder.

Sich auf Schiller berufend, der einmal gesagt hatte, daß Anregungen von außen für die Künstler durchaus wünschenswert und förderlich seien, organisierte z. B. die Schriftleitung der „Täglichen Rundschau“, in der Kulturoffiziere und Publizisten

tätig waren, einen Literaturwettbewerb und stellte 50 000 Mark für die besten Gedichte, Kurzgeschichten und Novellen zur Verfügung. Sie bat J. R. Becher, Bernhard Kellermann und Friedrich Wolf im Preisrichterkollegium mitzuwirken. Innerhalb von fünf Monaten erhielt die Redaktion nahezu 10000 Manuskripte, darunter 8200 Gedichte, 527 Novellen und 915 Kurzgeschichten. Dieser Wettbewerb aktivierte das Geistesschaffen und regte Tausende deutsche Schriftsteller und Talente an, ihre Gedanken und Empfindungen in positiver Form zum Ausdruck zu bringen. Die Preisträger wurden in einer Feierstunde öffentlich geehrt. Diese Beispiele deuten an, wie sowjetische Offiziere wirksam wurden und vielen Intellektuellen halfen, einen fortschrittlichen Standpunkt einzunehmen. Sie förderten insbesondere die antifaschistisch-demokratische Literatur. Major Fradkin umriß im Mai 1946 auf einer Konferenz mit Schriftstellern und Verlegern die Aufgaben. Viele Deutsche wußten noch gar nicht, auf was sie stolz sein könnten. Sie sollten auf jene deutschen Schriftsteller stolz sein, die eine klare antifaschistische Literatur schufen wie Anna Seghers, Arnold Zweig, Heinrich Mann, Egon Erwin Kisch, Bert Brecht, Ludwig Renn, Lion Feuchtwanger u. a. Aber auch die antifaschistische Literatur anderer Nationen solle dem deutschen Volk bekanntgemacht werden.

Sich dessen bewußt, daß die revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse unabdingbar das Freilegen, Erschließen und Verbreiten des humanistischen Kulturerbes erforderte, halfen die SMAD-Offiziere, den großen Schatz auszugraben. Das Ersuchen, Werke der klassischen Literatur zu drucken und herauszugeben, fand seine baldige Verwirklichung. Die Bitte, Literatur der Sowjetunion in deutscher Sprache anzufordern und zu verbreiten, wurde erfüllt. Die ersten Ausgaben der Bücher „Die Mutter“ von Gorki, „Der Leidensweg“ von Tolstoi, „Neuland unterm Pflug“ von Scholochow und andere erschienen schon im April 1946.

Als Gerhart Hauptmann im Juni 1946 starb, hielt Oberst Tulpanow während der Trauerfeier im Rathaus Stralsund eine beachtenswerte Rede. Er würdigte die Leistungen des großen deutschen Dichters, wie es derzeit kein anderer vermocht hätte. „Hauptmann hat jene Weber verherrlicht, die auch Heine besungen und verherrlicht hat, über die Marx und Engels mit solcher Würde gesprochen haben und die die Pioniere der revolutionären deutschen Arbeiterklasse waren ...“, sagte er.

Die Rede widerspiegelte die Liebe, mit der die SMAD-Offiziere ihre Aufgaben beim Freilegen und Erschließen des verschütteten nationalen deutschen Kulturerbes erfüllten.

Otfried Weber

Glückwunsch, Genossen!

Ihren 75. Geburtstag begehen

Elvira Wien

(8. August) aus Teterow und

Haidi Rossignol

(12. August) aus Berlin.

70 werden

Manfred Fischer

(11. August) und

Wilfried Franke (23. August),

beide aus Berlin, sowie

Götz Loudwin (26. August)

aus Frechen und

Lothar Neumann

(31. August) aus Dresden.

In den Veteranennachwuchs steigen mit 65 auf:

Helmut Unger (20. August)

aus Pirna und

Hartwich Splisteser

(30. August) aus Schwerin.

Den Jubilaren
des RF gilt
unser Gruß

„Ein deutscher Schriftsteller spricht zu euch, dessen Werk und Person von euren Machthabern verfehmt sind und dessen Bücher, selbst wenn sie vom Deutschen handeln, von Goethe zum Beispiel, nur noch zu fremden, freien Völkern in ihrer Sprache reden können, während sie euch stumm und unbekannt bleiben müssen. Mein Werk wird eines Tages zu euch zurückkehren ...“

So begann die erste Ansprache des Emigranten Thomas Mann, gehalten im Oktober 1940. Der Krieg war bereits ein Jahr im Gange, als die British Broadcasting



Corporation (BBC) den im amerikanischen Exil lebenden Thomas Mann bat, sich mit Radioansprachen an die Deutschen zu wenden.

Er sollte, wie er 1942 schrieb, „die Kriegereignisse kommentieren und eine Einwirkung auf das deutsche Publikum ... versuchen ...“

Insgesamt trat Thomas Mann zwischen 1940 und 1945 nicht weniger als 58mal im Deutschen Dienst des britischen Senders auf.

Zunächst wurden die Reden nach London gekabelt, wo sie anfangs ein deutscher Sprecher der BBC verlas. Kurze Zeit später bestand Mann darauf, daß die Deutschen seine eigene Stimme hören sollten. So überspielte man das in den USA auf Schallplatten Aufgenommene per Telefon nach London.

Diese Ansprachen, immer jeweils von ca. 8 Minuten Dauer, sind wohl die entschiedensten und kompromißlosesten Äußerungen, die er zu Fragen des Zeitgeschehens formuliert hat.

Nicht gedacht als essayistische Bemühung über das aktuelle Kriegsgeschehen, wollte Mann die Deutschen wachrütteln und ihnen Mut zusprechen. Wer sich heute den vorliegenden Texten oder (und) dem Tondokument zuwendet, wird sich der bedeutenden literarisch-publizistischen Leistung, aber auch der intellektuellen und zugleich emotionalen Wirkung nicht entziehen können. Die Aktualität vieler Aussagen ist unübersehbar.

Thomas Mann wußte, daß dieser Krieg eine „Entscheidungsschlacht der Menschheit (ist), und alles entscheidet sich darin, a u c h das Schicksal meines Lebenswer-

Thomas Mann 1940 bis 1945: „Deutsche Hörer!“

kes“. Es könne lange nicht nach Deutschland zurückkehren, „wenn das elende Gesindel siegt ...“ Selbst in der Zeit der militärischen Erfolge Nazideutschlands verließ ihn niemals die Überzeugung, daß es den von ihm entfesselten Krieg verlieren und dafür schwer wird büßen müssen.

Es war das „Leiden an Deutschland“, an „all dem, was es nach dem Willen verbrecherischer Gewaltmenschen ... der Welt angetan hat“, was ihn zum Sprechen bewog.

In der Rede vom März 1941 charakterisierte Thomas Mann seine Ansprachen explizit als Dienst an den Deutschen, als Hilfe für ein gedemütigtes und

verführtes Volk, das sich zugleich aber immer mehr mitschuldig macht. Seine Landsleute zum Sturz des Faschismus zu bewegen – darin bestand das eigentliche Ziel der Reden.

Das aktuelle Zeitgeschehen wurde in ihnen eindrucksvoll widerspiegelt. Dabei zeigte sich, daß der Redner die Vorgänge in Deutschland und Europa, das Kriegsgeschehen, den Inhalt der Nazi-propaganda und die Beschlüsse der Hauptmächte der Antihitlerkoalition gut kannte. Der Grad der Konkretheit war hoch, galt es doch zu bedenken, daß die Deutschen von einer realen Berichterstattung abgeschnitten waren.

Daher mußten grundlegende Fakten und Zusammenhänge vermittelt werden, verbunden mit einer faßlichen, anschaulichen Darstellung, die als Appell, Entlarvung, Warnung, Analyse, Perspektive und Tendenz, als Anklage und Trauer, oft auch getragen von Wut und Haß, die überzeugende sprachliche Umsetzung fanden.

Welches Bild zeichnete er von Deutschland und den Deutschen?

Die Abkehr eines großen Teils von den humanistischen Idealen begriff Mann als Resultat der Verführung durch die faschistischen Machthaber. Diese Abkehr jedoch habe eine verbrecherische Politik erst ermöglicht (vgl. Problematik in seinem Roman „Doktor Faustus“). Mann forderte die Deutschen auf, Mut zum Widerstand zu entwickeln. In seiner Rede vom 25. 5. 1942 nennt er „Reue, Sühne und Selbstreinigung“ als Bedingung für den Neuanfang. Letzterer sollte sich nicht auf „die Ausbrennung der Nazipest beschränken ..., sondern die ganze Menschenschicht

treffen, deren Macht- und Habgier sich des Nazitums als Instrument bediente ...“. Gerade deshalb war für ihn der antifaschistische Widerstand – in seiner Gesamtheit – ehrbar, notwendig und möglich.

Er mußte aber, je länger der Krieg andauerte, erkennen, daß seine Hoffnung, das deutsche Volk könne aus eigener Kraft das Nazisystem stürzen, sich nicht erfüllte. Seine Zuversicht wandelte sich immer mehr zum Unverständnis. Verzweifelt über die Millionen von Deutschen, die sich vom faschistischen System und seinem Krieg nicht distanzieren, schon gar nicht widersetzten, bekundete Mann am 9. 12. 1943:

„Das Erlebnis, das allein Deutschland zur Vernunft bringen kann“, ist das (der) „katastrophalen und handgreiflichen Niederlage“ und seiner Besetzung, „um jede weitere Aggression unmöglich zu machen ...“ Die Parteinahme für die Staaten und Armeen der Antihitlerkoalition artikuliert er nun noch stärker, zumal auch seine Kinder Klaus, Golo und Erika als Angehörige der US-Streitkräfte bewußt antifaschistisch handelten.

Dieser Logik folgend, rechtfertigte er alle militärischen Handlungen, die der Niederwerfung des Faschismus dienten, so auch den Bombenkrieg. Ein halbherziger Kampf würde, so Thomas Mann, die „Nazipest nicht vernichten“, wenn er auch wußte, daß die Angriffe der RAF und der USAF für die deutsche Zivilbevölkerung „grauenhaft“ waren. Bereits im April 1942, nach der Bombardierung Lübecks, hatte er sich klar positioniert:

„Das geht mich an, es ist meine Vaterstadt ... Aber ich denke an Coventry – und habe n i c h t s einzuwenden gegen die Lehre, daß alles bezahlt werden muß.“

Nach Kriegsende konnte er feststellen, daß die Mehrheit der Deutschen sich nur in ihrer Opferrolle gefiel, keinen Blick auf das Leid anderer Völker warf und die Frage der Mitschuld an Krieg und Faschismus ignorierte.

„Es ist kein großes Volk“, stellte der Nobelpreisträger resignierend und verbittert fest. In seiner Ansprache vom 10. Mai 1945, angesichts der faschistischen Kapitulation, resümierte er, das deutsche Volk habe es nicht vermocht, sich selbst zu befreien, dennoch, „... die Stunde ist groß – nicht nur für die Siegerwelt, auch für Deutschland – die Stunde, wo der Drache zur Strecke gebracht ist, das wüste und krankhafte Ungeheuer ...“ Unabdingbar wird es sein, so fuhr er fort, die militärische Zerschlagung des Faschismus als Befreiung anzuerkennen, als Chance für die „Rückkehr zur Menschlichkeit“. Eindringlich appellierte er an die Deutschen, gründlich die „innere Abkehr“ vom faschistischen Ungeist in seiner Gesamtheit zu vollziehen.

Dr. Peter Fisch

Hut ab vor Esche!

Eberhard Esche hat ein weiteres Buch geschrieben. So einprägsam der Titel seines ersten „Der Hase im Rausch“ ist, so sehr gerate ich beim zweiten ins Grübeln: „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen“ ... Seltsam. Doch bei einigem Nachdenken komme ich drauf: Es muß sich um menschliches Verhalten handeln, um das uralte Phänomen der Anpassung insbesondere. Was dahinter steckt, erzählt Esche in vielen kleinen Geschichten, Episoden, Anekdoten. Nein, eine Autobiographie sollte es nicht sein – die schriebe er erst, wenn er 85 werde –, eher „jener Teil der Reste des noch nicht erzählten Lebens, die preisgegeben“ er gewillt sei. Und das ist eine ganze Menge, jedenfalls genug für 462 Seiten, die es in sich haben. Sein Stil ist – wie seine Interpretationskunst auf der Bühne – personengebunden. Nicht nachzuahmen. Als hätte er sein Leben lang nichts anderes gemacht. Es gelingt einfach nicht, Seiten zu überblättern, um Zeit zu sparen, z. B. für diese Rezension. Freiwilliger Zwang zum Lesen buchstäblich jeder Zeile – und zwar mit Hochgenuß –, das nenne ich Meisterschaft.

Der Autor setzt sich mit fast allen Facetten, die das Leben bietet, mit Geschichte und Gegenwart auseinander – nachdrücklich, treffsicher, humorvoll, satirisch, doch niemals zynisch, mit Respekt für die Aufrichtigen und Achtung für alle, die sich ihr Gewissen bewahren. Von Anpassungsverhalten, von dem es zwei Sorten gibt – eine gute, die aus Überlebens- und Existenzgründen, und eine schlechte, die den Charakter verbiegt –, ist immer wieder die Rede. Von politischem Opportunismus inklusive. Eberhard Esche nennt sie, die Protagonisten dieses Genres, alle beim Namen, und ist beim Austeilen nicht fein. Eine Eigenheit, die dem Umstand geschuldet zu sein scheint, daß ihn „der liebe Gott beim Verschenken der Tugend des Maulhaltens übersah“, was dieser – so Esches Annahme – „mit Absicht tat“. Doch auch mit sich geht er scharf ins Gericht, von Selbstschonung keine Spur. So trifft der Leser auf jemanden, dessen Einsichten und Ansichten nur ungeteilte Sympathie hervorrufen können. Sein Leben selbst, in dem es durchaus auch Brüche und Niederlagen, Fehlentscheidungen und -tritte gegeben hat, widerlegt die von nicht wenigen verfochtene Behauptung, die DDR-Verhältnisse hätten dazu gezwungen, mit den Wölfen zu heulen. Nein, das haben sie nicht. Dennoch gab es sie zuhauf, die bereit waren, sich selbst grün zu machen, hoffend, „wenn sie von den Ziegen gefressen werden, daß sie dann auch Ziegen werden“.

Allen, die immer noch meinen, er sei zu DDR-Zeiten „eine Art Symbol des Widerstands und damit der Hoffnung für sie gewesen“, stellt er seine „kommunistische Auffassung von den Dingen“ entgegen und beharrt darauf: „In meiner tiefen Überzeugung von der Veränderbarkeit der Menschen und damit im Bestreben, die Verbesserung des Menschenbildes in der

Kunst zu betreiben, habe ich mich nicht verändert, nur verbessert. Und erweise mich da, zu meinem Glück, als unnachgiebig.“

Folgerichtig ist aus seinem so überaus poetischen Buch zugleich ein durch und durch politisches geworden. Hätte er sich anders entschieden, so seine Überzeugung, „dann stünde (er) nur auf einem Bein“. Denn vor sich selbst zu bestehen, das war immer seine größte Herausforderung – bis heute.

Als einem, dem die „Eigenschaft zur Lebensklage“ ganz und gar nicht liegt, ist sein Blick den Menschen zugewandt. Bis ins Detail gehend und überaus pointenreich verfeinert hält er Mitteilenswertes über sich und andere, vor allem über Vorbilder fest, die er seine „Wegweiser“ nennt: Wolfgang Langhoff, Wolfgang Heinz, Ernst Busch, Helene Weigel und andere. Deren Schicksalen widmet er viele Seiten, was hoffentlich verhindern hilft, daß sie jemals vergessen werden.

Kaum vorstellbar, daß er doch noch Geheimnisse hütet, so freigiebig, mit dem ihm eigenen Witz und seiner unnachahmlichen Art schildert er, was eines Schauspielers

privates und berufliches Dasein ausmacht. Kein Zweifel, das Theater war sein Lebensinhalt. Es hat alles von ihm gefordert und er hat alles gegeben. So haben ihn viele erlebt, in stiller Bewunderung wohl auch ob seiner profunden Kenntnisse der Werke der literarischen Klassiker. Esche meint: „Von ihnen habe ich das meiste im Leben gelernt.“ Zuallererst von Heinrich Heine, dem „Mitschöpfer der deutschen Sprache und des deutschen Denkens und des deutschen Humors“. Und er fragt: „Liegt es am Zustand des heutigen deutschen Humors, daß ihn, mit Ausnahme der Deutschlehrer, nur noch wenige Menschen zur Kenntnis nehmen?“ Schlimmer noch. Die „Veruneinigung“ macht's möglich, daß eine „große Kunstepoche“, nun „von einer Kolonialcharge wie dem weltberühmten Provinzregisseur XYZ beschimpft“ werden kann: „Ihr faulen Schweine, ihr habt im Sozialismus das Arbeiten verlernt.“

Zum Glück gibt es Esches Buch. Und damit den Gegenbeweis. Ob es von den neuen „Berühmtheiten“ gelesen wird, ist unerheblich. Viel wichtiger ist der irgendwo im Text festgehaltene Satz: „Der Mensch ist ein Wunder. Und das stimmt angesichts der jahrtausendwährenden allgemeinen Weltlage doch heiter.“

Bruni Steiniger

*Eulenspiegel-Verlag,
Berlin 2005, 462 S.,
19,90 Euro*



Wenn Nachruf, von wem?

Ich rechne mit dem „RotFuchs“ (wenn es den, wenn es soweit ist, dann noch gibt). Der „RotFuchs“ hat ungefähr 11 000 Leser auf der ganzen Welt. Einst gehörte uns ein Drittel der Erde, und nun haben wir noch 11 000 Abonnenten, ... Der „RotFuchs“ lebt von Spenden, also auch von den meinen. Und da er eine kommunistische Zeitschrift ist, müßte er sich schon veranlaßt sehen, mich zu benachrufen. Zumindest in Zeiten, in denen man Kommunisten unterdrückt, bemühen sich Kommunisten untereinander anständige Leute zu bleiben. Was ihnen das Leben auch nicht leicht macht.

Der „RotFuchs“ kann mich allerdings nicht am Tag, der meinem Todestage folgt, gebührend würdigen, da er keine Tageszeitung ist, sondern nur einmal im Monat

erscheint ... Folglich wäre es schon ein großer Zufall, wenn wir mal zusammenkommen würden. Um, wissenschaftlich gesehen, den Zufall gesetzmäßig aussehen zu lassen, müßte ich meinen Tod so einrichten, daß mein letztes Dankeschön an das Erdenkuddelmuddel und der Erscheinungstag des „RotFuchs“ irgendwie zusammenfallen. Da ich den Don Quichottes dieser Welt nun mal treu bleibe, was auch ein bißchen mein Schicksal ist, werde ich den Gedanken in meine Erwägungen einbeziehen. Leicht wird das nicht werden, das sage ich gleich, aber Budget, wir werden sehen. Der Mensch muß bis zum letzten Seufzer immer Rücksicht auf andere nehmen.

(Aus: Eberhard Esche: *Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen*, S. 442/43)

Leserbriefe an RotFuchs

„Schreib oder ruft bitte an“, heißt es. Ich schreibe. Das Blatt braucht Resonanz. Verstehe ich. Es muß ja nicht viel sein. So begnüge ich mich mit der völligen Zustimmung zu dem Artikel „Schon gewählt?“. Wird er nützen?

P. S. Da ich die Liste der verdienten Veteranen betrachte, erwähne ich, daß ich seit dem 21. Juni 96 Jahre bin und seit 1932 Mitglied der Partei (KPD).

Freundliche Grüße

Dr. h.c. Kurt Schwaen, Berlin

Bemerkung der Redaktion:

Natürlich führt der berühmte DDR-Komponist Dr. Kurt Schwaen unter unseren Lesern das Veteranenfeld an, worauf wir sehr stolz sind.

Der fast gleichzeitige Tod zweier herausragender portugiesischer Kommunisten – des langjährigen PCP-Generalsekretärs Álvaro Cunhal und des Ministerpräsidenten der Revolutionsjahre 1974/75, General Vasco Gonçalves, hat mich sehr berührt. Cunhal bin ich erstmals wenige Tage nach dem Sturz des Faschismus in Lissabon begegnet. Die überragende Persönlichkeit dieses großen proletarischen Strategen und Taktikers, Literaten und Grafikers beeindruckte mich tief. Gonçalves war das seltene Beispiel eines unbestechlichen, gradlinigen und aufrechten Politikers. Ich bin sehr froh darüber, daß der „RotFuchs“ diese beiden großen Gestalten der portugiesischen Geschichte und der internationalen Arbeiterbewegung auf gebührende Weise gewürdigt hat.

Ernst-Otto Schwabe, Berlin

In der Juni-Ausgabe des RF hat mich der Beitrag von Dr. Hans-Dieter Krüger über die Freundschaft von Willi Sitte und Moritz Mebel besonders bewegt. Da ich an der Universität Halle studiert und mehrere Jahre in Halle gearbeitet habe, bin ich bereits vor längerer Zeit mit den beeindruckenden Werken von Willi Sitte bekannt geworden. In der Galerie Moritzburg gab es eine Ausstellung zum Schaffen des Künstlers. Auch das Gemälde „Meine Eltern“ war dabei. Es war eine interessante Zeit, in der sich Menschen aller sozialen Schichten mit der bildenden und darstellenden Kunst in der DDR beschäftigen konnten. Es freut mich sehr, daß Willi Sitte nach langer Krankheit wieder malen kann. In der „Troika“ von Markau Wolf wird Moritz Mebel als Schüler der Moskauer Karl-Liebknecht-Schule erwähnt, die er gemeinsam mit Peter Florin, Konrad Wolf und anderen Emigrantenkinder besuchte. Als Professor für Urologie war er über die DDR hinaus sehr anerkannt.

Die Freundschaft dieser beiden bedeutenden Persönlichkeiten, die einen großen Abschnitt der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und des sozialistischen Aufbaus erlebt haben, ist überzeugend dargestellt. Wir werden die Ideale, für die Willi Sitte und Moritz Mebel stehen, nicht vergessen und versuchen, sie unseren Kindern und Enkeln zu vermitteln.

Ursula Franke, Meißen

Am 14. August 1962 drangen Männer in Uniformen des Bundesgrenzschutzes der BRD im Bereich der Grenzkompanie Wiesenfeld/Rhön auf DDR-Hoheitsgebiet vor, wo gerade Arbeiten an Grenzsicherungsanlagen ausgeführt wurden. Der Kompaniechef, Hauptmann Rudi Arnstadt, forderte die Provokateure auf, sich unverzüglich zurückzuziehen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, gab der den Offizier begleitende Posten einen Warnschuß in die Luft ab. Die BGS-Angehörigen verließen daraufhin das DDR-Territorium. Kaum wieder in der BRD, eröffneten sie

gezieltes Feuer auf die DDR-Grenzer und töteten Rudi Arnstadt mit einem Kopfschuß.

Mich hat damals der feige Mord sehr betroffen gemacht. Ich kannte Genossen Arnstadt schon seit einiger Zeit, hatte mich mehrere Male in seiner Einheit aufgehalten. Ich wußte, daß der 1926 in Erfurt geborene Arbeiterjunge als Vollwaise aufgewachsen war und als 18jähriger für die Faschisten in den Krieg ziehen mußte, den er verwundet überlebte. 1948 meldete er sich zum Dienst in der Deutschen Grenzpolizei.

An Hauptmann Arnstadt wie an die anderen 24 ermordeten Grenzer der DDR erinnert das jetzt im GNN-Verlag erschienene Buch der Oberstleutnante a. D. Kurt Frotscher und Horst Liebig „Opfer deutscher Teilung – beim Grenzschutz getötet“. Es berichtet vom Leben dieser Grenzer, benennt die Umstände, Hintergründe und Zusammenhänge ihres Todes und weist auf die Mörder hin, soweit sie bekannt sind.

Als Sozialisten und Kommunisten sollten wir den gefallenen Grenzern ein ebenso ehrendes Gedenken bewahren wie unseren von deutschen Faschisten ermordeten Genossen.

Günter Freyer, Berlin

Man las, sah und hörte in den letzten Monaten unaufhörlich von den Heldentaten der amerikanischen Befreier im Jahre 1945, ganz am Rande einmal von den unmenschlichen Bedingungen in den USA- Kriegsgefangenenlagern am Rhein. Daß es solche Lager damals auch mitten in Deutschland gab – davon wird nichts berichtet. Ich selbst wurde im März 1945 in einem Gefecht verwundet, lag im Lazarett Bad Kissingen, wurde hier Kriegsgefangener der Amerikaner, und kam von dort in das Kriegsgefangenenlazarett Münnerstadt. Nachfolgend einige Notizen aus meinem Tagebuch, welches ich von Kriegsbeginn an führte:

26. 5. 45: In vollgestopften, völlig überladenen Ami-LKWs in rasendem Tempo und gemeingefährlicher Fahrt immer hart am Rand der Straßenränder und unter den tief herabhängenden Ästen der Obstbäume am Straßenrand in das Sammel-Großlager Hammelburg. Eine ganze Anzahl von uns konnte durch die Enge – wir waren ja Mann an Mann aneinandergequetscht – den Ästen nicht ausweichen, erlitt z. T. schwere Kopf-, Schulter- oder Armverletzungen und mußte gleich wieder ins Lazarett gebracht werden.

27. 5. 45: Ochsenfurt. Hier herrschen Durst, Hunger und unbeschreibliche chaotische Zustände. Wir bekamen das sofort zu spüren! Unser Transport mußte sich gleich bei der Ankunft in glühender Sonnenhitze aufstellen. An der offenen Seite des Vierecks ein kleines, laubenähnliches Häuschen. In der Mitte ein Hydrant, aus dessen Kopfteil an allen vier Seiten in dicken Strahlen Wasser sprudelt. Und wir, denen die Zunge vor Durst aus dem Maule hängt, müssen stehen, stehen, stehen – immer dieses heraussprudelnde frische, kalte Wasser vor Augen! Dann hält es einer vor Durst nicht mehr aus, rennt aus dem Glied zum Hydranten, versucht, mit der Feldmütze ein bißchen Wasser aufzufangen. Und schon kommen zwei, drei Amis aus dem Häuschen, fallen über ihn her und schlagen ihn mit ihren Vogelspritzen zusammen, bis er bewegungslos liegenbleibt. (...)

Beim Einmarsch durch das Lagertor stehen links und rechts mehr als ein Dutzend Amis, die uns bis aufs Hemd filzen. Alles, was auch nur den geringsten Wert zu haben scheint, wird uns abgenommen: Uhren, Ringe, Geld u. a. Jeder einzelne Ami hat alle Finger vollgesteckt mit auf diese Weise „erbeuteten“ Ringen, trägt an den Handgelenken eine Armbanduhr über der anderen. Viele haben sich alle möglichen deutschen Orden an die Feldblusen gesteckt und sich behängt mit Offiziers-, SS-, SA-, HJ- und anderen Dolchen.

Helmut Reinhardt, Erfurt

„Man kann den Bundestag nicht mit der Volkskammer vergleichen“, erklärte der Tagesschau-Sprecher am 1. Juli 2005, der Kommentator in der anschließenden Sondersendung, der den „historischen“ Ablauf des Mißtrauensantrags im Bundestag wertete, wiederholte den Satz. Anlaß war die

Ankündigung des Grünen-Abgeordneten Werner Schulz, er werde beim Bundesverfassungsgericht klagen, weil er den Mißtrauensantrag Schröders für ein taktisches Manöver hält. Er verglich das Verhalten von Abgeordneten des Bundestages mit dem von Mitgliedern der Volkskammer. Und eben das sei nicht statthaft, wurde er belehrt, und noch am selben Tag gemieden wie ein Aussätziger. Ein denkender Mensch darf und muß vergleichen, weil anders Urteile nicht möglich sind. Vergleichen heißt nicht gleichsetzen. Vergleichen schließt das Unterscheiden ein.

Was kann, darf und müßte u. a. bei einem Vergleich des Bundestages mit der Volkskammer geprüft werden? Wessen Interessen helfen die Abgeordneten durchzusetzen? Wenn Bundestagsabgeordnete Rüstungshaien, Pharmalobbyisten, Ölkonzernen, Kapitalexporthoren zu Diensten sind, galt das auch für Volkskammerabgeordnete? Wie werden Bürger zu Abgeordneten? Wurde bei Volkskammerwahlen nach „würdigen“ Kandidaten in Betrieben und Institutionen gesucht, so werden die aussichtsreichen Listenplätze heutzutage im unwürdigen Gerangel und undurchschaubaren Geschacher vergeben. Wie hatten Abgeordnete mit der Gewissensentscheidung Krieg – Frieden zu tun? In der Volkskammer hat zu keinem Zeitpunkt eine Zustimmung zu Angriffskriegen zur Debatte gestanden. Seit Mitte der neunziger Jahre (seitdem die DDR als friedensgebietender Faktor ausfiel) aber haben Bundestagsabgeordnete wiederholt Militäreinsätze „out of area“ zugestimmt, obwohl das Grundgesetz und das Völkerrecht Aggressionen und Interventionen verbieten. Wie hat Werner Schulz abgestimmt?

(...) Zweifellos konnten sich DDR-Bürger wünschen, daß es in der Volkskammer streitbarer und mit weniger „Einmütigkeit“ zugegangen wäre. Im Bundestag muß es indes „demokratisch aussehen“, die Macht der Besitzenden darf jedoch nicht gefährdet werden.

Prof. Dr. sc. Horst Schneider, Dresden

Das „Leuna-Echo“, Informations-Nachfolgeblatt der ehemaligen Betriebszeitung „Leuna-Echo“ des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, veröffentlichte in seiner Ausgabe 7/05 einen würdevollen Nachruf auf den am 16. April verstorbenen Professor Dr. habil. rer. nat. Wolfgang Schirmer. Er war nach seiner Tätigkeit als deutscher Werkleiter des SAG-Betriebes Stickstoffwerk Piesteritz von 1953 bis 1962 Werkdirektor in Leuna. Von 1964 bis zu seiner Emeritierung 1985 arbeitete er als Direktor des Instituts für Physikalische Chemie der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Aus dem Nachruf: „Obwohl er Mitglied der SED und von 1954 bis 1957 Kandidat des Zentralkomitees war, stand er einer jungen Wissenschaftlerin in seinem Institut fördernd zur Seite, die sich heute als Kanzlerkandidatin für die Übernahme der Regierungsgeschäfte engagiert: Angela Merkel.“ Wer deren Haßtiraden gegen die PDS in der Bundestagsdebatte zum Schröder-Mißtrauensantrag erlebte, muß sich die Frage nach Ehrlichkeit und Sachlichkeit dieser Person stellen.

Heinz Rehmann, Schkopau

Ich bin 19 Jahre alt und habe mein Zentralabitur an der Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in Bernau erfolgreich bestanden. Heute möchte ich Kritik an deutschen Schul- und Bildungswesen loswerden. Mir geht es um Lebensnähe in den Schulen: Politik, Kochen, Nähen, Gesellschaftstänze, Musikinstrumente spielen, Ernährungsberatung; berufsvorbereitende Kurse (auch im Abitur, denn mehr und mehr Ausbilder verlangen Abi); mehr Praktika; wo bleibt die DDR im Geschichtsunterricht? Oder der Ost-West-Konflikt? Wen interessiert es schon, wie man einen Lebenslauf in französisch verfaßt? Oder ein Bewerbungsgespräch in englisch führt? Einige beherrschen noch nicht einmal ihre eigene deutsche Sprache. Deshalb mehr Grammatik und Rechtschreibung, Wissen über das eigene Land; mehr visuelles Material! Im Biologieunterricht sollte man auch in die Natur gehen, um seine Umwelt kennenzulernen! Die Praxis fehlt an der Schule. Sie sollte

die Selbständigkeit und Teamfähigkeit der Schüler entwickeln helfen. (...)

Der Unterricht ist zu lehrerzentriert, so daß das persönliche Eingehen auf jeden Schüler verhindert wird. Die Schüler werden wie Maschinen behandelt. „Einpauken“ scheint das Motto vieler Lehrer zu sein. Wer nicht lernen will, wird nicht motiviert. Unterforderte und überforderte Schüler werden nicht berücksichtigt. Es überlebt der Durchschnitt. Auch Kinder aus finanziell benachteiligten Familien sollten von der Schule sinnvoll unterstützt werden. Eltern und Lehrer sind gemeinsam für die Bildung der Kinder verantwortlich.

Wozu Zentralabitur? Man sollte erst mal mit der Vereinheitlichung des deutschen Schul- und Bildungssystems beginnen. Brandenburgs Bildungsminister Rupprecht äußerte sich zu diesem Thema so: „Ich habe Sorgen, daß das (Zentralabitur) den schlechteren Schulen erheblich schaden könnte.“

Das wird es, Herr Rupprecht, denn es besteht ein qualitativer Unterschied zwischen einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe und einem Gymnasium! (...)

Wichtiger Unterrichtsstoff wird nur ungenügend behandelt, und Schüler werden auf ihr selbständiges Leben ungenügend vorbereitet. Ich will mit diesen Zeilen in Ihrer Zeitung den Menschen mitteilen, wie düftig unser Schul- und Bildungssystem ist und zu Kritik aufrufen.

Jennifer Abel, Lanke

Als steinalter Mann (Jahrgang 1923) möchte ich auf Otfried Webers Artikel „Wie die demokratische Schulreform in die Gänge kam“ eingehen. Am 10. April 1945 wurde ich als Unteroffizier der Reste des Panzerregiments Großdeutschland trotz hoher militärischer Auszeichnungen nach Berlin strafversetzt, weil ich Zweifel an einem deutschen Sieg geäußert hatte. Eine Granatwerferinheit der Roten Armee las mich bei Bernau schwerwundet auf, versorgte die Wunden und brachte mich nach einem Verhör am 8. Mai 1945 auf einem Panjewagen nach Berlin-Buch ins Krankenhaus. Damit war ich frei und gelangte viele Wochen später nach Torgau, wo ich 1946 als Absolvent eines Neulehrerkurses auf 65, wenig später sogar auf 73 Schüler (vier Jahrgänge) losgelassen wurde. Der Weg bis zum Diplomlehrer mit 21 Schülern in der Klasse war weit und nur durch die Beseitigung des Bildungsprivilegs und des Mehrklassensystems möglich. Diese Erfolge mußten hart erkämpft werden. In der Gewerkschaftskommission „Arbeitsrecht und Löhne“ hatte ich einen winzigen Anteil daran. 1946 nahm ich am Pädagogischen Kongreß in Halle teil. Wir wußten, daß man nutzloses Langzeitstudium auch anders als durch eine Gebührenerhebung unterbinden kann.

Heinz Weiß, Pflüguff/Weßnig

Das Justizopfer des kalten Krieges Josef Mallmann wandte sich im März und Mai 2004 an den Bundespräsidenten und die Ministerin der Justiz mit der Forderung nach Rehabilitierung. Ihm antwortete ein Beamter des Justizministeriums. Sein Anliegen wurde natürlich zurückgewiesen. Der Brief erhellte das „Rechtsdenken“ der bundesdeutschen Justizoberen. Es heißt dort: „Nach der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland hat der Gesetzgeber durch das 1. Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951 das Recht des strafrechtlichen Rechtsschutzes neu geregelt. Als Lehre aus der nationalsozialistischen Macht ergreifung und unter dem Eindruck der damaligen weltpolitischen Lage war der Gesetzgeber bestrebt, schon erste Anfänge kommunistischer oder anderer Umsturzversuche mit den Mitteln des Strafrechts zu bekämpfen. Daher wurde die Strafbarkeitsschwelle sehr weit in den Bereich der Vorbereitungshandlungen vorverlegt.“

Der Brief wurde am 2. Februar 2005 verfaßt. Sein Inhalt ist eine politische Provokation für Sozialisten, Kommunisten und Kriegsgegner. Diese werden damit als „Umstürzler“ abgestempelt, Nazi-Herrschaft und Kommunismus entsprechend der Totalitarismuskonzeption gleichgesetzt. Die Errichtung der faschistischen Diktatur wird als Rechtfertigungsgrund für die Verfolgung von Kommunisten benutzt. Außer acht bleibt die massenhafte Jagd auf Kommunisten und andere Systemgegner im Nazi-Reich. Diese wurde bekanntlich in der BRD kontinuierlich fortgesetzt. Seit 1990 weitete man sie auf das Territorium und die Bürger der DDR aus. Die Verfolgungen dauern bis heute an (nicht nur strafrechtlich). Ausgrenzungen und Benachteiligungen aller Art nehmen unvermindert ihren Fortgang. Konsequenz der antikommunistischen Grundeinstellung der bundesdeutschen Justiz ist die Duldsamkeit gegenüber den immer mehr um sich greifenden und ständig bedrohlicher werdenden Aktivitäten der Neonazis. Die Justiz ist auf dem rechten Auge blind, wie sie es seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert war.

Prof. Dr. jur. Hans Weber, Potsdam-Babelsberg

Was unsere sogenannten Volksvertreter den Bürgern in letzter Zeit mit dem Suchen nach Wegen zur Erzwungung von Neuwahlen zugemutet haben, ist, gelinde ausgedrückt, ein lächerliches Possenspiel. Fest steht doch: Im September 1998 mußte die CDU-Regierung unter Kohl nach einem Wahldebakel abtreten. Sie hatte in Deutschland einen riesigen Scherbenhaufen hinterlassen. Dieser ist durch die SPD-Regierung unter Schröder noch erheblich vergrößert worden. Schon jetzt ist absehbar, daß sich nach den Wahlen bildende Koalitionen ebenfalls außerstande zeigen werden, die anstehenden Probleme zu lösen.

Dr. Rudolf Druх, Dessau

Demnächst sollen ja wieder „Wahlen“ stattfinden. Wie heißt es doch bei Brecht: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.“

Adolf Eduard Krista, Worbis

In einer Gesprächsrunde wurden Themata aus dem RF 89 und aus „Politik für alle“ (Lafontaine) behandelt. Die euphemistische Sprache der „Reformer“ um Schröder, die das gesellschaftliche Nachkriegsmodell eines abgefederten und regulierten Kapitalismus mit gestärktem öffentlichem Sektor und ausgeprägten gesetzlichen Sicherungssystemen in eine „Neue Soziale Marktwirtschaft“ umgewandelt haben, stand im Mittelpunkt. Wir kamen zu der Auffassung, daß im Wahlkampf die Entschleierung, die Enthüllung dieser Sprache und die klare Darlegung der wahren Absichten der maximalprofitorientierten Machthaber schon „die halbe Miete“ seien.

Herbert Ahlgrimm, Ludwigsfelde

Die Münze-Karikatur von Heinz Herresbach im „RotFuchs“ Nr. 89 ist trefflich gelungen. Natürlich wäre es durchaus zu begrüßen, wenn der gegenwärtige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering sich ehrlichen Herzens dem Vermächtnis von Karl Marx zuwenden würde, aber es ist wohl für jedermann offensichtlich, daß es sich bei seinen „antikapitalistischen“ Äußerungen nur um ein durchsichtiges Wahlmanöver handelt. Man sollte sich dazu einmal seine Festrede zur Wiedereröffnung des Karl-Marx-Hauses in Trier vom 9. 6. näher ansehen. Sie gibt Einblicke in Münteferings Denkweise, der erklärte: „Wenn Marx uns heute noch etwas zu sagen hat, dann bestimmt nicht als politischer Ratgeber ...“, „... Friedrich Ebert ... ist mir sehr viel näher als der Philosoph Marx.“

Nun ist Ebert in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ja zutiefst unruhlich bekannt – war er es doch, der Gustav Noske zur blutigen militärischen Niederwerfung der Revolution von 1918 einsetzte, der den alten kaiserlichen Machtapparat unangetastet ließ, was verheerende Folgen nach sich zog. Unter seiner Präsidentschaft erfolgten die ungesühnten Morde an Karl und Rosa. Es bleibt eben nach wie vor Tatsache: Die heutige SPD-Führung und Karl Marx trennen Welten.

Heinz Behrendt, Plauen

Ich finde den Namen der neuen Linkspartei nicht sonderlich gelungen. WASG-PDS oder PDS-WASG wäre sinnvoller und zugkräftiger gewesen, da ehrlicher und somit überzeugender. (...) Auch bei den „neuen Linken“ bleibt alles unter Kontrolle

und im Rahmen eines globalisierten Kapitalismus. Und ihre Spitzen können sich schon mal auf Diäten usw. freuen.

Als Kommunist in der PDS kann ich mir diese offenen Worte nicht verkneifen und will auf die eng gezogenen Grenzen des „neuen Linksbündnisses“ aufmerksam machen. Und ich bleibe in der Konsequenz dabei, daß die „neuen Roten“ (RotFüchse) die derzeit für mich einzig sichtbare systemüberwindende orientierte politische Kraft in Deutschland sind, wenn auch nicht in Gestalt einer Partei. **Jens-Torsten Bohlke, Brüssel**

Jährlich gibt es Tariferhöhungen beim Mitteldeutschen Verkehrsverbund und Energiepreiserhöhungen mehrmals im Jahr. Die Mehrwertsteuer wird voraussichtlich kurz nach den Bundestagswahlen erhöht. Durch die Gewerkschaften ausgehandelte Lohn- und Gehaltserhöhungen, die Maut-Gebühren und andere Kosten, die sofort auf die Preise umgelegt werden können, bewirken eine inflationäre Entwicklung. Angebliche Steuersenkungen füllen nur die Taschen der Unternehmer und anderer Großverdiener. Die Renten aber bleiben konstant, sinken also real! Nach der „Privatisierung“ und „Abwicklung“ der volkseigenen Wirtschaft der DDR wurde eine sehr große Zahl älterer Werk-tätiger zu Langzeitarbeitslosen, da „zu alt“ oder „überqualifiziert“ oder „nicht genügend mobil“ usw. Dies und die vorzeitige Zwangsverrentung (5 Jahre) bewirkten niedrigere Altersbezüge. Hinzu kommt: Ostrentner haben in der Regel keine oder keine nennenswerten Kapitalanlagen. Sie besitzen keine Lobby und erhalten weniger Geld. Dagegen wachsen die Profite, Honorare, Diäten, Abfindungen ins Unermeßliche – ebenso wie die Skandale. Nun wollen die beiden „großen Volksparteien“, daß wir sie wählen. Beide haben uns seit über 16 Jahren nur belogen und betrogen. Nur einer Partei, die diesen Teufelskreis der Ausbeutung zu durchbrechen bereit ist, kann man mit gutem Gewissen seine Stimme geben.

Heinz Werzlau, Taucha

Die Beiträge des Genossen Bernhard Majorow zur Geschichte der sozialistischen Länder sind meist Anlaß zu Freude über kenntnisvertiefende Informationen, manchmal aber auch Anlaß zu ergänzenden oder kritischen Einwänden. Das trifft auch auf seinen Beitrag zur Vorgeschichte der ungarischen Konterrevolution von 1956 zu. Schon der zweite Satz offenbart eine Tendenz zur einseitigen Herausarbeitung aller negativen, eine Konterrevolution begünstigenden Momente in Ungarn und der Negierung oder zumindest Unterbewertung aller die sozialistische Entwicklung fördernden Tatsachen: „... Doch Ungarn wies die ungünstigsten Bedingungen für den sozialistischen Aufbau in Osteuropa auf.“

Die Fehlerhaftigkeit dieses Satzes springt ins Auge. Ausgerechnet das Land, dessen Arbeiterklasse aus eigener Kraft nach Majorows Worten „die zeitlich längste Diktatur des Proletariats außerhalb des Sowjetlandes“ erkämpfte, und „die inneren konterrevolutionären Umtriebe erfolgreich abwehren und zur militärischen Offensive übergehen“ konnte und erst durch die „Intervention der Entente zum Aufgeben“ gezwungen wurde, soll die ungünstigsten Bedingungen „für den sozialistischen Aufbau in Osteuropa“ aufgewiesen haben? Alles, was Majorow anführt, um diese einseitige Behauptung zu stützen, zeichnet sich durch doppelte Einseitigkeit aus: 1. läßt er alle Fakten der ungarischen Geschichte einfach unter den Tisch fallen, die ihr widersprechen; so sagt er kein Wort über das Entstehen der antifaschistischen Staatsmacht und ihren erfolgreichen Kampf gegen die Kräfte der Konterrevolution. Und 2. läßt er alle Tatsachen außer acht, die zeigen, daß in anderen Staaten Osteuropas – insbesondere in Polen – weit ungünstigere Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus bestanden. (...) Und er läßt schon ganz und gar außer acht, daß die feindselige Haltung Rußland gegenüber in der Bevölkerung Polens um vieles stärker und verbreiteter war als in Ungarn. (...) Dieser die innerungarischen Momente, die die Konterrevolution begünstig-

ten, einseitig hervorhebende und übertreibende Auftakt macht neugierig darauf, ob der Autor im folgenden Teil dem gemeinsamen Vorgehen von Tito und Chruschtschow zum Sturz von Rakosi und Gerö und der Machtübergabe an den Verräter Imre Nagy die ihm zukommende Rolle einräumt.

Dr. Kurt Gossweiler, Berlin

Die gleichermaßen selbstbewußte wie selbstkritische, aber auch unterhaltsame Juni-Veranstaltung der Berliner RF-Regionalgruppe hat mich ins Grübeln gebracht: Reichen eigentlich in diesen kalten Zeiten gut zwei erwärmende Stunden im Kreise Gleichgesinnter pro Monat aus? Gerade zum Thema Bündnispolitik der DDR-Blockparteien blieb vieles ungesagt, was das Kreuz hätte stärken und den Widerstandsgeist gegen heutige Verfälschungen, Verfolgungen und Verwerfungen hätte festigen können. Zumal eben nicht nur die alten Füchse und die im Pulverdampf ergrauten Wölfe des Klassenkampfes abermals Feuer fingen, sondern auch die erfriechende Petra Lehmann. Mit ihren verlegten „dumme Fragen“ genannten und dabei doch so wichtigen, weil andernorts bewußt verdrängten Auskunftsünschen machte sie darauf aufmerksam, daß die historische Wahrheit über uns, unsere Heimat und unser Wirken auf der Strecke zu bleiben droht, wenn wir sie nicht zu verteidigen verstehen. Die schamlose Verleumdungsflut, die deutsche Medien zum 60. Jahrestag der Befreiung über die deutschen Massen ergossen, steht als einer der jüngsten Belege dafür. „Ambivalent“ sei das Datum, war noch die harmloseste Variante. Aber: Ambivalenz bedeutet übersetzt „Zwiespältigkeit, Zerrissenheit“. Der 8. Mai 1945 als historisches Datum ist jedoch das Gegenteil davon. Wer hier Zwiespalt schürt, öffnet den Türspalt für die immer unverblümt auftretenden braunen Stiefelknechte. Wer dieses Datum als „Tag der Befreiung“ infrage stellt oder gar Zweifel daran nährt, verwirkt eigentlich seine Glaubwürdigkeit, dem Neonazismus Einhalt gebieten zu wollen. Denn weil der Faschismus heute lediglich auf Judenvernichtung und Fremdenhaß reduziert wird, bleibt sein ergiebigster und immer noch fruchtbarster Schoß unberührt: Antikommunismus und Antisowjetismus.

Auch aus diesem Grund hat mich eine kleine, aber eindrucksvolle Gedenkveranstaltung der Bezirksverordnetenversammlung und des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf auf dem Marzahn Parkfriedhof sehr berührt, die ich am 8. Mai dieses Jahres erlebte. Der Appell der BVV-Vorsteherin Petra Wermke (PDS) war von kompromißloser Entschiedenheit geprägt.

Torsten Preußing, Berlin

Zu einigen Fragen vertrete ich ähnliche Auffassungen wie Bernhard Majorow in seinem Artikel „Zusammengebrochen oder besiegt?“ (RF 85) Zu anderen habe ich abweichende Erfahrungen während der Konterrevolution gemacht. Ich meine, daß es im entscheidenden Moment nicht nur das Versagen einzelner, sondern der gesamten SED gab. Als die Führung die Sprache verlor, lief die Partei auseinander. Ich werte dies als ein Zeichen dafür, daß die SED nicht mehr revolutionär war. Wer von uns hat diesen bereits früher einsetzenden Prozeß bemerkt? Wähten sich die meisten von uns nicht schon als Sieger der Geschichte?

Ich war Anfang 1988 gerade 1. Kreissekretär der SED in Prenzlau geworden. Obwohl das Jahr, volkswirtschaftlich betrachtet, eines der erfolgreichsten in der Geschichte des Kreises war, wurde das Klima immer bedrückender. Wir hielten unser Terrain frei von der Abstimmung mit den Füßen auf Straßen und Plätzen. Bei uns fand in Sälen und Kirchen die Volksausssprache statt. Ursprünglich herrschte bei vielen Genossinnen und Genossen Kampfstimmung. Im November aber wurden dann die Parteidokumente kartonweise in der Kreisleitung abgeliefert. Unser Aufruf, den politischen Kampf zu führen, wirkte anfangs mobilisierend, verhallte später jedoch immer mehr. (...) Jeder muß sich fragen, was er tat, um die Niederlage zu verhindern. Nur zugeschaut zu haben,

um später klug zu sagen, da waren Verräter am Werk, ist mir zu billig.

Wie war das Szenario? Es begann mit den Angriffen auf das MfS. Danach führte die Konterrevolution den Schlag gegen die SED. Die Aufhebung der führenden Rolle der Partei in der NVA, der Volkspolizei und im Staatsapparat war der nächste Schritt. Als ich am 16. 11. 1989 die Aufgabe des 1. Bezirkssekretärs in Neubrandenburg übernahm, kündigten die Generale der NVA und der VP gerade ihre Mitarbeit in den Leitungen der SED auf. Einige Tage später folgte der Rat des Bezirkes. Parteisekretäre wollten wissen, was zu tun wäre. Ihre Direktoren hatten sie aus dem Betrieb geworfen. Genossinnen und Genossen konnten ihre Beratungen dort nicht mehr durchführen. Politische Betätigung wurde mit Kündigung bedroht. Warum schickten wir die Direktoren nicht zum Teufel und besetzten die Betriebe? Wir waren auf die Konterrevolution nur auf dem Papier vorbereitet. Als es ernst wurde, warteten viele auf Direktiven. Dabei hätten wir es wissen können. In der VR Polen war das alles schon abgelaufen. (...)

Für die Niederlage des Sozialismus in Europa gab es ein ganzes Bündel objektiver und subjektiver, innerer und äußerer, politischer und wirtschaftlicher Ursachen. Ich meine, daß eine marxistisch-leninistische Antwort darauf noch aussteht. Sie könnte nur durch eine kommunistische Partei gegeben werden, die massenverankert und straff organisiert ist. **Wolfgang Herrmann, Dreesch**

In den Artikel „Die große Lüge von Freedom and Democracy“ (RF 89) hat sich ein Fehler eingeschlichen. Patrice Lumumba wurde 1961 ermordet und nicht 1950. **Wolfgang Hilbert, Kahla**

Bemerkung der Redaktion:
Das falsche Datum ist nicht vom Autor Heinz Tellbach zu verantworten, sondern war Folge mangelnder Sorgfalt beim Redigieren.

Das ND brachte am 18./19. 6. einen Artikel „17. Juni 1953: Hilfe für Angehörige von Opfern“, der mich angesichts seiner Naivität und Angepaßtheit empört hat. In dieser Mitteilung wird die verordnete Version vom „Volksaufstand“ durch die „Sozialistische Tageszeitung“ kommentarlos übernommen. Dabei sollte doch allein der Widerspruch, daß es dieselben Leute sind, die sich einerseits für „Volksaufstände“ erwärmen, andererseits für Volksbefragungen ablehnen und in ungebrochener Tradition linke Demonstranten zusammenprügeln lassen, Verwunderung hervorrufen. Wie die Polizei in diesem Land gegen Zusammenrottungen vorgehen würde, die Brandstiftungen begehen, öffentliche Gebäude stürmen, gewaltsam in Gefängnisse eindringen, Funktionäre und Staatsangestellte jagen und lynchen, kann man sich wohl vorstellen. Ich habe soeben in dem Buch von Justus von Denkmann „Volksaufstand und Lynchmord“ nochmals den erschütternden Bericht des Potsdamer Richters Benkendorff gelesen – da war aufgehetzter Mob übelster Sorte zugegan, und das ist ja nur ein Beispiel!

Prof. Dr. Klaus Rohrberg, Crinitzberg

Traurig über die Winston Churchill betreffende Äußerung von Dr. Norbert Pauligk (RF 89) frage ich mich: Warum wurde Prof. Horst Schneiders Beitrag (RF 87) verkürzt zitiert? Unmittelbar im Anschluß an den beanstandeten Satz ist nämlich zu lesen: „Das schloß natürlich nicht aus, daß Churchill Londons imperialistische Interessen vertrat und eine tiefe Feindschaft gegen die Sowjetunion hegte. Er wollte ihrer künftigen Zone keine unzerstörte Stadt (gemeint ist Dresden) überlassen.“

Da ich die Artikel Prof. Schneiders sehr schätze, fühlte ich mich bewogen nachzulesen. Nicht jeder hat die Zeit dazu. **Konstanze Reinhold, Halle**

Die große EU, eine gute Sache? Ich würde behaupten, daß das Streben nach einem Gesamt-Europa unter einer Führung im Prinzip das gleiche ist wie der mit militärischen Mitteln verfolgte Weltherrschaftsanspruch der Deutschen vor 70 Jahren. Überall, wo Monopole und Banken

die Finger drin haben, sind die Menschenrechte völlig sekundär! **Peter Leder, Dresden**

Für das Wichtigste des Artikels „Der springende Punkt – die Konsumideologie“ von Johannes Dreßler halte ich, daß er zu einer echten Diskussion geführt hat. (...) Ich hätte die Konsumideologie auch nicht zum „springenden Punkt“ genommen. Letzten Endes ist sie nur einer der Auswüchse des Kapitalismus. Mit dieser Ideologie gelingt es dem Kapital, seine Wirtschaftsform in Gang zu halten bzw. die Profiterwirtschaftung zu steigern und die Bevölkerung zum konsumverpflichteten Kaufvieh zu degradieren. Die Zusammenhänge wurden durch den Beitrag von Prof. Milke geklärt. Konsumideologie kann nur mit dem kapitalistischen System verschwinden. (...) Die Bedürfnisse hängen von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, und die müssen wir erst für die Zukunft gestalten. Ich lehne es ab, vorauszusehen, daß z. B. keine individuellen Autos mehr da sein werden. Wenn man heute vom „Auto“ spricht, wird immer der mit Erdöl-Derivaten betriebene Wagen verstanden. Das wird aber nicht mehr lange so sein. Da Mobilität ein Teil unseres Lebens ist, müssen andere Lösungen her. Wie die aussehen werden? Ich weiß es nicht und habe echte Zweifel an den heute von kapitalistischen Konzernen angebotenen. Sie sind nur aus der Sichtweise und -weite der Profitgewinnung entstanden und vernachlässigen die ökologischen Probleme. Eine reale Lösung kann nur eine sozialistische Ordnung erreichen.

Wolfgang Pingel, San Fulgencio/Alicante (Spanien)

Ich bedanke mich für die Zusendung des „Rot-Fuchs“. Es freut mich, neben der Tageszeitung „junge Welt“ noch eine sehr gute Monatszeitschrift lesen zu können. Besonders der Artikel „Die große Lüge von Freedom and Democracy“ von Heinz Tellbach hat mich begeistert. Aber nicht nur „Freiheit“ und „Demokratie“ wollen diese Heuchler der Welt bringen, sondern auch „Wohlstand“. Freiheit, Demokratie und Wohlstand aber haben viele Menschen in den Ländern der angeblichen Heilsbringer überhaupt nicht.

Arnold Langlotz, Friedrichsdorf

Ohne den Machern Honig ums Maul schmieren zu wollen: Unser „RotFuchs“ ist die beste Zeitung, die derzeit in der Bundesrepublik erscheint. Mir gibt er immer wieder Kraft, mich in dieser chaotischen Zeit zurechtzufinden. Er ist Wegweiser und treuer Freund aller, die nicht die Seiten gewechselt haben. (...)

Zu uns im Brandenburgischen: Die Potsdamer Garnisonskirche wird also wieder aufgebaut. Ich schäme mich, daß dieses Bauwerk neu entsteht, hat es doch eine schlimme Vergangenheit. Mein Vater wurde 1943 in dieser Kirche vereidigt, der Pfarrer segnete den „Führer“, die Waffen und die Soldaten sowie das „Großdeutsche Reich“. Von den 32 Soldaten, mit denen mein Vater in ein Himelfahrtskommando der Armee Wenck geschickt wurde, überlebten ganze sechs.

Burkhard Kammhoff, Templin

Die „RotFuchs“-Redaktion gab uns die Möglichkeit, ihrer Märzangabe ein Faltblatt beizulegen, mit dem wir nach dem verheerenden Seebeben in Südostasien um Spenden für den Wiederaufbau der Schule im Dorf Kathaluwa-Ahangama in Sri Lanka baten. Mit dieser Spendenaktion setzten wir uns bewußt von jener Praxis ab, die Dr. Erhard Kegel unter dem Titel „Geopolitik der Mildtätigkeit“ (RF 89) kritisch untersucht. Wir danken der Redaktion für ihr Entgegenkommen und den zahlreichen Einzelspendern, besonders aber den Schülern der Kurt-Tucholsky-Schule in Berlin-Pankow sowie deren Schulchor unter Leitung von Bettina Kurella. Die bisher gespendeten Gelder ermöglichen, den Rohbau der Schule zu errichten. Darüber hinaus entstand die Idee, ein Ausbildungs- und Lernzentrum in Kathaluwa einzurichten, wo Menschen aller Altersgruppen die Möglichkeit haben, ihre Bildung zu erweitern und bessere Jobchancen zu erhalten. (...)

Katja und Georg Dorn, Berlin



Demokratie gefällig?

Grafik: Klaus Parche

Dr. Friedrich Wolff stellt am **6. August um 10.30 Uhr** auf einer gemeinsamen Veranstaltung von **GBM, GRH, ISOR und RF-Regionalgruppe** in der Aula der **Volkshochschule Schwerin**, Puschkinstraße 13 (Schelfschule), sein Buch

Einigkeit und Recht – Die DDR und die deutsche Justiz vor.

Kostenbeitrag: 2 Euro

Am **19. August um 16.30 Uhr** spricht der namhafte Theologe **Prof. Dr. Heinrich Fink** Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Berlin** in der VS-Begegnungsstätte, Torstraße 203–205, über

Die Erfordernisse des antifaschistischen Kampfes

Die **RF-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** lädt Mitglieder, Leser und Interessierte für den **27. August um 10.00 Uhr** zum Rosenplatz 4 (Querbeet) in Chemnitz herzlich ein. **Botschafter a. D. Otto Pfeiffer** spricht über das Thema:

Entwicklungen in Lateinamerika Venezuela – Ursachen Wege und Tendenzen

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Ralph Dobrawa
Dr. Rudolf Drux
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
SHAHAR

**Internet-Präsentation
des „RotFuchs“:**
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400
Konto: Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)